blätter des iz3w

nr. 28 okt. 73

Herausgeber : Informationszentrum Dritte Welt
D-78 Freiburg, Postfach 5328, Tel. 0761/71101

Zusammengestellt und herausgegeben von : P.Arnold, P.Arntz, S.Bartels, R.Beckert, I.Berghanner, G.Cremer, E.-H.Flammer, J.Geue, F.Hemmerich, H.Heyne, B.Merk, H.Pöttker, P.Riedesser, J.Rösel, B.Stein, W.Witzel
Konten : BfG Freiburg Nr. 10.226.233; Postscheckkt. Karlsruhe Nr. 148 239-755; Schweiz : Postscheckkt. Basel Nr. 40-35899 (G.Stingl)
Jahresabonnement bei 10 Nummern DM 18,-, Schw.Franken 20,-

ORGANISATORISCHES

1. Die Zahlungsmoral unserer Abonnenten hat sich nach unserer ersten Mahnungsaktion erfreulich gebessert, so daß die "blätter des iz3w" finanziell einigermaßen gesichert sind. Trotzdem sahen wir uns aufgrund der immer noch nicht unerheblichen Außenstände gezwungen, in den letzten Tagen eine weitere Mahnungsaktion durchzuführen, die nun abgeschlossen ist.

Diejenigen Abonnenten, die eine Mahnkarte erhalten haben, können die nächsten "blätter" erst nach Eingang der Zahlung oder einer Reklamation erhalten. Wir haben in letzter Zeit unser Finanzwesen reorganisiert, so daß die Anzahl peinlicher Pannen - Anmahnung von bereits gezahlten Beträgen - gering sein dürfte. Eine ganze Reihe von Überweisungen konnte jedoch nicht verbucht werden, weil die Absenderangabe unleserlich ist, der Zahlungsgrund (Rechnungsnummer) nicht angegeben ist bzw. nicht gesagt wird, für wen gezahlt wird.

Wir bitten deshalb die Leser um Verständnis, die mit ungerechtfertigten Forderungen bedacht werden. Wehren Sie sich!

2. Wir werden auch im nächsten Jahr unseren Abonnementspreis (DM 18,-- bzw. Sfr. 20,--) halten können, da alle Mitarbeiter der "blätter" weiterhin auf jedes Honorar verzichten. Auf die Dauer werden aber auch wir den Inflationsfolgen nur durch eine Auflagensteigerung entgehen können. Bitte helfen Sie uns, den Abonnementspreis niedrig zu halten, indem Sie mit der beiliegenden Bestellkarte neue Abonnenten werben. Weitere Bestellkarten sowie Probenummern (bitte in begrenzter Anzahl!) und Materialbestellisten sind beim iz3w erhältlich.

Wir weisen auch noch einmal auf die Möglichkeit hin, die Arbeit des iz3w durch den Förderkreis zu unterstützen. Senden Sie uns einen monatlichen Beitrag von mindestens DM 5,-- (Dauerauftrag). Sie erhalten dann die "blätter" ohne besondere Berechnung.
Die Umstellung des Abonnementsystems der "blätter des iz3w" auf jährliche Zahlungen ist jetzt abgeschlossen. Abbestellungen sind nur noch bis zum 30.11. zum Jahresende möglich, Neuabonnements jederzeit, wobei zuerst nur der Abonnementpreis zum Jahresende berechnet wird. Die Zahlungsaufforderungen für das nächste Jahr gehen mit der Dezembernummer zum Versand. Bitte zahlen Sie nicht früher.

iz3w

CHRONIK DER ARMEN WELT
ANFANG AUGUST BIS MITTE SEPTEMBER

INDOCHINA

Vietnam

18.9.
Der cubanische Ministerpräsident Fidel Castro beendet seinen Besuch in Nordvietnam. Castro hatte dabei auch die von dem Vietkong besetzten südvietnamesischen Provinzen Quang Binh und Vinh Linh kurz besichtigt.

Ansonsten finden täglich Waffenstillstandsverletzungen statt. Eine Wende zu einer politischen Lösung, etwa freie Wahlen, zeichnet sich nicht ab. Südvietnam ist vielmehr entschlossen, seine Positionen zu halten und auszudehnen.

Kambodscha

21.8.
Die Regierung in Pnom Penh appelliert an den amerikanischen Kongreß, die wirtschaftliche und militärische Hilfe an Kambodscha weiterzuführen.

Der ehemalige Kambodschanische Staatschef Sihanouk weist die Angaben Nixons zurück, denen zu Folge er von den geheimen amerikanischen Bombenangriffen auf das neutrale Kambodscha in den Jahren 1969 und 1970 gewußt habe.

28.8.
Nach Berichten aus Kambodscha sollen zwischen den roten Khmers und den Nordvietnamesen Streitigkeiten ausgebrochen sein. Senator Schlesinger wiederholt, daß Nixon im Falle einer neuen offenen Aggression im Einvernehmen mit dem Kongreß geeignete Gegenmaßnahmen treffen würde.

6.9.
Aus Protest gegen das Ausbleiben ihres Soldes haben kambodschanische Regierungstruppen nach achttägigen Kämpfen an der Nationalstraße 4 ihre Operationen eingestellt und sind in die Garnison zurückgekehrt.

7.9.
Pnom Penh ist ohne Landverbindungen, da die Nationalstraße 5 rund 56 km nordwestlich der Hauptstadt von Einheiten der Khmer angegriffen und blockiert wird.

8.9.
Einheiten der Khmer sind bis ins Stadtzentrum der rund 80 km nordöstlich von Pnom Penh gelegenen Provinzhauptstadt Kampong Cham vorgedrungen.

Die Lage in Pnom Penh hat sich ebenfalls verschärft: Der Flughafen der Hauptstadt wird von der Artillerie der Khmer angegriffen.

11.9.
Die kambodschanischen Regierungstruppen starten eine neue Offensive zur Verteidigung von Kampong Cham.

China wirft der Sowjetunion vor, sie unterstütze die Regierung Lon Nol, um sich Einfluß in Kambodscha zu sichern.

Die afrikanischen Staaten Zaire (Kongo-Kinhasa) und Uganda beschließen, die von Sihanouk geleitete Exilregierung anzuerkennen.

12.9.
Zwölf Offiziere der kambodschanischen Regierungstruppen sind, wie militärische Kreise in Pnom Penh mitteilen, vor der umkämpften Stadt Kampong Cham wegen Feigheit erschossen worden.

Laos

20.8.
Ein Putschversuch des rechtsgerichteten früheren laotischen Luftwaffengenerals Thao Ma ist gescheitert. Thao Ma hatte schon 19[illegible] einen Umsturzversuch versucht.

13.9.
Nach fast siebenmonatigen Verhandlungen haben sich Vertreter der laotischen Regierung und der Pathet Lao-Bewegung endgültig über die Bildung einer Koalitionsregierung für Laos geeinigt. Das Abkommen sieht auch eine Stationierung von Einheiten der Pathet Lao in der Hauptstadt Vientiane vor. Für das neue Kabinett unter Souvama Phouma sind je fünf Minister Vientianes und der Pathet Lao sowie zwei "neutrale" Fachminister vorgesehen. Innerhalb von 60 Tagen nach Unterzeichnung sollen sämtliche ausländische Truppen aus Laos abgezogen werden. (200 USA-Milit.-Berater, ca. 17 000 thailändische Söldner und ca. 40 000 Nordvietnamesen, die im Versorgungsgebiet des Ho-Tschi-Minh-[illegible] stationiert sind.)

Beide "Parteien" dürfen in Zukunft nur noch je 1500 Soldaten und Polizisten in der Hauptstadt und je [illegible] Mann in Luang Prabang stationieren. Der Rest muß ausquartiert werden.

15.9.
Bis zum 10. Okt. soll eine provisorische Regierung der nationalen Einheit gebildet werden. Die Pathet Lao sollen unter anderem das Außen-, Wirtschafts- und Planungsministerium sowie die Ressorts Information und Kultur erhalten.

Taiwan

6.9.
Die USA werden Taiwan für das Jahr 1974 eine Finanzhilfe in Höhe von 65 Mio Dollar für Rüstungskäufe zur Verfügung stellen.

Pakistan

1.9.
Die pakistanische Regierung hat 18 Industrien des Landes, deren Betriebsführung sie Anfang 1972 übernommen hatte, verstaatlicht.

3.9.
In Pakistan werden drei Oppositionszeitungen verboten.

14.9.
Auf Betreiben Pakistans widersetzt sich China weiterhin dem UNO-Beitritt Bengalens.

18.9.
Der pakistanische Ministerpräsident Bhutto ist zu einem sechstägigen Besuch in den USA.

Indien

5.8.
Die indische Regierung sieht sich gezwungen, ca. 4,5 Mio Tonnen Weizen zu importieren - die diesmal in harten Devisen zu bezahlen sind. Die Verstaatlichung des Weizenhandels hatte nicht den erhofften Erfolg erzielt, da die indische Bürokratie zu schwerfällig und korrupt ist, die offiziellen Aufkaufpreise für Getreide zu niedrig lagen und die ehemaligen Händler Weizen horteten oder auf dem Schwarzmarkt verkauften.



Süddeutsche Zeitung

12.8.
In den nordostindischen Provinzen Nagaland und Manipur scheint sich die Aktivität sezessionistischer Rebellen wieder erheblich verstärkt zu haben.

25.8.
Zwischen Indien und Pakistan konnten keine Fortschritte hinsichtlich der Repatriierungsgespräche erzielt werden. Mujibur Rahman (Bangladesh) hat sich zwar bereit erklärt, Indien vorerst nicht um die Auslieferung von 195 pakistanischen Angeklagten zwecks Aburteilung zu ersuchen, falls Bhutto auf seine Absicht verzichte, umgekehrt 203 Bengalen vor Gericht zu stellen - wollte jedoch keine schriftliche Zusicherung dafür geben. Ferner fordert Mujibur Rahman, daß Pakistan prinzipiell die Verantwortung für 260 000 nichtbengalische "auswanderungswillige" Muslime übernehmen soll. Pakistan will hingegen nur 50 000 und nur einstige Westpakistanis oder "Härtefälle" übernehmen.

11.9.
Die Süddeutsche Zeitung berichtet über Notstandsarbeit in der Provinz Maharashtra, die ca. 4,5 Mio hungernde Bauern beschäftigt. In fast 3 Jahren Notstandsarbeit wurden in Maharashtra 37 000 Brunnen, 680 Wasserspeicher errichtet und 341 Kanäle gegraben, 1,2 Mio ha Land mit Wassergräben versehen und 43 000 km an Straßen und Wegen gelegt. Die aufgrund des ausbleibenden Regens arbeitslosen Bauern erhielten 2 bis 3 Rupien pro Tag (0,80 - 1,20 DM) und eine Nahrungsmenge von 430 Kalorien.

VORDERER ORIENT

Persien

31.7.
Der Schah unterzeichnet ein in langwierigen Verhandlungen mit dem im Iran tätigen westlichen Ölkonsortium vereinbartes Erdölabkommen, das dem Land die völlige Verfügungsgewalt über sein Erdöl einräumt. Das Abkommen verpflichtet gleichzeitig die National Iranian Oil Company (NIOC) (29,3 Mia Barrel Rohöl für die kommenden 20 Jahre) zu best. Lieferungshöhen an die bisherigen Abnehmer.

Jemen

18.9.
Die Sowjetunion hat die Lieferung von Munition und Ersatzteilen für die Ausrüstung der Armee der Republik Nordjemen eingestellt. Nach Ansicht politischer Beobachter geht die Moskauer Weigerung auf Drängen der Volksrepublik Südjemen zurück.

Türkei

19.8.
Die Türkei und Indonesien vereinbaren die Unterzeichnung eines Abkommens über "Freundschaft und Zusammenarbeit".

Syrien

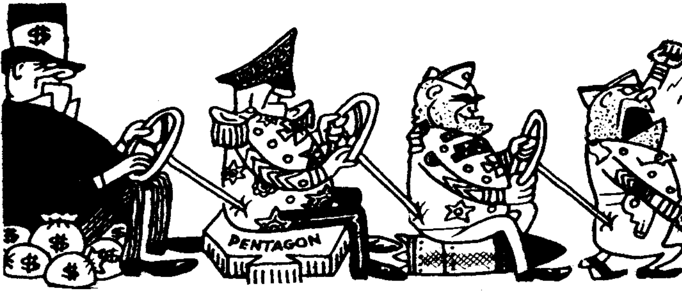
14.9.
Syrien legt Beschwerde beim Weltsi-

cherheitsrat ein wegen der 'schamlosen Aggression' israelischer Kampfflugzeuge. Nach Angaben aus Tel Aviv hatten israelische Flugzeuge kurz zuvor über dem Mittelmeer 13 syrische Maschinen vom Typ Mig 21 abgeschossen. Die Luftschlacht fand gemäß allen Anklägern und Angeklagten nicht über israelischem Gebiet statt! - sondern über libanesisch-syrischem Gebiet und dem Mittelmeer.

Jordanien

13.9.
Ägypten und Syrien beschließen die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Amman. Syrien hatte die Beziehungen im Jahre 1971 aus Protest gegen das jordanische Vorgehen gegen die palästinensischen Befreiungsbewegungen in Jordanien abgebrochen. Ägypten folgte im April 1972 als König Husseins Plan für die Schaffung eines "Vereinigten Arabischen Königreiches" - einschließlich des von Israel besetzten Westjordaniens - auf Protest der Palästinenser stieß. Hussein hat sich nunmehr bereit erklärt, diesen Plan "einzufrieren".

18.9.
Hussein erläßt eine Generalamnestie. Zu den Begnadigten gehört auch der Palästinenserführer Abu Oaud.



AFRIKA

Ägypten - Lybien

29.8.
Kompromiß in den Verhandlungen über den staatlichen Zusammenschluß von Ägypten und Lybien: In einer von Ghadhafi und Sadat gemeinsam herausgegebenen Erklärung heißt es, am 1.9. dieses Jahres solle eine 100-köpfige konstituierende Versammlung gebildet werden, die zu gleichen Teilen von Ägypten und Lybien beschickt wird. Diese Versammlung solle eine Verfassung für den neuen Staat ausarbeiten und einen Präsidenten für diesen Staat benennen. In einem gleichfalls von Sadat und Ghadhafi abgezeichneten Dekret wird angekündigt, daß vom 1.9. an ein "Rechnungsdinar" als neue Währung für beide Länder eingeführt wird. Zudem sollen vom 1.9. ab zwischen beiden Staaten Minister ausgetauscht werden, die jeweils in der Hauptstadt des anderen Landes residieren.

Algerien

5. - 9.9.
Vierte Konferenz der "Blockfreien" in Algier: Auf der Konferenz sind insgesamt 70 Länder vertreten - u.a. auch Länder wie Brasilien, Indien und Indonesien. An wichtigen Personen traten u.a. Boumedién, Tito, Ghadhafi, Castro und Prinz Sihanouk in Erscheinung. Aus den zahlreich gehaltenen Reden ist an bemerkenswertem nur dies festzuhalten: Boumedién rät den Konferenzteilnehmern, im Rohstoffhandel mit den kapitalistischen Ländern dem Beispiel der ölproduzierenden Länder zu folgen und zukünftig auch andere für die kapitalistischen Industrienationen lebensnotwendige Rohstoffe nur unter Bedingungen abzugeben, auf die sich die Bündnisfreien verbindlich verständigt haben. Ghadhafi kündigt eine "uneingeschränkte Unterstützung" des Roten Khmer in Kambodscha seitens seines Landes an. Sihanouk gibt bekannt, er sei nicht mehr länger an einer Anerkennung seiner Regierung durch die Sowjetunion interessiert (die UdSSR und ihre Verbündeten unterhalten nach wie vor Beziehungen zur Regierung Lon Nol). Die Vertreter Guayanas und Jamaicas bieten die Entsendung von freiwilligen Freiheitskämpfern zum Einsatz gegen das Smith-Regime in Rhodesien und gegen die portugiesischen Truppen in den portugiesischen Kolonien an. Der Vorschlag Algeriens, ein permanentes Sekretariat der Blockfreien einzurichten, findet nicht die Zustimmung der Mehrzahl der Konferenzteilnehmer. Ein Vorschlag Lybiens, Kuweits u.a., einen Entwicklungsfond für Dritte Welt-Länder zu errichten, wird von der überwiegenden Mehrheit der Länderdelegationen gebilligt.

Äthiopien

11.9.
Besuch Kaiser Haile Selassies in der BRD. Selassie wird in der BRD mit allen protokollarischen Ehren empfangen. Zum Besuchsprogramm von Selassie gehört u.a. ein Treffen mit Heinemann, Brandt und Scheel.

Elfenbeinküste

1.8.
Fertigstellung des ersten Bauabschnitts des 1971 begonnenen gigantischen Städtebau-Projekts an der Ebrie Lagune (nahe Abidjans): Das Projekt (Beiname: "afrikanisches Riviera Projekt") sieht in seiner Gesamtheit den Bau von 7500 Hotelzimmern, mehreren Bungalowsiedlungen, einer Anzahl von Bootshäfen, Gondelbahnen, Spielkasinos sowie eines first-class Golfplatzes (Anlagekosten für den G.-Platz 5 Mill Dollar) vor. Bauträger sind die Regierung der Elfenbeinküste und der israelische Industrielle Moshe Mayer. Die Durchführung des Bauauftra-

ges liegt im wesentlichen bei dem Marit-Konzern (Israel). Als Hauptkreditgeber für den 1. Bauabschnitt wird eine westdeutsche Bank genannt.

2.8.
Sieben Offiziere werden von einem Militärgericht in Abidjan zum Tode verurteilt; sechs weitere Offiziere zu langjährigen Freiheitsstrafen. Den Verurteilten wird vorgeworfen, einen Putschversuch gegen Präsident Houphouet-Boigny unternommen zu haben.

Ghana

8.8.
Das ghanesische Militärregime Acheampong gibt an, Mitte Juli eine Verschwörung der Häuptlinge des Ewe-Stammes aufgedeckt zu haben. Ziel dieser Verschwörung soll eine Sezession nach dem Beispiel Biafras gewesen sein.

13.9.
Um gegen die Beherrschung des ghanesischen Handels durch ausländische Minderheitsgruppen (Libanesen und Asiater) vorzugehen, werden ausländische Arbeitskräfte vom kommenden Jahr an seitens der ghanesischen Regierung mit einer empfindlichen "Sonderkopfsteuer" belegt.

Liberia

17.9.
Die Regierung des Staates Liberia hat den Landesbewohnern alle politischen und wirtschaftlichen Kontakte mit Südafrika untersagt. (ap)

Lybien

1.9.
Der lybische Revolutionsrat gibt die Verstaatlichung von 51 % des Besitzes der in Lybien tätigen ausländischen Erdölgesellschaften bekannt. Betroffen sind 5 amerikanische Ölkonzerne und der englische Shell-Konzern. Die Ölgesellschaften zeigen sich im Prinzip mit dieser Teilverstaatlichung einverstanden, lehnen jedoch die von der lybischen Regierung hierfür angegebenen Bedingungen ab. (Reuter)

Madagaskar

4.8.
Nach den Ländern Kamerun und Tschad erklärt nun auch Madagaskar seinen Austritt aus der OCAM (vgl. Chronik des iz Nr. 26/27). (afp)

28.8.
Gemäß dem Anfang Juni zwischen Frankreich und der madagassischen Regierung ausgehandelten "französisch-madagassischen Zusammenarbeitsabkommen" haben die letzten Truppen des französischen Heeres und der Luftwaffe Madagaskar verlassen. Der französischen Armee bleibt damit nur noch ein Flottenstützpunkt an der Nordspitze Madagaskars (Diego Suarez). Auf dem genannten Flottenstützpunkt sollen auch weiterhin madagassische Soldaten ausgebildet werden. Die von M. abgezogenen französischen Truppen sind zu einem wesentlichen Teil auf die Insel Reùnion verlegt worden. Darin folgt die französische Regierung offensichtlich auch einem Wunsch des Vorster-Regimes in Südafrika, das sich seinen Angaben nach zunehmend durch die Präsenz sowjetischer Marineeinheiten im Indischen Ozean bedroht fühlt. (N.Z.Z.)

7.9.
Madagaskars Ministerpräsident General Ramanantsoa kündigt die Verstaatlichung von Banken, Versicherungen, des Außenhandels, des Transport- und Energiewesens, des Bergbaus und verschiedener anderer Branchen der Wirtschaft des Landes an. (ap)

Malawi

13.8.
Die Regierung Banda duldet gegenwärtig keine weißen Journalisten mehr in Malawi. Die letzten weißen Journalisten sind des Landes verwiesen worden; und einer ausländischen Journalistengruppe ist kürzlich die Einreise nach M. verweigert worden. Darüber hinaus sind inzwischen auch 8 einheimische Journalisten gefangen gesetzt worden. Unter ihnen der ehemalige Pressesprecher der Regierung. (dpa)

Marokko

10.8.
Die marokkanische Regierung hat mit der Nationalisierung von mehr als 260 000 Hektar ausländischen Grundbesitzes begonnen. Von der Enteignung werden den Plänen der Regierung nach insgesamt 4000 vornehmlich französische Landeigentümer betroffen sein. Die Entschädigungsfrage ist bislang noch ungeklärt. Die "Marokkanisierung" dieses letzten ausländischen Landbesitzes in Marokko ist Teil der im März dieses Jahres von König Hassan II. angekündigten wirtschaftlichen Reformpolitik. Neben der genannten Maßnahme sieht diese Reformpolitik, die offiziellen Angaben nach auf ein sog. gemischtes - teils staatliches teils privates - Wirtschaftssystem hinzielen soll, zugleich auch Total- oder Teilenteignungen in anderen Wirtschaftszweigen vor (Energie, Schwerindustrie, Kommunikation, Bankwesen, Bergbau). Von letzteren Enteignungen sollen im wesentlichen wiederum Ausländer betroffen sein (Franzosen und Spanier). Ausländische Geldanlagen sollen künftig nur noch in bestimmten Wirtschaftssektoren erwünscht sein, das ist im wesentlichen: im Tourismus, in der (Leicht-)Industrie und in bestimmten Bereichen des Bergbaus.

30.8.
In einem sog. Hochverratsprozeß vor dem Militärgerichtshof in Kenitra sind 16 Todesurteile und 56 langjährige Freiheitsstrafen gegen politisch linksstehende Mitglieder des sog.

Rabat-Zweiges der marokkanischen Oppositionspartei U.N.F.P. gefällt worden. Den Verurteilten wird vorgeworfen, in Zusammenarbeit mit dem im Exil lebenden Mohammed Basri einen Sturz Hassan II. geplant zu haben. Während des Prozeßverlaufes wurde deutlich, daß die "Schuldeingeständnisse" einer Anzahl der Angeklagten über verschiedene Formen der Folter erpreßt worden sind.

In einem weiteren "Hochverratsprozeß" in Casablanca wird gegen 80 Intellektuelle, Studenten und Schüler (gegen 25 in Abwesenheit) verhandelt. Den Angeklagten wird vorgeworfen, die Errichtung eines "republikanisch, marxistisch-leninistischen Regimes" geplant zu haben. Der Staatsanwalt fordert für 42 Angeklagte Gefängnisstrafen.

Inzwischen wird ein 3. "Hochverratsprozeß" gegen Angehörige links-politischer Gruppierungen in Marrakesch vorbereitet. (N.Z.Z.)

Portugiesische Kolonien

6.8.
Der spanische Missionar V. Berenguer berichtet in einem Interview mit der "Times" von einem weiteren Massaker, das von portugiesischen Truppen an Afrikanern verübt worden ist. Es soll sich im Dezember vorigen Jahres in der Tete-Provinz in Mozambique abgespielt haben. Der Pater nennt 5 Überlebende dieses Massakers, "sofern das portugiesischen Militärs sie nicht umlegen läßt", jederzeit dazu verhört werden könnten. (afp)

10.8.
Nach Angaben des Sekretärs des Befreiungskomitees der OAU, Oberst Mbita, habe die Ermordung Amilcar Cabrals die Befreiungsbewegung in Guinea-Bissau nicht schwächen können. Dieses Ereignis habe eher "neuen Schwung" in den Kampf der PAIGC gebracht. Zur Lage der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika merkt Mbita folgendes an: In Mozambique sei die militärische Lage "sehr gut". Die FRELIMO verstärke fortwährend ihre Stellung. In Angola sei demgegenüber der Befreiungskampf durch großangelegte feindliche Aktionen und aus Mangel an Koordination unter den einzelnen Befreiungsbewegungen verlangsamt. In Zimbabwe (Rhodesien) sei der Gegner dank eines "großen Fortschritts" der Befreiungskämpfer in der Defensive. (N.Z.Z.)

19.8.
Vor Journalisten, denen die Angolanische Befreiungsarmee (ALNA) Gelegenheit bot, ein Ausbildungslager der ALNA in Kinkuzu (Zaire) zu besichtigen, geben Vertreter der angolanischen Revolutionsregierung (GRA) an, daß die angolanische Befreiungsarmee gegenwärtig über 30 000 ausgebildete Soldaten verfügt, die an 3 Kriegsschauplätzen in Angola operieren.

Weiter wurde seitens der GRA erklärt, daß das Gebiet im Dreieck zwischen Tomboco, Damba und Quitexe im Norden Angolas völlig befreit wäre und daß von der Befreiungsbewegung bisher 200 Schulen, Zentren für die medizinische Versorgung der Bevölkerung und landwirtschaftliche Genossenschaften eingerichtet worden seien. (afp)

Mittwoch, 26. September 1973 / Nr. 223

[illegible]ische Zeitung

Südafrikanische Zeitungen:

Portugiesen geben das Massaker zu

„100 Tote in Wiriyamu"

Pretoria (dpa/AP). Das sogenannte Wiriyamu-Massaker an afrikanischen Dorfbewohnern durch portugiesische Soldaten in der Tete-Provinz von Mozambique ist nach übereinstimmenden Angaben südafrikanischer Zeitungen jetzt von portugiesischen Stellen im Militärhauptquartier Nampula bestätigt worden.

Die Darstellung der „Pretoria News" und des Johannesburger „The Star" weicht nur in den Zahlenangaben von dem Bericht der Londoner „Times" ab, der am 10. Juli die Weltöffentlichkeit schockiert hatte. Danach sollen am 16. Dezember 1973 in Wiriyamu nicht 400, sondern 100 Dorfbewohner aufgereiht und aus nächster Nähe niedergeschossen worden sein. Etwa 20 bis 30 der Zivilisten hätten das Massaker durch schwarze und weiße Soldaten der 6. Kommandogruppe überlebt.

In der Schilderung der südafrikanischen Zeitungen heißt es: „Sie stellten die Dorfbewohner auf, befahlen ihnen in die Hände zu klatschen, und schossen sie dann nieder. Dann übergossen sie die Hütten und die Toten mit Benzin, steckten alles in Brand und zogen ab." 14 Tage später hätten Beamte auf Grund der Berichte von Überlebenden Wiriyamu aufgesucht und angeordnet, die noch umherliegenden Toten zu beerdigen. Nach dieser Spurenbeseitigung sei es daher den im Juli und Anfang August angereisten zahlreichen Journalisten auch nicht mehr gelungen, Beweise für das Massaker zu finden.

Die Zivilistenerschießungen waren, wie die Zeitungen weiter schreiben, der Grund für die plötzliche Abberufung des Militärgouverneurs von Tete, Oberst Videira, vor vierzehn Tagen. Ministerpräsident Caetano habe persönlich die Absetzung angeordnet, nachdem ihm der Untersuchungsbericht über die Erschießungen auf den Tisch gekommen sei. In den Berichten hieß es weiter, offenbar habe das Drama damit begonnen, daß ein portugiesischer Pilot meldete, er sei vom Boden aus beschossen worden. Eine Aufklärungspatrouille, die den Vorfall untersuchen sollte, sei in einen Hinterhalt geraten. Darauf hätten am 16. Dezember Militärmaschinen den Auftrag erhalten, den Ort zu bombardieren. Am selben Tag sei portugiesische Infanterie in das Dorf eingerückt. Dabei sei es zu dem Massaker gekommen.

20.8.
Von der portugiesischen Regierung werden erstmals "verwerfliche Übergriffe" portugiesischer Truppen in Mozambique eingestanden. Zahl und Ausmaß der bisher bekannt gewordenen Massaker portugiesischer Truppen an der afrikanischen Bevölkerung werden jedoch bestritten. (dpa)

12.9.
Der Generalsekretär der gesamtafrikanischen Kirchenkonferenz, Cannon Burgess Carr, übt heftige Kritik am Schweigen des Vatikans zu den portugiesischen Massakern in Angola, Mozambique und Guinea-Bissau und fordert die Mitgliedstaaten der OAU auf, "an-

gesichts der brutalen Mordtaten und der blutigen Unterdrückung der afrikanischen Bevölkerung in den portugiesischen Kolonien" die Beziehungen zum Vatikan zu überprüfen. "Der Vatikan", so Carr, "muß dazu gebracht werden, sich zwischen dem unabhängigen Afrika und seiner Allianz mit Portugal zu entscheiden". (S.Z.)

Sambia

26.8.
Der sambesische Staatspräsident Kaund unterzeichnet im Beisein von Präsident J. Nyerere und Präsident Mobutu (Zaire) sowie Delegationen aus Botswana, Kenya und Malawi eine für Sambia neu ausgearbeitete Verfassung. Sambia bleibt dieser Verfassung nach ein Ein-Parteien-Staat. Anstelle des Vizepräsidenten wird es zukünftig einen Ministerpräsidenten geben. Die Stellung des Staatspräsidenten bleibt davon unberührt. (Reuter)

Sudan

4. - 11.9.
Während Staatspräsident Numeiri an der Konferenz der Blockfreien in Algier teilnimmt, brechen in Khartum Studentenunruhen aus, die von dem Gelände der Universität auf die Stadt übergreifen. Der Protest der Studenten richtet sich (nach Angaben der S.Z.) vor allen Dingen gegen die Annäherungspolitik Numeiris an die Länder Westeuropas und der USA und gegen das damit verbundene Ausscheren Numeiris aus der arabischen Frontstellung gegen Israel. Nach dem Einsatz von Militär, der mehrere Menschenleben kostet und zu der Verhaftung von nahezu 3000 Personen führt, solidarisieren sich die Arbeiter der Eisenbahn und der Flußschifffahrt in einem Streik mit den rebellierenden Studenten, wobei allerdings der Protest der Arbeiter wesentlich auch gegen die steigenden Lebensmittelpreise und Lebensmittelknappheit gerichtet zu sein scheint. Die Streikfront bricht zusammen, als den Arbeitern seitens der Regierung Strafmaßnahmen angedroht werden. Nach seiner Rückkehr aus Algier kündigt Numeiri eine "Reorganisation" der Universität an, die verhindern soll, daß die Universität weiterhin ein "Instrument von Verschwörung und Unordnung" bleibe. (S.Z.)

Südafrikanische Republik

2.8.
Der frühere südafrikanische Innenminister Theo Gerdner schlägt eine Aufteilung der Republik Südafrika in einen Staat für Weiße und in einen solchen für Farbige (Afrikaner, Asiaten, Mischlinge) vor. Gerdner war vor einem Jahr aufgrund seiner kritischen Haltung zur offiziellen Apartheid-Politik aus dem Kabinett Vorster ausgeschieden. (Reuter)

18.8.
Zum zweiten Mal innerhalb einer Woche kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen der südafrikanischen Polizei und Angehörigen des Owambo-Stammes. Bei einer Demonstration in Ondangwa (Grenzgebiet zu Angola), die sich gegen die Inhaftierung von Swapo-Mitgliedern richtet, kommt es zur Verhaftung von 21 Afrikanern durch die südafrikanische Polizei.

Nach einer Polizei-Razzia in einer Afrikaner-Wohnsiedlung in der Nähe von Windhoek (Katutura) kommt es zu spontanen Protestaktionen von Teilen der Bewohnerschaft der genannten Wohnsiedlung. In einem Gegenschlag der Polizei werden 265 Afrikaner festgenommen. (ap)

29.8.
An der Afrikaner-Universität Fort Hare kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen links- und rechtsgerichteten Studenten. (ap)

14.9.
Bei schweren Zusammenstößen zwischen streikenden afrikanischen Bergleuten und der südafrikanischen Polizei in einer Goldmine bei Carltonville (65 km südlich von Johannesburg) werden 12 Arbeiter durch Polizisten erschossen und weitere 12 schwer verletzt. Zu den Zusammenstößen kam es, als ein Teil der Arbeiterschaft der genannten Goldmine in Reaktion auf die erneute Zurückweisung von Lohnforderungen sich zu einer Protestaktion gegen die Grubenverwaltung zusammenfanden (den Angaben der Polizei nach soll versucht worden sein, das Bürogebäude der Grube in Brand zu stecken). Von Beobachtern wird die Schießerei von Carltonville als der schwerste Zwischenfall dieser Art seit dem Massaker von Sharpeville im Jahre 1960 bezeichnet. (ap/dpa)

18.9.
Einem Bericht der Johannesburger Abendzeitung "The Star" nach wird die südafrikanische Luftwaffe mit 48 modern-

Seite 20 / Badische Zeitung 14.9.1973



Nach einem Zwischenfall während einer Demonstration um höhere Löhne in Carltonville, sind am Dienstag elf farbige Minenarbeiter von der Polizei erschossen worden. Trotzdem ging die Arbeit in dem Bergwerk am Donnerstag wie gewohnt weiter.

sten französischen Jagdflugzeugen des Typs Mirage F1 ausgerüstet. Darüber hinaus soll die südafrikanische Luftwaffe durch 100 italienische Jagdflugzeuge des Typs Aermacchi MB 326 K und durch 40 italienische Aufklärungsflugzeuge des Typs Aermacchi AM 8 C Verstärkung erhalten. (dpa)

18.9.
Versuche des kirchlichen Außenamtes der evangelischen Kirche Deutschlands in Frankfurt, die von ihr betreuten 13 500 deutsch-stämmigen Kirchenmitglieder in Südwestafrika mit deren schwarzen Glaubensbrüdern in einer gemeinsamen Kirchenorganisation zu vereinen, sind am entschiedenen Widerstand der ersteren gescheitert. Die deutsch-stämmigen Lutheraner in Südwestafrika wollen die Rassentrennung unter den Anhängern des evang-lutherischen Glaubens unter allen Umständen aufrecht erhalten sehen. Die vom kirchlichen Außenamt in Südwestafrika eingesetzten Geistlichen haben in Reaktion auf die gescheiterten Einigungsversuche um ihre Rückberufung in die BRD gebeten. Es gilt als wahrscheinlich, daß das Außenamt in Frankfurt auf die Entsendung anderer Geistlicher nach Südwestafrika verzichten wird und darüber hinaus auch die finanziellen Unterstützungen der Bruderkirchen in Südwestafrika einstellen wird. (dpa)

Rhodesien

2.8.
Das Smith-Regime setzt sechs führende Mitglieder des "Afrikanischen Nationalrats" (ANC) fest. Zu den Festgenommenen gehört der stellvertretende ANC-Präsident Ndhlovu und der ANC-Sekretär Chirsa. (Reuter)

Rwanda

2.8.
In Rwanda ist nach dem Militärputsch vom 5. Juli eine neue Regierung unter General Habyalimana gebildet worden. Dem Kabinett gehören 4 Offiziere und 8 Zivilisten an. (Reuter)

Tanzania

27.8.
Die mit chinesischer Unterstützung gebaute ostafrikanische Eisenbahnlinie, die die Kupferfelder Sambias mit Dar es Salaam verbinden soll, hat die Grenze zwischen Sambia und Tanzania erreicht. Die Arbeiten an der TanSambahn sind damit um ein ganzes Jahr schneller vorangegangen als erwartet. (Reuter/N.Z.Z.)

Tschad

25.8.
Im Tschad hat sich eine in Opposition zum gegenwärtigen Regime Präsident Tombalbayes stehende Partei unter dem Namen "Demokratische Erneuerungsbewegung Tschads" (MDRT) konstituiert. In einem Manifest der MDRT wird der Sturz der Regierung Tombalbayes gefordert und die Bildung einer provisorischen Regierung vorgeschlagen, die auf eine "Volksdemokratie" hinarbeiten soll. Die MRDT distanziert sich politisch von der Frolinat (Nationale Befreiungsfront Tschad), sucht aber offensichtlich einem Konflikt mit der Frolinat auszuweichen. (Reuter)

Sahel-Zone

2.8.
Nach Angaben der FAO ist die Hungersnot in der Sahel-Zone insoweit gebannt, daß nicht mehr mit einem Massensterben der in diesen Gebieten von der Dürre bedrohten Menschen gerechnet werden muß. (dpa)

Uganda-Kenya

10.8.
Erneute Kontroverse Heath-Amin über die von der ugandesischen Regierung betriebenen Ausweisung von Asiaten aus Uganda: Beide Seiten bezichtigen sich gegenseitig des Rassismus. Der kenyanische Vizepräsident Arap Moi solidarisiert sich auf der Commonwealth Konferenz in Ottawa in dieser Frage mit General Amin und kündigt damit indirekt weitere Maßnahmen gegen die in Kenya ansässigen Asiaten an. (N.Z.Z.)

Uganda

13.9.
General Amin kündigt an, daß vom 17. September an Ausländer wieder die Möglichkeit haben, als Touristen in Uganda einzureisen. Die Betreuung der Touristen soll zukünftig ausschließlich in der Hand einheimischer Personen und Unternehmungen liegen. (N.Z.Z.)

LATEINAMERIKA

Bolivien

28.8.
Der frühere Gesundheitsminister Valverde, Anführer eines aufgedeckten Putschversuches gegenüber dem Banzerregime, flüchtet nach Paraguay.

10.9.
Präsident Hugo Banzer, Nachfolger der von ihm gestürzten, linksgerichteten Offiziersregierung Torres, fordert sein Kabinett zum Rücktritt auf. Er will auf diese Weise die kabinettsinternen Streitigkeiten beenden und dadurch die "Grundlagen für eine Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen schaffen".

Argentinien

6.8.
Die provisorische Regierung Lastiri erläßt eine Reihe strenger Gesetze zur Waffenkontrolle. In einem weiteren Dekret fordert sie Zeitungen und Zeitschriften auf, genauer auf ihre

politischen Anzeigen zu achten; die Zeitungen bringen des öfteren bezahlte Kommuniques der Stadtguerillas. Ein hoher Polizeibeamter wird in der Nähe der Hauptstadt von der ERP (Revolutionäre Volksarmee) erschossen, er wird für die Folterung politischer Gefangener verantwortlich gemacht.

12.8.
Das Ehepaar Peron akzeptiert die ihm angebotene Kandidatur für das Amt des Präsidentschaftskandidaten und der Vizepräsidentschaftskandidatin. Balbin wird während dessen von der Radikalen Partei zum vierten Mal als Präsidentschaftskandidat aufgestellt.

Die "Justizialistische Partei" Perons teilt mit, daß die Leiche Evita Perons innert 40 Tagen nach Argentinien zurückkehren soll. Der Kristallsarg war 1955 kurz vor der Absetzung Perons verschwunden und angeblich über ein Geheimgrab in Italien nach Madrid gekommen.

16.8.
Aus Buenos Aires wird bekannt, daß die Kandidatur Isabel Perons zur Vizepräsidentschaft nur über den Ausschluß der Jungperonisten beim Parteitag möglich war. Man ist enttäuscht, daß Peron nicht mit der Formel der "Nationalen Einheit" ein Bündnis seiner Partei mit Balbin als Vizepräsidenten unternommen hat. Die erst kürzlich wieder zugelassene Kommunistische Partei hat sich definitiv für eine Unterstützung Perons entschieden. Während dessen reißt die Entführungswelle nicht ab: in den letzten 40 Tagen soll es zu 20 Entführungen und 30 Erpressungen gekommen sein. Eine Gruppe von 25 leitenden Angestellten der argentinischen Coca Cola-Vertretung reist mit ihren Familien aus Buenos Aires ab. Das Unternehmen war von der ERP mit Anschlägen auf ihre Mitarbeiter bedroht worden, wenn es nicht ca. 2,3 Mill DM in den Armenvierteln der Hauptstadt verteilen würde.

Lloyds versichert gegen Guerillas

HANDELSBLATT, Mittwoch, 26. 9. 1973

ess. LONDON. Anläßlich der Entführung eines britischen Geschäftsmannes in Buenos Aires wird bekannt, daß viele Unternehmen ihre ins Ausland reisenden Spitzenmanager gegen solche Zwischenfälle versichern. Lloyds hat eine Sonderpolice speziell für amerikanische Klienten entwickelt. Insgesamt haben rd 1000 Firmen derartige Abschlüsse für eine Versicherungssumme von 100 Mill. £ getätigt, und diese Zahl steigt in letzter Zeit rasch an. Die Prämiensätze sind am höchsten für Reisen in einige südamerikanische Länder.

24.8.
Der UNO-Ausschuß für Kolonialismusfragen fordert Argentinien und Großbritanien dringend auf, ihr Gespräch über die Zukunft der Falklandinselgruppe intensiver fortzusetzen.

28.8.
Die ERP hält einen ehemaligen Sonderrichter zu Verhören über die Vorfälle in der Garnisonsstadt Trelew fest, dort sind im vergangenen Jahr 16 linksgerichtete Untergrundkämpfer angeblich auf der Flucht erschossen worden.

7.9.
50 Mitglieder der ERP überfallen ein Waffen- und Munitionsdepot der Armee in Buenos Aires, dabei werden 1 Offizier getötet und 11 Guerilleros festgenommen.

Paraguay

7.9.
Ein seit 10 Tagen verschleppter britischer Gutsverwalter wird von der Polizei gefunden. Die britische Fleischerextraktfirma Liebig, bei der der Engländer angestellt war, hätte 7,5 Mill DM Lösegeld zahlen sollen.

Brasilien

12.8.
Die Neue Züricher Zeitung berichtet auf einer ganzen Seite über das geplante Kraftwerk am Oberlauf des Parana bei den Iguacu-Wasserfällen in Itaipu:
Technische Daten:
- 1865 m breiter Staudamm
- 58 000 m^3/s Durchlaufmenge
- 14 Turbinengeneratorengruppen
- 11 Mill bis später 18 Mill Kilowattleistung
- über 2 Milliarden Dollar Kosten, davon 1,2 Milliarden D. von der brasilianischen Regierung, Rest durch Industrie und Banken. Inbetriebnahme: Mitte der 80ziger Jahre.

Politische Konstellation:
Paraguay ist zur Hälfte beteiligt, kann seinen Stromanteil aber selbst in den nächsten 60 Jahren nicht verwenden, und wird ihn deshalb an Brasilien gegen brasilianische Währung verkaufen. Dies fördert eine einseitige Importabhängigkeit Paraguays an Brasilien über Jahre hinaus (Mikroimperialismusvorwurf der Opposition in Paraguay). Argentinien, früherer Monopolabnehmer des Paraguayexports, befürchtet dadurch den Verlust seines Sateliten: die Brasilianer werden zusätzlich das Eisenbahnnetz Paraguays mit dem brasilianischen verbinden und damit einen Zugang zum Atlantik-Freihafen Paranagua für Paraguay schaffen.

Uruguay

11.9.
Der Leiter der Matafuego-Simplex Laboratorien in Buenos Aires wird in Montevideo gekidnapped.

Ideologiekritik 8

Kommunalismus und Tribalismus

Als "Kommunalismus" bezeichnet die westliche Sozialwissenschaft in Indien die immer wieder auftretenden, auf Dorf- und Stadtebene ausgetragenen interkonfessionellen Massaker zwischen Hindus und Muslimen: in getrennten Wohnvierteln lebend, an einer bestimmten Kleidung auch heute noch erkenntlich, wird jede Gruppe stereotyp für jeden Vorwurf oder jeden Verdacht gegenüber einem ihrer Mitglieder verantwortlich gemacht: Ein Steinwurf auf eine Kuh, die sich in eine Moschee verirrt hat, genügt dann, um eine Serie von Massakern und einen oft wochenlangen lokalen Bürgerkrieg auszulösen. Dabei stellt dieser nur scheinbar konfessionelle Haß ein Potential bereit, das jederzeit für politische Zwecke einzuspannen ist: so waren die Massaker der West-Pakistanis in Ostpakistan maßgeblich gegen die ostbengalischen Hindus gerichtet (1), etwas, was dann wiederum die indische Presse verschweigen mußte, um nicht ihrerseits eine innerindische Massakerwelle zu haben; so versteht sich die unabhängige Regierung Scheich Mujibur Rahmans wohl immer noch mehr als bengal-muslimisch denn nationalsäkular.

Vergleichbare Sachverhalte kennen wir aus Malaysia, Singapore und Indonesien: auch dort findet der "Konflikt" zwischen einer malaiischen bzw. javanischen Mehrheit und einer chinesischen Minderheit, von scheinbar irrationalen Vorurteilen ausgelöst, oft genug in Massakern seinen Ausdruck: die riesige Mordkampagne an der chinesischen Minderheit in Indonesien, nach dem Generalputsch, unternommen durch überwiegend muslimische Javaner, weist auch in diesem Falle das entsetzliche Potential an Aggression nach, auf das Klassenpolitik im gegebenen Fall zurückgreifen kann.

In Afrika bezeichnet westliche Sozialwissenschaft vergleichbare Sachverhalte gern als "Tribalismus": etwa die Massaker der Hutu und Tutsi in Burundi, oder die Streitigkeiten und das Mißtrauen zwischen den beiden größten Stämmen Kenias. In welchem Ausmaß mit diesem "Streit" Politik gemacht werden kann, hat der Bürgerkrieg in Nigeria gezeigt.

Das wesentliche dieser beiden Begriffe scheint mir nun darin zu liegen, daß sie Scheinbegriffe sind: sie sind geschaffen, um den Kolonialismus als Ursache der beschriebenen Sachverhalte zu verschweigen.

Diese Ursächlichkeit soll im folgenden nachgewiesen werden. Als Beispiel verwende ich dabei Indien.

Betrachten wir "Staat" als eine Instanz der legitimen Verwertung von Macht, so ist der Kolonialstaat von einem Mangel an solcher Legitimität gekennzeichnet. Er kennt keine Beschaffungsprozeduren, mit Hilfe derer er sich dauerhaft notwendige Massenloyalität sichern könnte - "Demokratie" - noch verfügt er über eine plausible Herrschaftslegende gegenüber den Unterlegenen. Der Kolonialstaat scheint mir nun dadurch gekennzeichnet, daß er den Mangel an Legitimität durch einen Prozeß der Beschaffung ausgleicht, er gewinnt "Legitimität" durch Praktikabilität, er erscheint weder sinnfällig noch gerechtfertigt, aber nützlich und unabdingbar. Die Gründe solcher Nützlichkeit und Unersetzlichkeit muß er aber selbst erst erschaffen. Diese Gründe fasse ich im folgenden unter dem Stichwort "Tribalismus" oder "Communalismus". Diese "Gründe" lassen den Zwangscharakter des Kolonialstaats als notwendig erscheinen, machen einen direkten und vererbten Militarismus unabdingbar. Machen also Tribalismus bzw. Kommunalismus und Militarismus zu komplementären Größen.

Im folgenden versuche ich

1. ein Beispiel zur Historie des Phänomens zu geben, und anschließend
2. die Wirkungsweise des kolonialstaatlich disponierten Strukturelements unter nachkolonialen Bedingungen kurz verallgemeinernd zu schildern.

1. Beispiel Indien: die "Kommunalisierung" von Muslimen und Hindus

Vorgeschichte:

Die handelskapitalistische Ausplünderung Indiens war Sache einer Privatkompagnie von zum Schlusse multinationalen Ausmaßes gewesen (East India Company). Nicht zufrieden mit der passiv-parasitären Rolle des Küstenkaufmanns, stieg sie bis Mitte des 19. Jahrhunderts zum Range der indischen Territorialgewalt auf, ohne die

damit entstehenden zusätzlichen administrativen Aufgaben erfüllen und den dadurch entstehenden Legitimitätsbedarf decken zu können. Dieses Versagen fand 1856 seinen Ausdruck in einem Aufstand einer reaktionären Koalition von Grundherrenschichten, alter Aristokratie, Priesterschaft und Söldnertruppen, der nur mühsam und mit ungeheuren Massakern zusammengeschlagen werden konnte. Dieser zur Geschichtsbuchformel "Mutiny" (Meuterei) verniedlichte Aufstand war zugleich das Ende der "Kampagnie" und der Beginn des formalen Kolonialstatuts Indiens.

Die Kolonialverwaltung stand nun vor der Aufgabe, mit einem Minimum an Kosten - ca. eine halbe Million Engländer bei ca. 150 Millionen Inder - ein Maximum an Kolonialprofiten bei "stabiler" Verwaltung zu "extrahieren". Verhindert werden sollte auf alle Fälle, daß sich nochmals ein über alle formalen Konfessionsgrenzen hinüberreichender Block von Aufständischen bilden konnte.

Gelöst wurde diese Aufgabe, indem einerseits die einheimischen Eliten in der Kolonialverwaltung massenhaft eingestellt wurden, andererseits die Formel ihrer "Mitarbeit" ihre ständige Abhängigkeit von der letzten Instanz der Kolonialmacht sicherte. Abhängig aber war diese Abhängigkeit von der Fähigkeit der Kolonialmacht, die anfänglich homogene Masse der Kolonialisierten in interessen-neutrale, klassenblinde Quasi-Gruppen aufzuteilen; dieses Aufsplittern lief in Indien maßgeblich als Kommunalisierung der Muslime und Hindus ab.

<u>Kommunalisierung:</u>

Obwohl sowohl Hindus wie Muslime beim Aufstand in gleichem Maße beteiligt gewesen waren, und obwohl dieser Sachverhalt der Kolonialregierung bekannt war, wurden die Muslime - ca. ein Viertel der Bevölkerung - systematisch aus den Kolonialposten vertrieben, um 1870 aber wiederum dann zugelassen zu werden, wenn sie Vertreter spezifisch muslim-nationalistischer Gruppen waren. Prämiert wurde also ein auf die eigene Religionsgemeinschaft bezogenes Verhalten. Durch diesen Vorgang durchliefen beide konfessionellen Blöcke zum ersten Male einen Prozeß der bewußten Religionsfixierung. Parallel dazu institutionalisierte die Kolonialverwaltung einen Prozeß, der zur dauerhaften weiteren Fixierung der Parteien führen mußte (2):

Regierungsposten wurden quotenmäßig beiden Religionsgruppen zugeteilt, und solche Posten wurde stets "verdienten" Vertretern der jeweiligen Gemeinschaft gegeben. Gleichzeitig wurde die Größe der Quoten variabel gehalten, was jeder Partei die Möglichkeit gab, wechselseitig Intrigen zu vermuten.

Die Bedingungen der Überbevölkerung und der Zwang der traditional-elitären Gruppen, die kolonialen Prestigeberufe anzunehmen, führten dann von selbst dazu, daß das sozio-ökonomische Problem der Angestelltenarbeitslosigkeit nur noch in Begriffen der religiösen Übervorteilung wahrgenommen wurde, daß Arbeitslosigkeit in Vorstellungen des Werts und Unwerts der jeweiligen Religion gerechtfertigt wurden. Religiöse Anschauungen wurden durch diese strategische Knappheitssituation zum ersten Mal zu Systemen der Selbstrechtfertigung pervertiert. Während dieses institutionelle Arrangement, gleichsam sich selbst steuernd, für eine ständige Reproduktion religionsspezifischer Ressentiments sorgte, wurde dieser Vorgang noch zusätzlich medienpolitisch abgesichert.

<u>Medienpolitik:</u>

Einerseits führte eine kommunalistisch ausgerichtete Elite dazu, daß sich nur kommunalistische Zeitungen herausbilden konnten, andererseits sorgte die nur formale, oberflächliche Informationspflicht der "überparteilichen" englischen Zeitungen für eine Unterschlagung der hintergründigen ökonomischen Faktoren und eine Überbetonung der konfessionellen Züge bei interkonfessionellen Streitigkeiten. (3)

<u>Verallgemeinerungsfähigkeit:</u>

Der Prozeß der Kommunalisierung hatte zur Folge einen Begriff von Religion, der nicht mehr an Verhaltensregeln festgemacht war, sondern sich an emotional angereicherten Thematiken der Argumentation orientierte. Die Verbreitung solcher Argumentation führte dann dazu, daß alle ökonomischen Konflikte, die deckungsgleich mit Konfessionsgrenzen verliefen, 1. antiökonomisch interpretierbar wurden, und 2. zum ersten Mal Orientierungsgruppen über die primären ökonomischen Funktionseinheiten - Dorf und Kaste - hinaus angeboten wurden. Daß also einerseits sowohl Interpretationen von Sozialkonflikten als auch Orientierungs-

einheiten zunehmend interessenblinder wurden, andererseits ein irrationaler Generalnenner der Verallgemeinerungsfähigkeit sich immer plausibler für alle nur denkbaren individuellen, lokalen und regionalen Konflikte anbot.

Kettenreaktion:

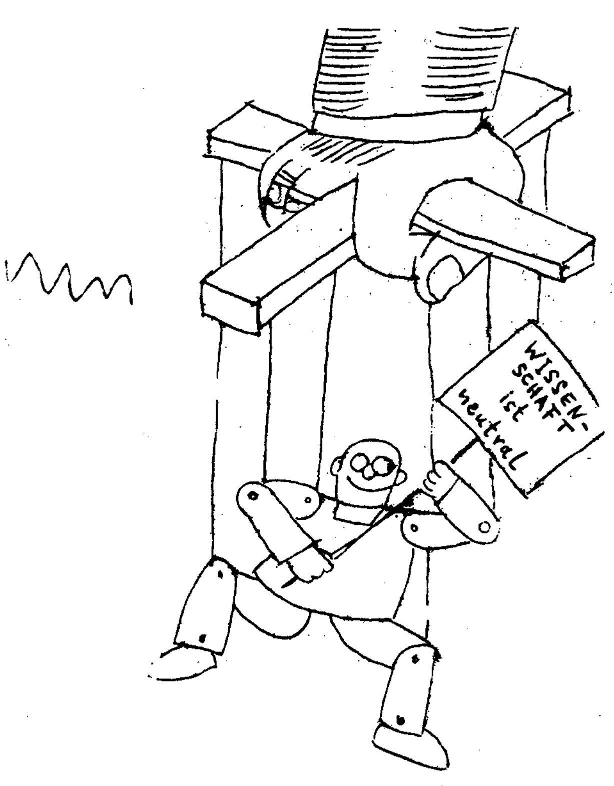
Damit wurde jeder obskure Streitfall - unter konfessionellen Vorzeichen ausgetragen oder auch nur interpretiert - tendenziell zu einer Serie von Lokalmassakern, die über Monate hinaus über ganz Indien hinweg laufen konnte, und jede der Parteien über die Sachgesetzlichkeit einer "Selffulfilling prophecy" (4) mit neuen Rechtfertigungen, berechtigten Erwartungen und Bestätigungen versah - auch die Kolonialregierung.

Negative Legitimität:

Angesichts solch "bestürzenden Fanatismus'", "beklagenswerten Aberglaubens", "irregeleiteten religiösen Eifers", "intoleranten Glaubenschauvinismus'" fühlte sich die Kolonialverwaltung in ihrer Politik, ihrer Polizei und ihrem Militärapparat von seiner Nützlichkeit bestätigt: also noch mehr getrennte Schulen, getrennte Sitze, Quoten, weitere institutionelle Regelungen, um die beiden Parteien auseinanderzuhalten. Damit entstand ein sich selbstregulierender Mechanismus des Druckausgleichs, der stets die Ausgleichsinstanz der Kolonialmacht weiter steigerte: Der ansteigende Bevölkerungsdruck - auf knappen Boden und knappe Kolonialposten - zeitigte immer häufiger kommunalistisch ausgetragene Konflikte, jeder pflanzte sich über eine kommunalistisch interpretierende Presse und Argumentationen fort, zwang die Kolonialmacht und deren Zwangsapparat zu Schlichtungen und Maßnahmen, die scheinbar kurzfristige Besserung versprachen, letztendlich aber dem kommunalistischen Bewegungsgesetz nur zu erhöhter Wirksamkeit verhalfen. Die Instanz des letztlichen "Druckausgleichs" wurde damit immer wesentlicher, als Schlichtungsagentur, "Wohlfahrtspolizist", und honest broker immer unabdingbarer, die Denkfigur "lieber Ausbeutung als Bürgerkrieg" immer plausibler.

Unabhängigkeitskampf:

Die Forderung nach Unabhängigkeit förderte dann die Ausdehnung dieses explosiven Sachverhalts ständig: denn die Forderung nach Unabhängigkeit domestizierte die Kolonialgewalt durch Zugeständnisse größerer Mitsprache beim kolonialen Regierungsgeschäft. Unter Beibehaltung des Quotenarrangements delegierte die Kolonialgewalt zunehmend alle Verwaltungsaufgaben an die Inder und machte sich dennoch als Schlichtungsinstanz immer unentbehrlicher. Im Endzustand beschrieb denn auch "indirect rule" (indirekte Herrschaft) eine Situation, in der Einheimische Einheimische quotengemäß ausbeuteten, wobei die koloniale Ausgleichsinstanz auf "fairness" und "Korrektheit" achtete, achten mußte, um den Kolonisierten vor sich selbst zu schützen. Ausbeutung definierte sich denn auch unter diesen Bedingungen als System quotengemäß organisierten Mißtrauens, dessen Mitglieder auf effiziente, arbeitsteilig bürokratisierte Ausbeutung schon deshalb sahen, weil es die beste Methode des Selbstschutzes und individuell mit



religiösen Argumenten zu rechtfertigen war - "Ein Muslim vernachläßigt nie seine Pflicht" "sei ehrlich, strebsam und ein gläubiger Hindu" -; Ausbeutung, also als Unfähigkeit vexierbildlich vermittelte Ressentiments und Rechtfertigungen zu überspringen, außerkolonial eigene Identität gewinnen zu können. In diesem Stadium der Fixierungen aber gewannen auch die kolonialen Wissenschaften - Indologie, Islamkunde, Völkerkunde und Religionswissenschaft - ihren ersten empirischen Wahrheitsbeweis: ihre hochkulturellen Perspektiven und davon ableitbaren Ergebnisse und "Mentalitätswahrheiten" hatten sich anscheinend bestätigt, nicht nur bestätigt, sondern sie förderten den Prozeß der "Retraditionalisierung" noch weiter: Unter Bedingungen der Kolonialstaatlichkeit fand der Einheimische ideologische Anerkennung nur als Kultur- und Religionssubjekt, diese Anerkennung aber war abhängig von dem Ausmaß, indem er sich den kolonialwis-

senschaftlich vermittelten Kulturtypologien fügte, vom "native" (Eingeborenen) zum Hindu oder Muslim wurde. Dadurch wurde die "Moderne" dem Einheimischen zur Aneignung einer philologisch fingierten Pseudotradition, eine Regression, die ihm psychologische Befriedigungen verschaffte, der Kolonialgewalt aber den Konfessionenhaß erhielt und damit die Scheinmoral, die Streithähne trennen zu müssen. Vom "Einheimischen" zum "Muslim" avanciert, fand er sich dann plötzlich als "Fanatiker" und aufklärungsbedürftiger Religionschauvinist wieder, ohne noch das Bewußtsein zu haben, dies als Folgen der kolonialpolitik erkennen zu können. Indirect rule meinte denn schließlich den Zustand, bei dem sich die Einheimischen die kolonialen Kulturmasken gerne und selber wechselseitig überstülpten. (5)

Der Unabhängigkeitskampf mußte denn auch mit Hilfe von Kolonialargumenten im Wettbewerb der beiden Religionsblöcke ausgetragen werden, weniger "indische" als indologische Argumente und Wertungen konstituierten die Vision eines unabhängigen Indiens bei Gandhi, weniger die Angst vor den Engländern als die Angst vor einer Ausbeutung durch unabhängige Hindus trieb die muslimische Freiheitsbewegung an. (6)

Teilung:

Unabhängigkeit mußte denn für Indien gleichbedeutend mit Teilung werden: Auf den Wegfall der Ausgleichsinstanz, die sich bezeichnenderweise gegen die Bitten der Parteien vorzeitig zurückzog, um für die Folgen ihrer Politik nicht mehr haften zu müssen, folgte die Trennung in Indien und Pakistan und eine Serie von kommunalistischen Schlächtereien, die viele nie gezählte Millionen das Leben kostete, Bevölkerungsverschiebungen in der Höhe von weit mehr als 15 Millionen zur Folge hatte, die Wirtschafts- und Verwaltungsstruktur des Landes auseinanderriß, die Entwicklung beider Teile damit unendlich erschwerte und zu einer 20jährigen Kriegswirtschaft führte, die auf beiden Seiten weit über ein Drittel des Budgets verschlingt und dauerhafte Abhängigkeit von den politischen Verpflichtungen des internationalen Rüstungsgeschäfts erzwang.

2. Vergegenwärtigt man sich, daß die Formel der "indirect rule" für alle englischen Kolonien galt, das englische Kolonialempire den größeren Teil des gesamten Kolonialbereichs umfaßte, die anderen Kolonialmächte vor dem gleichen, der Formel der "indirect rule" unterliegenden Problem standen - mit geringen Kosten einen hohen Kolonialprofit zu erzielen -, so läßt sich legitimerweise der Versuch unternehmen, das indische Beispiel zu verallgemeinern und die Folgen dieses Tribalismus und Kommunalismus für die nachkoloniale Phase aller Entwicklungsländer anzudeuten.

Für einen großen Bereich der Dritten Welt gilt da, daß zwei Sachverhalte für sie entscheidend geworden sind, Tribalismus oder Kommunalismus und Militarismus, wobei beides oft, vor allem in Afrika, als komplementäre Größe auftritt. Gerade die "klassischen" Kolonien Afrikas weisen zu hohem Anteil eine stammesmäßig inhomogene Bevölkerung auf und eine dominierende Rolle eines in Kolonialinstitutionen ausgebildeten und an Kolonialwerten orientierten Militärs.

Geschichtsbücher schildern die Entstehung dieser ehemaligen Kolonien als kumulierte Zufälligkeit aus Entdeckungsreisen, Militärexpeditionen, günstigen Verkehrswegen und europäischen Kolonialkonferenzen. Plausibler wäre eine Erklärung, die die Entstehung solcher unausgewogener Gebilde aus den politischen und administrativen Zwängen einer zahlenmäßig geringen Kolonialmacht ableitete.

Zeitungen schildern dann die tribalistischen Massaker und Unruhen unter Verwendung solch ursprünglicher geschichtsloser Wahrheiten wie "der traditionelle Haß der Watutsi gegen die Bahutu", der "seit Jahrhunderten schwelende Streit der mächtigen Stämme Kenias" etc. Plausibler wäre eine Erklärung, die den Kolonialismus als Ursache der künstlichen Staatengebilde u n d der künstlichen Benachteiligung verschiedener "rivalisierender" Stämme in der ererbten kolonialen Struktur mit erwähnte.

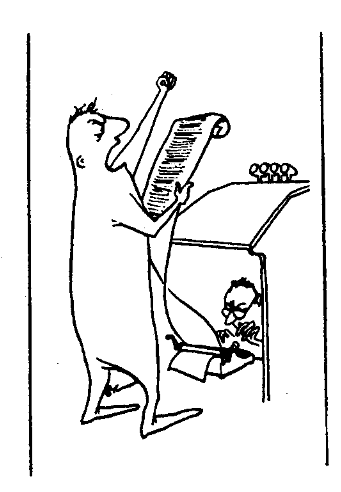
Politische Wissenschaft analysiert dann die Komplementarität von Tribalismus und Militarismus als gleichsam "funktional": ersteres als krisenhafter Prozeß einer Bildung einer - ideologisch projezierten - Nationalstaatlichkeit, das zweite als vielleicht bedauernswerter aber nützlicher Garant des guten Gelingens dieses "so schmerzhaften Prozesses" der Persönlichkeitsentfaltung. Plausibler wäre eine Erklärung, die die solcher ahistorischen "Nationbuilding"smetaphysik unterliegende Interessenlage mitzeichnet: daß nämlich die diesen Sachverhalten unterliegende strukturelle Ungleichgewichtung, diese Staaten in einem Zustand der erhöhten dauerhaften Abhängigkeit von den ehemaligen Kolonialreichen halten muß, ein Zusammenhang, von dem diese formal nichts wissen, von dem sie aber um so mehr profitieren wollen.

Das Fazit dieser Argumentationen kennt dann den Kolonialismus nur noch als Zufälligkeit, seine hier beschriebenen Konsequenzen als Exotismus und Irrationalität.

Möglich wird dies nur, weil unterschlagen wird:

1. daß die Kolonialmächte als Basis ihrer relativ geringen Administrationskosten eine Politik des systematischen Gegeneinanderausspielens verschiedener Konfessionen und Stämme praktizierten;

2. daß die formal unabhängigen Kolonien dieses organisierte Mißtrauen - Tribalismus bzw. Kommunalismus - ererbten, ebenso wie eine Kolonialarmee, die damit von Anfang an eine übermächtige Stellung als "Ausgleichsinstanz" und "Königsmacher" innehatte;



3. daß die Verquickung beider Sachverhalte dazu führt, daß ein Großteil der verfügbaren Ressourcen zur Aufrechterhaltung eines nur schwer entwicklungsfähigen Status quo und einer parasitären, fremdbestimmbaren Militärschicht aufgewendet werden;

4. daß vor allem der letzte Tatbestand eine dauerhafte Abhängigkeit der Länder von den alten "Mutter"-ländern garantiert;

5. daß alle Bündnisse und Allianzen, die auf diesen vom Kolonialismus strukturell verunsicherten und dauerhaft immobilisierten Territorialeinheiten aufbauen, oft nicht mehr als kompensatorische Schaufensterpolitik sein können, während wesentliche Fragen nach einer arbeitsteiligen Entwicklung, nach "optimum zones of development", nach der Markt- und generell Entwicklungsfähigkeit dieser Länder dauerhaft in den Hintergrund treten mußten.

Anmerkungen:

1) ca. 80 % der Flüchtlinge waren Hindus.

2) Sir John Strachey: "Die Existenz zweier gegenseitig feindseligen Religionen ist eine der stärksten Punkte unserer politischen Position in Indien. Die besseren Klassen der Muslime sind eine Quelle der Stärke und nicht der Schwäche. Sie stellen eine vergleichsweise kleine aber energische Minorität der Bevölkerung dar, deren politisches Interesse identisch mit dem unseren ist". ca. 1875, Zitat aus: W.C. Smith: Modern Islam in India, Lahore 1963, S. 185

3) "Als etwa die Massen Kashmirs sich 1931-1932 gegen ihren gewalttätigen und unterdrückerischen Herrscher erhoben, wurde dies der Welt als "kommunalistischer Streit" dargestellt, da die Kashmiris überwiegend muslimisch waren, während der Prinz und die herrschende Klasse Hindus waren." Ibid, S. 196

4) Prophezeiungen, die sich selbst verwirklichen. W.J. Thomas: "Wenn die Menschen Situationen als real definieren, sind sie in ihren Konsequenzen real." Siehe auch: "Die Eigendynamik gesellschaftlicher Voraussagen", R.K. Merton, in: Ernst Topitsch (Hrsg.): Logik der Sozialwissenschaften, Köln 1967, S. 145

5) Reflexe solcher Politik lassen sich auch bei uns überall nachweisen: Nichts ist der zeitgenössischen Meinung so sehr verhaßt, wie der "verwestlichte" Eingeborene, nichts genießt soviel Peter Stuyvesant Suffisanz wie der "unberührt gebliebene", der "seiner Kultur treue". Wie unsere eigene Vergangenheit lehrt, ist der Sprung vom Antisemitismus zum Philosemitismus für jeden S.S. Schlächter ohne weiteres zu vollziehen, weil er keine Änderung der Perspektiven und Begriffe verlangt, sondern sie nur anders bewertet. Die ähnlich verlogene Exotismusperspektive verfügt da schon über Tradition: zu einem Zeitpunkt, da Elend und Ausbeutung zunehmend nicht mehr zusammenfallen, arbeitet sie einer Politik in die Hand, die dem Verhungernden zu seiner pittoresken Kultur der Armut gratuliert und ihm einschärft, mit Stolz so zu bleiben wie er ist.

6) "Seit den letzten Jahren dient die 'kommunalistische Intransingenz' der Muslime England als Entschuldigung und Hauptpropaganda, um seine Ausbeutung des Landes fortzusetzen, und die Hindus wurden ermutigt zu glauben, daß die Muslime den Befreiungskampf sabotieren würden." Ibid., S. 206

jarö

CHILE

Vorgeschichte und Ablauf des Putsches

11.7.
Die BRD stellt 45 Mill DM als Kapitalhilfe Chile zur Verfügung. Nach der Anerkennung der DDR durch Chile hatte die BRD die Entwicklungshilfe vor wenigen Jahren eingestellt.

20.7.
Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition in der BRD: Todenhöfer: "Für sozialistische Experimente in der 3. Welt ist die DDR zuständig."

30.7.
Gespräch zwischen Allende und dem Oppositionsführer Patricio Alwyn über die "wachsenden politischen Spannungen in Chile".

6.8.
Abbruch der Gespräche: Alwyn: Allende habe sich geweigert, Minimalforderungen der Opposition anzuerkennen.
Allende: Angebot der Einstellung der Verstaatlichung privater Großunternehmen, aber auch Beschränkung des Einflusses der parlamentarischen Mehrheit der Opposition.
In Santiago geht der Busfahrerstreik zu Ende. Der Ausstand der privaten Bus-, Taxi- und Transportunternehmer dauert weiter an. Sie fordern die Amtsenthebung des Staatssekretärs im Verkehrsministerium, eines Sozialisten. Seit Beginn des Streiks hat es bereits 3 Tote gegeben.

10.8.
Allende nimmt die 3 Oberkommandierenden in seine Regierung auf.

11.8.
Reaktion: Kommunistische Partei: uneingeschränkte Zustimmung.
Opposition: "positiver Schritt", obwohl nicht alle Forderungen der Opposition erfüllt seien. Angebot der Mithilfe bei den dringendsten innenpolitischen Problemen.

12.8.
Die 50 000 Fuhrunternehmer weisen ein Ultimatum Allendes, ihre Arbeit bis Sonntag (12.8.) wieder aufzunehmen, zurück.

14.8.
Keine Beendigung des seit 18 Tagen andauernden Streiks der Transportunternehmer. Unruhen bei Demonstrationen der Frauen der Fuhrunternehmer. Einsatz von Militär zur Wiederaufnahme der Transport- und Beförderungsmittel.

15.8.
Rede Allendes in Radio und Fernsehen: "Chile befindet sich an der Schwelle zum offenen Bürgerkrieg", nach 10 Minuten wird die Ausstrahlung der Rede durch die Sprengung eines Elektrizitätsmastes unterbrochen.

17.8.
Vorschläge der sozialistischen Partei zur Wirtschaftssanierung: Rationierung, staatliche Einkommenskontrolle, Verstaatlichung der Versicherungsgesellschaften, Enteignung von großen Landwirtschaftsbetrieben.

18.8.
Ein 2. Ultimatum an den Verband der Fuhrunternehmer, die Arbeit wieder aufzunehmen, wird abgelehnt. Die sozialistischenPartei beschuldigt den CIA, hinter dem Streik zu stehen.

25.8.
Rücktritt des Verteidigungsministers General Carlos Prats. Prats tritt dabei gleichfalls von seinem Amt als Armeechef zurück. Damit verbleiben nur noch der Marinechef und der Polizeichef in der Regierung. Allende ernennt Pinochet zum Oberkommandierenden der Streitkräfte. Pinochet war seit Oktober 1972 stellvertretender Oberkommandierender.

Bombenanschläge, unter anderem auf die Wohnung des Geschäftsführers der sozialistischen Partei.

28.8.
Neue Kabinettsumbildung, die 22. seit Allendes Amtsantritt. Anstelle der Befehlshaber der Teilstreitkräfte werden andere hohe Offiziere als Minister berufen. Der Streik der Fuhrunternehmer, die Hauptursache für die Versorgungsschwierigkeiten, dauert jetzt 34 Tage.

7.9.
Großkundgebung einer halben Million Anhänger Allendes zum 3. Jahrestag des Wahlsiegs der Unidad Popular.

Zweiter "Marsch der leeren Töpfe" von tausenden von Hausfrauen.

DER PUTSCH

11.9.
Allende teilt in einer Rundfunkansprache mit, daß Einheiten der Marine in Valparaiso geputscht hätten.

Kurze Zeit später fordert eine Generalsjunta Allendes Rücktritt binnen 24 Stunden: Sie fühlt sich "vereint in der historischen Mission für die Befreiung des Landes vom marxistischen Joch zu kämpfen". Der Arbeiterschaft versichert sie, "keine grundlegenden Änderungen" sollen "die errungenen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritte" erfahren.

Die Allende nahestehenden Nachrichtenmedien werden unter Androhung ihrer völligen Zerstörung durch die Streitkräfte angewiesen, ihre Tätigkeit einzustellen, es dürfen nur noch Nachrichten gesendet werden, die vom Militär genehmigt sind.

In einer zweiten Rundfunkansprache sagt Allende gegen Mittag: "unverantwortliche Elemente fordern meinen Rücktritt... Ich werde nicht zurücktreten, ich werde das nicht tun." Er verurteilt die "unglaubliche Haltung von Soldaten, die gegen ihr Wort und ihre Pflichten als Männer des Militärs" handelten. Der Präsident betont seine Entschlossenheit, "Chile zu verteidigen", und ruft die Arbeiterschaft auf, "die Fabriken und alle anderen Arbeitsstätten zu besetzen". Allende teilt mit, daß der Militärkommandeur des Bezirks der Hauptstadt Santiago ihm versichert habe, daß alle Truppen in ihre Kasernen beordert worden seien. Während dessen wird der Präsidentenpalast, die "Casa de la Moneda", von Polizei und Panzern umstellt. Der Präsident teilt mit, daß Kampfflugzeuge "bedrohlich" nahe über dem Präsidentenpalast kreisen würden. Kurz darauf verstummt der Sender. Während Panzereinheiten die Innenstadt Santiagos besetzen und Militärkonvois auf die Hauptstadt zurollen, ließ Allende die Bewachung des Regierungsgebäudes durch schwerbewaffnete regierungstreue Mannschaften der "Carrabineros" verstärken. Auf den Dächern um die "Casa de la Moneda" gehen Scharfschützen in Stellung. Als gegen Mittag Allende noch nicht zurückgetreten ist, werden 12 Raketenangriffe von Düsenjägern gegen das Gebäude geflogen, gleichzeitig eröffnen die Panzer das Feuer, der Präsidentenpalast brennt aus. Die einstürmenden Truppen finden einen toten Präsidenten, der sich angeblich durch einen Schuß in den Mund das Leben genommen hat.

Radio Agricultura, der Sender der Junta, gibt den "Selbstmord" des Präsidenten bekannt, und fordert: "Um die Wiedergeburt einer neuen Hoffnung für unser Vaterland an diesem Frühlingstag zu feiern", sollten die Menschen "ihre Häuser mit Fahnen schmücken". Den Arbeitern wird versprochen, "erstes Gebot unserer Aktion ist die Sicherung der sozialen Gerechtigkeit". Gleichzeitig wird eine Liste mit den Namen von 68 prominenten Führern der Sozialistischen und Kommunistischen Partei Chiles verbreitet, sie sollen sich beim Verteidigungsministerium melden. Während dessen treffen in Buenos Aires Nachrichten ein, denen zufolge auch die Hauptquartiere der Parteien der Unidad Popular und der Wohnsitz des Präsidenten bombardiert worden seien. Auch sollen bereits mehr als 100 Mitglieder der Unidad Popular verhaftet worden sein.

Am späten Nachmittag wird eine Gruppe chilenischer Journalisten in aller Eile in den Präsidentenpalast gebracht, um den Selbstmord des Präsidenten zu bestätigen. In Valparaiso lassen zu dieser Zeit die Oberkommandierenden ein Frachtschiff aus Kuba, das Zucker nach Chile gebracht hatte, von Kampfflugzeugen verfolgen und auf hoher See beschießen.

Aus Washington meldet die Neue Züricher Zeitung am nächsten Tag: Neben offizieller Zurückhaltung würden private Äußerungen bestehen, die auf eine Erneuerung der Freundschaft zwischen Chile und den USA große Hoffnungen setzten. Es wird darauf hingewiesen, daß die chilenischen Militärs großzügige Hilfsangebote der Sowjetunion zurückgewiesen hätten und statt dessen Interesse am Erwerb amerikanischer Ausrüstungen und an der Ausbildung chilenischer Offiziere in den USA bekundet hätten. Für das Finanzjahr 1974 seien im Haushaltsplan 1 Mill Dollar für die Ausbildung chilenischer Offiziere vorgesehen.

12.9.
Aus Kreisen, die der amerikanischen Regierung nahestehen, wird verlautet, daß Präsident Nixon mindestens einen Tag vor dem Staatsstreich von ihm erfahren habe. Einige Tage zuvor soll sich eine geheime Chile-Arbeitsgruppe gebildet haben, an der auch der ameri-



kanische Botschafter in Santiago, Nathaniel Davis, teilgenommen habe. Nathaniel Davis war kurze Zeit später nach Santiago zurückgekehrt. Ein hoher Regierungsbeamter erklärt zu den Vorwürfen, die Regierung in Chile über den Putsch nicht informiert zu haben: die Regierung hätte einen solchen Hinweis sicher nicht geglaubt.

Im Verlauf des Dienstags wird der tote Präsident an unbekannter Stelle, aber in der Nähe der Familiengruft, beigesetzt. Seiner Frau und einigen wenigen Familienangehörigen, die bei der Beerdigung anwesend sein dürfen, wird es nicht gestattet, den Leichnam des Toten zu sehen.

Aus den verwirrenden Nachrichten geht nur hervor, daß der Umsturz bereits mehr als 500 Tote gefordert habe, heftige Bombardierungen der Universitäten, der Arbeiterviertel und des Industriekordons stattfinden.



Putsch-Panzer in Santiago

13.9.
Am Donnerstagnachmittag wird die seit dem Putsch bestehende Ausgangssperre befristet aufgehoben. Die Bevölkerung versucht, Nahrungsmittel einzukaufen. Ein 20 Häuserblocks umfassendes Kernstück der Innenstadt Santiagos bleibt abgesperrt; dort laufen immer noch heftige Kämpfe zwischen der Polizei und Regierungstreuen ab. Die Radios der Putschisten fordern die Bevölkerung zum Blutspenden und zur Denunziation der Führer der Linksparteien auf. Überall im Lande gehen die Massenverhaftungen,mit denen an den Vortagen begonnen wurde, verstärkt weiter. In Valparaiso - wo die Häftlinge auf Kriegsschiffe verladen werden - sollen Erschießungen vor allem der Emigranten stattfinden. In Santiago werden die beiden großen Sportstadien neben anderen Gebäuden zu riesigen Gefängnissen. In den Stadien sollen Listen dreier Kategorien von Gefangenen aushängen: zu erschießende "führende Extremisten", zu Folternde, um den Aufenthaltsort wichtiger, noch nicht festgenommener Parteiführer herauszubekommen, und letztlich nur eingesperrt zu haltender "Mitläufer". Ebensolche Listen hängen in der Universitätsklinik aus, in der die rechten Ärzte ihre regierungstreuen Kollegen zu denunzieren suchen. Man erinnert daran, daß in den Tagen vor dem Putsch Häuserwände in Santiago mit dem Namen Djakarta bemalt worden seien, dies von Mitgliedern der rechten Nationalpartei.

Im Industrieviertel sollen viele Fabriken dem Erdboden gleichgemacht worden sein, so sollen zum Beispiel bei dem Bombardement der staatlichen von Arbeitern besetzt gehaltenen Textilfabrik SUMAR mehr als 500 Arbeiter getötet worden sein.

Patricio Alwyn, der Führer der christlich-demokratischen Partei, unterzeichnet ein Dokument, in der der Putsch als eine "Konsequenz der wirtschaftlichen Katastrophe, des verfassungsmäßigen Chaos und der wachsenden Gewalttätigkeit" bezeichnet wird. Alwyn hofft, daß die Demokratie bald wiederhergestellt wird, sobald Militär und Polizeit ihre Aufgabe erfüllt hätten: "Chile aus der schweren Gefährdung durch den Totalitarismus zu erretten."

In der Nacht zum Donnerstag war das Kabinett der Junta vereidigt worden: es besteht samt und sonders aus Militärs und hohen Polizeibeamten, nur 2 Zivilisten sind in ihm vertreten, von denen der eine der rechten Kampforganisation Patria y Libertad nahestehen soll. Die seit Beginn des Putsches unterbrochenen Nachrichtenverbindungen zum Ausland werden wiederhergestellt. Es dürfen nur Nachrichten, die von der Zensur freigegeben worden sind, gesendet werden. In Chile selbst dürfen nur die Radiostationen des Militärs, der staatliche Fernsehkanal 13, und 2 Blätter der rechten Merkuriogruppe, die sich in der Kampagne gegen Allende hervorgetan hatte, Nachrichten übermitteln.

Spanien, Guatemala, Brasilien und Uruguay erkennen die neue Regierung an.

bis zum Montag, den 17.9., ergeben sich noch folgende zusätzliche Nachrichten:

Die mexikanische Botschaft, in der sich mehr als 300 Flüchtlinge aufhalten, wird von der Polizei bewacht, die immer wieder versucht, in das Gebäude einzudringen. Ebenso wie während des Putsches, wo die Putschisten die britische Botschaft aus Militärhelikoptern heraus unter Beschuß nahmen, zeigt sich, daß die Mitglieder der Junta nur mangelhaft den diplomatischen Schutz und das Asylrecht zu wahren bereit sind.

Am Samstag schaltet sich zum ersten Mal ein Sender der Regierungstreuen in das Radioprogramm der Junta ein und fordert mehr Waffen und Munition. In Santiago tauchen Handzettel auf,

in der die sozialistische Partei de Gaulle zitiert: "Wir haben eine Schlacht, aber nicht den Krieg verloren."

Die Regierung hat die staatlichen Lebensmittelverteilungs-Organisationen verboten. Es gibt wenig zu kaufen. Um der drohenden Hungersnot zu begegnen, hält sich ein Abgesandter der Junta in Argentinien auf, um über Getreide- und Fleischlieferungen zu verhandeln.

Auf den San Juan de Fernandez-Inseln sollen KZs errichtet werden. Über Radio fordert die Junta die Bevölkerung auf, "die ausländischen Extremisten, die ins Land gekommen sind, um Chilenen zu töten", bei der nächsten Polizeistation anzuzeigen. Sie tritt Gerüchten entgegen, denen zufolge Pablo Neruda umgekommen sein soll; er lebe und "genieße unser aller Zuneigung, weil er unserer Nation zum Ruhm gereicht".

Obwohl die Junta in einem Antwortschreiben an den UNO-Hochkommissar für Flüchtlingsfragen versichert, sie werde die Rechte der Emigranten in Chile respektieren und keiner würde zur Rückkehr in sein Heimatland gezwungen, schiebt sie gleichzeitig 250 bolivianische Flüchtlinge nach Bolivien ab, da deren Ausweispapiere nicht in Ordnung gewesen seien.

Das SPD-Präsidium verurteilt in einer kurzen Solidaritätsadresse den Militärputsch und versichert dem chilenischen Volk "unsere Solidarität".

Der Putsch in der BRD-Presse

Der Ideologieproduzent - in diesem Falle der Journalist - hat gegenüber dem Ideologiekritiker stets mehrere immense Vorteile:

er ist aktuell, also stets auf dem Sprung, der Blick zurück kann ihm kaum Interesse abverlangen;

er wird Kritik stets entgegnen können, daß er ja nur Empfehlungs- und Befehlsempfänger seiner Nachrichtenagenturen gewesen sei.

er wird stets - nie quantitativ, sondern stets qualitativ - darauf verweisen können, daß irgendwann auch in seiner Zeitung und irgendwo in einer anderen Zeitung "die andere Seite zu Wort" gekommen sei.

Der Ideologiekritiker hat dagegen vielerlei Nachteile: er ist nicht aktuell, sofern er genau sein will, damit ist aber auch nicht mehr "interessant", allenfalls ist er noch "diskussionswürdig", wird aber nicht mehr gelesen;

er muß stets einen gesamten ideologischen Zusammenhang zeichnen, also letztlich eine polit-ökonomische Analyse der Meinungsindustrie mitliefern: es ist aber leichter "interessant" zu sein, als Interessen aufzuzeigen;

er ist angesichts des Pressevolumens, weniger ihrer "Vielfalt", stets lückenhaft und nicht voll "Nachweis"-fähig.

Ideologiekritik am Beispiel nur einer Zeitung aber rehabilitiert stets nur den restlichen Berufsstand. Ideologiekritik am Beispiel der gesamten Presse aber diskreditiert seine Glaubwürdigkeit, weil es ja immer und überall auch einmal die - die Ideologie des Berufsstands notdürftig belegende - Ausnahme gegeben hat.

Wir wollen dieser der Meinungsindustrie so angenehme Klemme dadurch entgehen, daß wir arbeitsteilig verfahren: Dieser Beitrag hier schildert im groben Aufriß und Zorn einige Techniken und Stimmungselemente der BRD-Presse zum Putsch in Chile. Wir haben darauf verzichtet, die Aussagen durch Zitate zu belegen: Jeder Leser der die Nachrichtengebung der letzten Wochen einigermaßen im Gedächtnis behalten hat und bereit ist, die Zeitungen noch einmal aufzuschlagen, kann die Wahrheitstreue der Behauptungen selbst überprüfen. Ein zweiter Beitrag wird später eine Analyse mit Zitaten und Belegen zu diesem Thema vorlegen.

"Der Tod Allendes konnte nicht mehr überraschen. Die chilenische Tragödie war unaufhaltsam, das Land in zwei feindliche Blöcke gespalten, der wirtschaftlichen Lähmung entsprach ein Klima der verbissenen Feindseligkeiten, schon lange war kein Dialog zwischen den verfeindeten Lagern in die das Land durch die übereilte und unsachgemäße Politik der Volksfront und ihres marxistischen Präsidenten gespalten worden war, mehr möglich gewesen. Salvador Allende muß als tragische Figur in die Geschichte eingehen ..."

So oder ähnlich lautet die Phraseologie einer liberalen Presse, die ihre Verleger, Anzeigenkunden und irgendwo auch ihre Leserschaft nicht verprellen mag.

Neu an dem geplanten Massaker an einer selbst nach bundesdeutschen Gemeinschaftskundemaßstäben rechtmäßig gewählten Regierung ist, daß selbst dieses Feierstundenpathos, entnommen der eher Gefühls- denn Begriffswelt des

bürgerlichen Trauerspiels, in vielen Kommentaren unterbleibt:

Der Mord an Allende und das nun folgende Massaker an der Volksfront ist von einem Teil der deutschen Presse, allen voran die Welt und die FAZ, mit kaum noch unterdrücktem Jubel aufgenommen worden. 24 Stunden nach dem Mord hatten jene ihre "politische Analyse" schon vollzogen: Was im Ausland - mit Ausnahme Spaniens - nur noch im gaullistischen Figaro stand: "die Exzesse des Marxismus führen stets zu den Exzessen des Faschismus", war einhelliges Fazit zumindest dieser beiden überparteilichen Blätter.

Diesem Zynismus darf man dankbar sein, denn er weist nach, daß mit der Ermordung rechtmäßig gewählter Präsidenten

> „Bunte"-Redakteur Gerhard Eisenkolb, der in Chile „beim Sturm auf den Regierungspalast dabei" war („Bunte"), vergangenen Mittwoch im „ZDF Magazin" auf die Frage, was er als „Kronzeuge" des Selbstmords von Allende gesehen habe: „Er (Allende) hatte neben dieser fürchterlichen Kopfverletzung noch andere Schußverletzungen... Woher die stammten, weiß ich nicht, kann ich nicht sagen. Es kann durchaus sein, daß er sie hinterher bekommen hat. Es kann auch sein, daß er sie vorher bekommen hat. Selbst ein Schwerverletzter kann wahrscheinlich vielleicht noch Selbstmord begehen."

und der faschistischen Liquidation verfassungslegitimer Politik auch das Ende formalliberaler Berichterstattung endgültig eingetreten ist: Denn wenn sich eine Konsequenz aus dem chilenischen Massaker provisorisch ziehen läßt, dann diese: daß die fundamentalen Rechtsätze und demokratischen Verfahrensweisen, zu deren Wahrung, Pflege und Verbreitung die liberale Presse vor einem Jahrhundert ideologisch angetreten ist, im Zeichen der härteren globalen Klassenkonflikte und der Brutalisierung imperialistischer Interventionen sukzessive suspendiert werden dürfen: Damit wird aber das "Presseecho" zu Chile zum Debüt für das, auf was wir in immer stärkerem Maße konditioniert werden; bevor dieser Prozeß die Fähigkeit zur Kritik aber völlig zugedeckt hat, sei hier noch einmal der Versuch unternommen, stichwortartig wesentliche Stilelemente dieser Presseberichterstattung zu schildern: Beim gegenwärtigen Zustand unseres Presse"Ethos" besteht dabei aber die Wahrscheinlichkeit, daß diese Notizen, sollten sie von denen gelesen werden, für die sie gedacht sind, eher dankbar als Leitfaden zum beruflichen Erfolg Verwendung finden, bei einer Journaille also die Pressefreiheit als Freiheit der Verfolgung privater Karriereinteressen deutet und Meinungsfreiheit als Feierstundenaktie behandelt, die man sich am besten dadurch erhält, indem man von ihr keinen Gebrauch macht.

STIMMUNGSELEMENTE

"Drama und Tragödie": Die Begriffe des Theatralischen stimmen das Publikum auf eine Unabwendbarkeit politischer Ereignisse, in diesem Falle imperialistischer Praktiken, ein und machen jene ebenso ewig, ehern und naturgesetzlich wie das Wetter und die Sintflut, der Begriff der Tragödie und der tragischen Gestalt bietet dann emotionale Gratifikationen, die die ablaufenden Massaker konsumgerecht verabreichen: der "tragische" Protagonist darf dann "schuldlos schuldig" von der Bühne geräumt werden, man muß dem Publikum weniger das Mitleid austreiben als die subversive Einsicht, daß es damit nicht getan ist: die "tragische Gestalt" immunisiert Mitleid, verhindert, daß jenes zu generellem Protest und analytischer Kritik werden könnte: denn die "tragische Gestalt" ist geschichtslos, sie entstammt einer nachruf-pressetechnischen, liberalen Spezialanthropologie, die das prinzipielle Unrecht von Welt, und das allgemeine Böse schon deshalb stets wird behaupten müssen, damit keiner je auf den Gedanken kommt, es zu verändern oder etwa abzuschaffen. Zudem leistet die Stilfigur der "tragischen Gestalt" die notwendige

"Personalisierung": soziopolitische und sozioökonomische Konflikte werden dadurch retouchiert, umgebogen in die lesetechnisch leichter zu bewältigende - und dem Journalisten sowohl Arbeit wie Repression ersparende - Hofberichterstattung: ein Drama namens Salvador Allende. Dieser Stilkniff gestattet die zwanglose Unterdrückung aller relevanten Strukturdaten, des polit-ökonomischen Hintergrundes, tabuierter Begriffe wie Kolonialismus und Imperialismus. Sie gestattet überdies die Trennung von politischen Forderungen eines Präsidenten und dem "Privat-Mensch" Allende, wobei ersteres durch das letztere denunziert wird. Wann das übrigbleibt ist allenfalls die zynische Reverenz vor der "aufrechten Gesinnung" der liquidierten Person. Hintergrund und Person sind dann zeitlos geworden, bewegt von ebensolchen Leidenschaften; Verblendungen und Irrtümern, diese Relativierung ins "Allzumenschliche" rechtfertigt jede Form von Trivialanekdotik und nimmt dem "traurigen Ausgang" etwas von seiner "Härte".

Ist das Miserere mit Hilfe dieser beiden Verfahrensarten bereits genügend geschmäcklerisch einplaniert, so können nun die eventuell subversiven Inhalte des noch zu Berichtenden erledigt werden: Dieses Verfahren bedient sich der Konstruktion falscher Alternativen und falscher Ursache-Wirkungsschemata:

Falsche Alternativen: Staatsstreich oder "Selbstzerfleischung des Landes". - Eine Alternative, zu deren Beurteilung man den Leser systematisch außer Stande gesetzt hat, indem man ihm Ressentiments anstelle von Daten verabreicht, wird konstruiert, so daß der Leser als Lehnstuhlhumanist das "geringere Leid" gegenüber einer erheuchelten, unbestimmbar großen Menge wählt. Daß der Staatsstreich überhaupt so etwas wie Unterdrückung und Mord mit sich bringt, ist für ihn durch das para-soziologische Law and Order Blaßla der "Normalisierung", "Integration", "Beruhigung", "Entpolitisierung" und "Ordnungswiederherstellung" ohnehin kaum mehr erkenntlich.

Falsche Ursache-Wirkungsschemata: Allende ist an allem schuld. Weil die zeitliche Reihenfolge Allende-Putsch lautet, ist sie selbstverständlich eine kausale, und zwar eine moralische: und zwar in den Worten der FAZ wenige Tage vor dem Staatsstreich - "Allende gebührt das zweifelhafte Verdienst, Chile in die Reihe der südamerikanischen Militärdiktaturen eingeführt zu haben". Also: Friedrich Ebert verschuldete Adolf Hitler; der liebe Gott die Atombombe; Luther den 30jährigen Krieg; die KPD die KZs, in denen sie umkam; die Juden ihren eigenen Massentod; vermutlich würde Harry Hamm aus Geldern der FAZ-Firmenkasse auch noch in Auschwitz das Spruchband aufziehen: "Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen." Was sich aber darinnen nachweist, von den anderen Kommentatoren allerdings subtiler angedeutet wird, ist die Kanonisierung neuester Realpolitik = "wer sich innerhalb parlamentarischer Verfahrensweisen gegen die Interessen richtet, die diese Verfahrensweisen zur Wahrung ihrer Interessen eingesetzt haben, soll sich über seinen Totschlag nicht wundern", dies vorgebracht von denjenigen, die sonst nicht müde werden dürfen, dem Marxismus und seiner Liberalismuskritik "Einseitigkeit" und mangelnden "Respekt" vor den bürgerlichen "Freiheiten", Demokratie und Parlament vorzuwerfen.

Bleiben nach diesen 3 Rechtfertigungs- und Erklärungsversuchen immer noch Zweifel offen, so lassen sich diese durch Überarbeitung der Restinformationen beseitigen; diese Überarbeitung bedient sich dann der Posen, die

bereits vor dem Putsch ein geeignetes emotionalisiertes Informationspanorama geschaffen haben:

Diese Posen erlauben es dem Leser wie dem Journalisten, die wenigen Detailinformationen sofort in Stimmungsmaschen einzusetzen und sie dadurch zu relativieren:

Es sind dies:
1. Die Pose des Effizienztheoretikers
2. Die Pose "Sorge um die Demokratie"
3. Die Pose des sorgfältigen Journalisten.

1. Klassenspezifisches Effizienzkriterium: Krokodilstränen für "die" Chilenen

Da die bürgerliche Presse weder von der Existenz wirtschaftlicher Interessen noch Klassen weiß, weiß sie nur, daß die Regierung Allende "unfähig" war: Mangelt es der Oberschicht - und vor allem den Korrespondenten - an Importwhisky, so dürsten die Chilenen; müssen die Hausfrauen der chilenischen Oberschicht zum ersten Mal Schlange stehen, so ist Chiles Nahrungsversorgung zusammengebrochen; streiken die Piloten, so ist Chile isoliert; erhält eine rechte Zeitungsgruppe verminderte Papierrationen, so setzt die Regierung die Pressefreiheit außer Kraft; werden rechte Terroristen von einer rechten Polizei und Justiz nicht gefunden, so ist die Regierung "unfähig", noch Ordnung und Sicherheit in einer Welle "der" Gewalttätigkeit und "des" Terrorismus zu garantieren.

2. Sorge um das demokratische "Klima": "Die Polarisierung schreitet fort".

Wenn einerechtmäßig gewählte Regierung verfassungslegitime Verbesserungen der sozialen Lage der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung anstrebt, so polarisiert sie das Land in zwei feindliche Blöcke; setzt sich die gleiche Regierung gegen den von der Unternehmerklasse organisierten illegalen Terror zur Wehr, so "verstärkt sie diese Tendenz zur Polarisierung": also, der Angegriffene ist der Angreifer, der Geschlagene der Sündenbock. Die Regierung, also 43 % der Wähler, müssen sich für ihre ureigenste Existenz entschuldigen, weil sie durch eben diese das Land "polarisieren": nur der dauernde Klassenkampf von oben, ob legal oder illegal, ist erlaubt, wer nicht die Interessen seiner Unterdrücker durch die Wahlstimme vertritt, macht sich des Verderbnisses des politischen Klimas schuldig, verhindert den "Dialog", die "Kooperation" zur "Lösung" der "dringendsten innenpolitischen Probleme".

3. Journalistische Sorgfaltspflicht: "Nichts Genaues weiß man nicht."

Werden die rechten Mörder und Sabo-

teure der Patria y Libertad von einem rechten Militär und Polizeiapparat nicht gefunden, so hätten es ebenso die "Linksextremistischen" Gruppen sein können. Hat der Putsch noch nicht stattgefunden, sondern wird nur in aller Offenheit vorbereitet, so sind "Putschgerüchte" "demagogische" Wahlkampfrhethorik Allendes; hat er dann stattgefunden, so konnte er nicht mehr überraschen, war er, weil schon länger erwartet und vorbereitet, eben unabwendbar. Werden in der chilenischen Marine regierungstreue Offiziere ausgeschaltet, so weiß der Korrespondent nur von widersprüchlichen Gerüchten zu berichten, wird ein erster Putschversuch noch niedergeschlagen, so erübrigt sich eine genauere Schilderung einer solchen Episode. Ein genaueres Eingehen auf oder etwa Zitieren der Reden Allendes - etwa vor der UNO-Vollversammlung - oder der in Chile selbst erscheinenden Analysen erübrigt sich für den Journalisten, er könnte ja in den Geruch des Tendenziösen geraten; ein spaltenlanges Nachdrucken der Gründe, die die Junta zum Eingreifen bewegt haben, fällt allerdings dann wieder in den Kompetenzbereich der Informationspflicht.

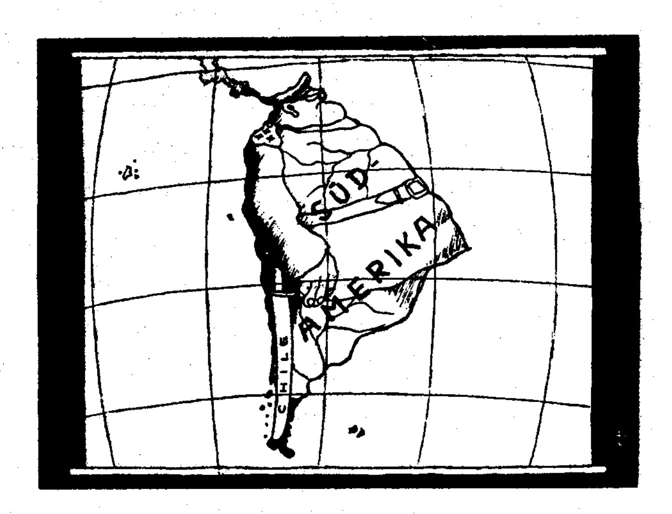
Der Leser aber, der soviel weiß, so rundum aufgeklärt, informiert, zur Abgabe eines ausgewogenen Urteils in die Lage versetzt wurde, wird damit, nach getaner Arbeit, zur negligablen Größe.

Einige Parallelen, die gerade für ihn als BRD-Bürger von Interesse sein dürften, die zu verschleiern zumindest eine Aufgabe des so ungeheuer geschwätzigen Schweigens dieser Form der Chile-Kommentare ist, seien hier nur noch kurz in Erinnerung gebracht.

Bedenkenswert wäre:

1. Daß die Zustände vor dem Putsch vergleichbar sind den Zuständen unter der Weimarer Republik, in der ebenfalls eine konservative Verwaltung und Armee ihre eigene Klassenjustiz, Putsche und Arbeitermorde unternahmen, ohne daß eine Regierung anfangs den Willen und später auch nicht mehr die Möglichkeit gehabt hätte, jenes zu verhindern. Eine Erinnerung immerhin, die für Feierstunden der BRD noch bis vor kurzem verpflichtend war, eine Erinnerung, die hierzulande causal mit dem Erscheinen des Faschismus verknüpft ist, etwas was jene, die den Chilenen nun zur "Normalisierung" und "Integration" gratulieren, ihnen von Herzen zu wünschen scheinen.

2. Daß der Putsch selbst vergleichbar nur ist: dem Ausbruch des spanischen Bürgerkriegs, nur mit dem Unterschied, daß zu jenem Zeitpunkt die sofortige Bombardierung von Regierungspalästen, Arbeitervierteln und Universitäten sowohl technisch wie, man gestatte das altmodische Wort, moralisch noch nicht möglich war. Daß der entstehende Bürgerkrieg dann a) die militärische Generalprobe für den faschistischen Weltkrieg darstellte und b) nur gewonnen werden konnte durch den massiven Einfluß der deutschen Armeen und Industrieinteressen.



3. Daß das chilenische Exempel tausendfältige mögliche Parallelen hat, nämlich in jeder Demokratie, in der soziostrukturelle Verbesserungen für den überwiegenden Teil der Bevölkerung in Form sozialistischer Maßnahmen und im Rahmen der Verfassungslegitimität und eines parlamentarischen Systems unternommen werden wollen. Eine dieser denkbaren Parallelen wäre der zugegebenermaßen unwahrscheinliche Fall, daß in der BRD Forderungen nach Mitbestimmungen, Vergesellschaftung und Vermögensumverteilung ernsthaft aufgestellt würden. Ein reiches Arsenal an Notstandsgesetzen und eine eingespielte Meinungsindustrie wären dann wohl rasch in der Lage, solch Unterfangen "im Rahmen der rechtsstaatlichen Ordnung" wieder zu "integrieren", die BRD "vom Joch des Totalitarismus zu erlösen". Die Kommentatoren bräuchten nicht einmal ihre Chile-Nachrufe von Vorvorgestern wiederholen, sie könnten die Verlautbarungen der Junta zitieren, sie sprechen allesamt inzwischen die gleiche Sprache.

Aufgrund all dieser Sachverhalte meinen wir, daß der chilenische Putsch und seine unverhohlene, vor- und nachgereichte, Rechtfertigung in der deutschen Presse zumindest einen vorläufigen Schluß zuläßt:

Im Zeichen zunehmend möglicher technischer Globalsteuerung wird jede imperialistische Intervention tendenziell auf 2 Ebenen kalkuliert:

1. auf der Ebene der militärisch-politischen Durchsetzbarkeit und Erfolgschance;

2. auf der Ebene der globalen Bewußtseinsindustrien - Nachrichtenmonopole AP/UPI, internationale "Nachrichten"-Magazine, Pressesyndikate etc. -, also auf der Ebene der ideologischen "Verkäuflichkeit", der pressetechnischen Rechtfertigungsmöglichkeit.

Dabei wird in zunehmendem Maße der Fall eintreten, daß Termin und Form imperialistischer Intervention sich weniger an den realen Widerständen orientiert, sondern eher an den Rechtfertigungszwängen der Meinungsmacher, also letztlich an dem mit Technokratie und Formaldemokratie gleichermaßen gedopten Bewußtsein von Leser- und Wahleliten der Metropolen, deren bewußtloses Wahleinverständnis dieser Imperialismus immer noch zur propagandistischen Grundlage hat. Für diese Bezugsebene lassen sich dann als entscheidende Kriterien etwa nennen:

a) Geputscht wird, wenn eine globale Pressekampagne den Putsch bereits im voraus gerechtfertigt hat. - Etwas, was bezeichnender Weise unsere "freie" Presse zu Zeiten der Tschechoslowakei-Intervention der russischen stets vorwarf.

b) Geputscht wird so, daß die imperialistische Intervention gerade so weit kaschiert wird, daß sie einer "wissenschaftlichen Nachprüfbarkeit" entzogen bleibt, die "empiristisch-wissenschaftliche Quellenkritik" der Nachrichtenagenturen, das Ideologiekredo "der journalistischen Sorgfaltspflicht" sorgt dann schon von selbst dafür, daß Behauptungen darüber als "Spekulation", "Verdachtsmoment", als "unbestätigten Gerüchten zufolge" aus dem Kreis der "seriösen" Berichterstattung verbannt bleiben.

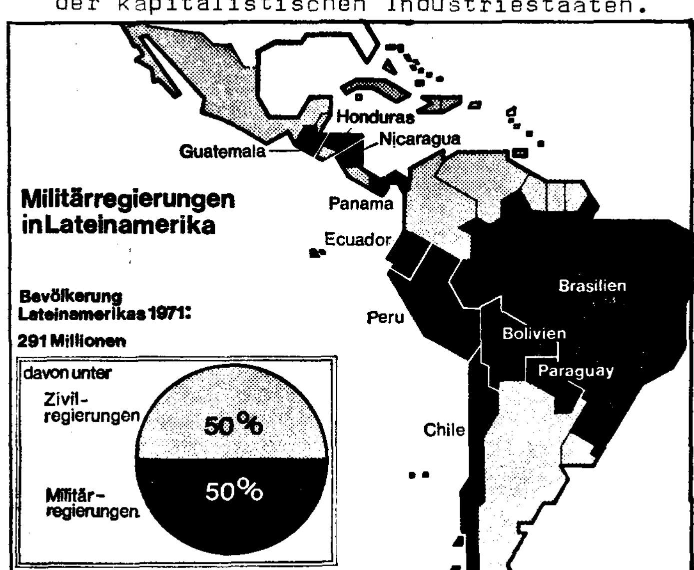
und entscheidend:

c) Geputscht wird so, daß unter allen Umständen eine Möglichkeit und ein Recht der gestürzten Regierung, der sozialistischen Alternative auf "objektive", "offizielle" Nachrichtenverkündung verwirkt wird, daß deren gefährliches Monopol des "Offiziellen" verschüttet wird. Erste Tat der Junta, vor Beginn des Putsches, war bezeichnenderweise die Sperrung aller Nachrichtenverbindungen zum Ausland, zweite Tat erst die Besetzung der inländischen Nachrichtenmonopole, erst danach konnte mit dem Massaker begonnen werden. Derlei Verfahrensweisen können nur einen Sinn haben: aus Nachrichten der Komplotteure, erst "offiziöse" und dann "offizielle" zu machen, erst damit gibt die Junta dem Journalisten die Möglichkeit zur Hand, die Verlautbarungen der Regierungstreuen, deren Meldungen über Morde und Bombardierungen als "Gerüchte" zu relativieren, damit erst wird die Wahrheit "Untergrund", "Geheimsender", "unbestätigt". Erbringen dann dreitägige Industriebombardierungen ein nachgereichtes "offizielles" Dementi, daß es noch Widerstand und eine Gegengewalt gäbe, so sind die Regierungstreuen - die nun schon lange andere Namen tragen: "Extremisten", "letzter Kern der Sozialisten" etc. - ja objektiv der taktischen Lüge, der Unzuverlässigkeit, der Nichtzitierfähigkeit überführt. Gibt es dann anonyme Massengräber, so sind Nachrichten über Erschießungen Gerücht, würden sie dennoch gefunden und geöffnet, "so ist es zumindest zweifelhaft, ob nicht die sozialistische Arbeiterschaft in einer sicherlich verständlichen ausweglosen Verzweiflung Lynchjustiz an einigen Oberschichtenangehörigen verübt hat." Läßt die Junta die Presse auf die von Leichen gereinigten Erschießungsplätze, so werden Photographie, Interview und Kommunique zum unbezweifelbaren Wahrheitsbeweis, gegenüber "in der ersten Welle der Empörung verständlichen maßlosen Übertreibungen". Gewährt die Junta aber wieder Arbeitsmöglichkeiten, Interviews, Pressekonferenzen und hektographierte Reden, so ist sie "pressefreundlich", "sachlicher Kritik empfänglich", sind "ihre Absichten sicherlich ernst gemeint", hat sie "nichts zu verbergen". Herrscht aber offizielle Ordnung, so herrscht rasch Langeweile: der Leser hat schließlich Anspruch auf eine unterhaltsame, anregende, informative Zeitung, er ist König Kunde, man kann ihn mit Chile wirklich nur noch auf der vierten Seite behelligen. Denn das Gerangele um diplomatische Anerkennung, die Fragen evantueller Neuwahlen, Kabinettsumbesetzungen und konsularischer Behandlung von Flüchtlingsfragen, also das ganze retouchierende Papiergeraschele der "offiziellen" Nachrichtengebung, das mit wohldosierter Langeweile die Massakerwelle, die Errichtung von KZs und die Jagd auf Intellektuelle zudeckt, ist ja nur der Vorwand eines ungeheuer geschwätzigen Schweigens, mit Hilfe dessen das Thema an "Aktualität" verliert, langsam abdriftet in die Kleinspalten und drittrangigen Meldungen. Auf den Reim aber ist der Leser schon lange konditioniert worden: ordentlich und normal ist das, worüber es nichts zu berichten gibt.

Aus diesen 4 Kriterien läßt sich aber ein allgemeinerer Sachverhalt herauslösen, der hier noch einmal kurz ausgeführt werden soll:

Die imperialistische Zweckrationalität des "Belegbarkeits"kriteriums: Imperialismus wird von dem Intellektuellen bewußt, vom Zeitungsleser unbewußt als System der Informationsquarantäne erfahren: also: Indem man die Praktiken der Unterdrückung kaschiert, macht man Nachrichten darüber zu Verdächten. Da die "offizielle" Wahrheit der kapitalistischen

Welthälfte über Priorität, weil über die Gewähr von Nachrichtenagenturen verfügt, bürdet man dem Kritiker die Beweislast auf, macht man den Tatbestand des Imperialismus zum Vorwurf und Verdacht: Das gleiche System, das über Karrierechancen, Bildungspolitik, Lern- und Bewußtseinssteuerung, direkte und strukturelle Zensur - Kapitalismus = System der Komplexitätssteigerung -, "Öffentlichkeit" und "Information" nur noch in jenen Bereichen zuläßt, wo beides keinen Schaden anrichten kann, verlangt Beweise, Dokumente, Zahlen etc. dort, wo es jeden Zugang durch Zensur und Strafandrohung verbietet, verlangt solche Beweise im Namen empirischer Vernunft, protektionistischer Regeln also, die jene Ideologie der "sachlichen Wiederlegung", des "Nachweises der wissenschaftlichen Unhaltbarkeit der Behauptungen" stets sicherstellen. Unter Bedingungen dieses Systems der Informationsverwaltung wird Pressefreiheit zur Freiheit, dasjenige zu veröffentlichen, was von diesem System zur Veröffentlichung bereitgestellt wird. Presse wird damit tendenziell zur Publicrelations-Abteilung der kapitalistischen Industriestaaten.



Sie verkauft deren "Image", nämlich Formaldemokratie und partikulare Öffentlichkeit; wie jede gute Public-Relationsagentur lügt sie nicht, sondern verschweigt sie nur, selektiert sie öffentliche Nachrichten aufgrund nicht veröffentlichter Maßstäbe. Diese solchermaßen geschaffenen Spielweisen seriöser Journalistik verfügen dann über hohe Belegbarkeit, Authentizität und Unmittelbarkeit - Zahlen, Photographie, Interview, Reportage, "Life"-Sendung etc. -, verfügen also über hohe Durchschlags- und Überzeugungskraft bei hohem "Unterhaltungswert", sie schaffen damit Maßstäbe, denen eine analytische Information und eine emanzipatorische Pressefreiheit nicht entsprechen könnte. Ist diese Form der Berichterstattung in Maßstäben ihrer "Verkäuflichkeit" schon kaum zu schlagen, so verfügt sie über eine gleichsam eingeplante Strategie der Immunisierung des Ideologievorwurfs:

Die der Pressefreiheit freigegebenen Spielweisen erweitern sich periodisch durch Defekte der vorherrschenden Informationsquarantäne, "Leaks" wie MyLai, Wiriyamu, die ITT-Papiere, Watergate etc. Diese "Skandale", Nachweise nur des Defekts des Systems, gereichen dann aber wiederum dem Pressesystem des organisierten Schweigens zu einer perversen Moral: sie sind ja bester Nachweis der "Objektivität" von Presse, ihrer "Überparteilichkeit", der Macht der "4. Gewalt" etc. - "in totalitären Staaten wäre diese faire Aufdeckung von Korruption nicht möglich." Damit wird jeder veröffentlichte Beleg imperialistischer Praxis zum eben belegbaren Nachweis seiner Seltenheit: Indem man Ausbeutung einmal im Jahr zum Skandal macht, immunisiert man die Einsicht in ihre Alltäglichkeit und Allgegenwart: Imperialismus und Kolonialismus wird damit als "Korruption", "Erpressung", "Opportunismus", als Einzelfall und Moraldelikt hof- und konsumfähig. Um den Preis eines gewissen Personalwechsels wird die Struktur, die die photogenen "Sündenböcke" hervorbringt, aus dem Nachrichtenverkehr gezogen: So verhilft die etwaige Presseverdächtigung, Nixon habe von dem Chileputsch gewußt, im gleichen Atemzug nur Kennedys' Allianz für den Fortschritt zu einer Rehabilitierung und unterbindet jede Nachricht und Einsicht zur veralltäglichten, strukturellen Gewalt und Ausbeutung, die Amerika und die anderen kapitalistischen Länder gegenüber Südamerika ausüben. Ebenso verschüttet der Watergate-Skandal lediglich die Einsicht in die strukturelle "Korruption" jeder amerikanischen Präsidentschaft, weil ihrer kapitalistischen Konstituentien. Diese "Bonanza"-Welt der "Goodies" und "Badies" kann sich aber schwerlich damit herausreden, daß sie mit diesem pressetechnischen Arrangement ja nur auf das "personalisierende" Politikverständnis der Leseschichten Rücksicht nehme, denn die Personalisierung imperialistischer Praxis bietet für die "Belegbarkeitsspielregeln" der Nachrichten einen gewaltigen Vorteil: Imperialismus kennt die Presse - durch die Personalisierungsstrategie - nur noch als Belegbarkeit eines moralischen, also intentionalen, also personalen Bezuges zwischen imperialistischer Regierungsmacht und imperialistischer, vermittelter Intervention.

Also: Eine Kreditverweigerung aller ausländischen Konzerne und kapitalistischen Staaten gegenüber Chile als Versuch der Sabotage der chilenischen Wirtschaftspolitik zu deuten, ist in jeder Weise wissenschaftlich unzulässig. Erst das Protokoll einer gehei-

men ITT-Sitzung, in der sich sowohl Absicht wie Taktik zitierfähig niederschlägt, erlaubt die Formulierung dieses ungeheuren Verdachtes gegenüber einem Konzern - selbstverständlich mit der Auflage, nicht alle anderen Kreditverweigerungen nun über den "Kamm eines undifferenzierten Vorwurfs scheren" zu wollen.

In all dem weist sich eine bürgerliche Konstruktion von Schuld und Sühne nach, die in ihrem 19. Jahrhundertsanachronismus ungeheuer zweckrational ist: Ebensowenig wie bei Fragen der Wirtschaftskriminalität das Gericht den inneren Tatbestand der Absicht noch nachweisen kann, angesichts der ungeheuren kapitalismusimmanenten Komplexitätssteigerung, ebensowenig könnte der Pressemoralist subjektive Absichten, Wissen und Bewußtsein angesichts der imperialistischen Globalkriminalität feststellen: alles was er könnte, wäre ja nur, Entsprechungen, kausale Folgen, vermittelte Resultate aufzuzeigen - er wird sich aber davor hüten: denn indem er auf einen bürgerlich-juristischen Schuldbegriff festgelegt wird, ist er erstens auf eine Personalmoral und damit zweitens auf eine ewige Nichtbelegbarkeit imperialistischer Praxis verpflichtet; sehr zu seinem Karriereglück: er wird nicht in Gefahr laufen, in Begriffen der strukturellen Kriminalität, der depersonalisierten, systemimmanenten Ausbeutung und Amoral argumentieren zu müssen.

Während aber die Organisation imperialistischer Manöver inzwischen Sache "professioneller Kontakte", diskreter Ankündigungen von "Versuchen der Ordnungswiederherstellung", ideologischer Sprachregulierungen, wie "Normalisierung" und "Entpolitisierung" geworden ist, bemüht sich eine Korrespondentenschar in der Pose des Robenrichters um den genauen Nachweis eines Bewußtseins der Schuld, einer belegbaren, eindeutigen Absicht imperialistischer Intervention, unzeitgemäß aber nützlich.

Angesichts all dieser Sachverhalte können wir nur die Pflicht übernehmen, der bisher - vom klassenspezifischen Interesse der Journalisten motiviert - die "liberale Presse" noch nachgekommen ist: nämlich auf Tortur, Ausweisung und Totschlag von über 14 000 Flüchtlingen, Studenten, Arbeitern und Intellektuellen hinzuweisen, die unter Allende ein Exil in Chile gefunden hatten und die nun in allen Teilen Chiles gejagt werden, denn: während 14 000 gejagt und erschlagen werden, sollen wir uns nur noch um Sacharow Gedanken machen. Der Imperialismus scheint sich endlich auch in der liberalen Ideologie konsequent durchzusetzen: die Meinungsfreiheit ist endgültig teilbar geworden.

jarö



ALLENDES LETZTE REDE

Gehalten am 11. September 1973 um 10 Uhr 32, während die Luftwaffe seinen Regierungspalast bombardiert. Sie wurde von den schon in den Untergrund getriebenen Regierungssendern übertragen.

Ich werde mit meinem Leben die Verteidigung von Prinzipien bezahlen, die diesem Land teuer sind. Es wird ein Mantel der Schande auf die fallen, die ihre Pflicht verletzt, ihr Wort gebrochen und die Doktrin der Streitkräfte zerstört haben. Das Volk muß wachsam sein, es darf sich nicht provozieren und auch nicht massakrieren lassen. Aber es muß seine Errungenschaften verteidigen. Es muß das Recht verteidigen, mit seinen Kräften ein menschenwürdigeres und besseres Leben aufzubauen. Ein Wort für die, die sich Demokraten nennen, den Aufstand schürten, für die, die sich Vertreter des Volkes nennen, die grob und schmutzig gehandelt haben, um diesen Schritt zu ermöglichen. Sie bringen Chile an den Rand des Abgrunds. Im Namen der heiligsten Interessen des Volkes, im Namen des Vaterlandes rufe ich euch dazu auf, Zutrauen zu haben. Die Geschichte wird nicht aufgehalten, weder mit der Repression noch mit dem Verbrechen. Dies ist eine Etappe. Sie wird überwunden. Dies ist ein Moment hart und schwer. Es ist möglich, daß sie uns zerschmettern, aber der Morgen wird des Volkes sein, der Arbeiter. Die Menschheit schreitet voran, um ein besseres Leben zu erringen. Landsleute, es ist möglich, daß dieser Abschied endgültig ist. In diesem Augenblick fliegen die Flugzeuge über uns, es ist möglich, daß sie uns niederschießen. Aber ihr sollt wissen, daß wir zumindest mit unserem Beispiel zeigen, daß es in diesem Land Menschen gibt, die ihre Aufgabe zu erfüllen wissen. Ich werde es tun mit dem Mandat des Volkes und mit dem bewußten Willen eines Präsidenten, der die Würde seines Amtes wahrt.

Als unsere Kinder starben, habt Ihr nicht gestreikt!

Chiles Ärzte haben, wie auch andere Gruppen des Mittelstandes, mit Streiks dazu beigetragen, das Land in ein Chaos zu stürzen, das dann die Militärs zum Vorwand für ihren Putsch nahmen. Lange vor dem Staatsstreich schrieben die Slumbewohner von Santiago den Ärzten folgenden Brief (veröffentlicht am 2. 11. 1972 in der Zeitung „Aurora de Chile"):

Ihr kennt uns gut. Wir sind die Patienten aus dem allgemeinen Wartesaal, wir sind die Patienten der Poliklinik der „poblacion" (= Elendsquartier in Santiago de Chile, Red.), wir sind diejenigen, die vom Sozialversicherungsdienst behandelt werden. Wir sind die Armen Chiles, die die Statistiken für Unterernährung, Kindersterblichkeit und vorzeitigen Tod füllen.

In diesen Tagen arbeitete man wohl in den Hospitälern. Das medizinische Personal und ein Teil von Euch versorgten die Krankenhäuser. Aber einige von Euch arbeiteten nicht. Einige von Euch waren im Streik.

Während einige von Euch streikten, waren wir alle in den Fabriken oder auf dem Feld, reparierten Eure Autos, bauten Kühlschränke für Euch, nähten die Kleider, die Eure Frauen in den Boutiquen der Oberstadt kaufen. Wir bauten auch die Häuser, die Ihr beziehen werdet. Die Autos und Häuser sind teuer, die wir für Euch machen. Warum? Weil wir arm sind und sie nicht kaufen können. Wir machen die Dinge für Euch und nicht für uns. Was für eine eigenartige Gesellschaft!

Wir fragen uns, wer Ihr in Wirklichkeit eigentlich seid. Jahrelang haben wir den Acker besät und abgeerntet, Häuser gebaut und Autos konstruiert, Kleider genäht und Möbel gezimmert. Während wir verdreckt auf dem Feld schwitzten oder uns auf dem Bau schmutzig machten, habt Ihr Bücher gelesen, studiert und in Laboratorien experimentiert. Derweil haben wir für Eure Kleidung und Euer Essen gesorgt und Eure Häuser gebaut. Hätten wir das nicht gemacht, wärt Ihr vor Hunger umgekommen, hättet nackt herumlaufen oder auf dem Boden schlafen müssen. Oder aber Ihr hättet Euch eben auch dreckig machen müssen und schwitzen, um zu überleben.

Wir hatten nichts dagegen. Ihr konntet essen, Euch gut kleiden und Eure Wohnung beziehen, konntet studieren und Arzt werden. Wir konnten das nicht, weil wir für Euch produzierten.

Jetzt seid Ihr im Streik. Zusammen mit den großen Spediteuren, zusammen mit den Großgrundbesitzern und den großen Industriellen, zusammen mit den Großkaufleuten, die, wie Ihr nur zu gut wißt, die reichen Leute von Chile sind. In dieser Notsituation haben sich einige von Euch auf die Seite der Reichen gestellt.

Niemals haben wir gesehen, daß Ihr Euch auf die Seite der Armen gestellt habt, die Seite der Arbeiter, Landarbeiter und pobladores, auf die Seite derjenigen, die für Euch arbeiten. Dies sagen wir, weil Ihr niemals in Streik getreten seid, wenn unsere Babys zu Beginn des Sommers in den „poblaciones" wie Fliegen wegstarben an den Folgen von Sommerdurchfall. Ihr habt niemals gestreikt für unsere Frauen, die mit 20 Jahren schon keine Zähne mehr im Mund haben. Niemals habt Ihr gestreikt wegen unserer Unterernährung. Und Ihr kanntet die sanitären Bedingungen, unter denen wir leben. Zum Teufel, und ob Ihr sie kanntet!

Niemals habt Ihr deswegen gestreikt. Mehr noch: wir denken daran, mit welch einer Geringschätzung Ihr uns behandelt habt. Kaum betraten wir den Behandlungsraum, habt Ihr uns schon geduzt, in diesem Ton, mit dem der Patron eines fundo seine Landarbeiter behandelt: „Mach schnell, nun leg Dich schon hin!" Immer hat uns dieses Duzen irritiert, weil es nicht ein brüderliches Duzen von einem Arbeiter zum anderen war, sondern das hochmütige Duzen des Reichen gegenüber dem „Unterlegenen".

Und wir dachten bei uns: „Weiß er denn nicht, daß das Essen, das ihn am Leben hielt, während seiner Studien in der Medizinischen Fakultät, von uns produziert worden ist?"

Das dachten wir, aber wir sagten es nicht, weil wir uns damals noch vor Leuten fürchteten, die vornehm reden; wir hatten Scheuklappen vor den feinen Herren, uns erschreckten die schönen Teppiche, die luxuriösen Häuser, die Direktorenbüros und alle solche Sachen. Es war uns nicht aufgegangen, daß wir dies alles ja mit unseren eigenen Händen gemacht hatten. Es war uns nicht bewußt, daß diese studierten Herren, die so viel wissen, gleich wie wir geboren wurden, nackt und unwissend. Und es wäre uns gar nicht eingefallen, daß sie aus ihrer Unwissenheit und Nacktheit deshalb herausgekommen sind, weil wir sie bedienen, bekleiden und verpflegen. Jetzt ist es uns aufgegangen.

Aber nicht nur das. Wir haben noch mehr erkannt: „Was würde geschehen, wenn wir nicht weiter produzieren würden, um die Zukunft des Arztes zu sichern?"

Habt Ihr einmal darüber nachgedacht, was dann geschehen würde?

Die Dinge in unserem Land haben sich verändert und sind weiter dabei, sich zu verändern. Die Armen aus der Stadt und vom Land werden nicht zulassen, daß diejenigen sich weigern, uns heute zu behandeln, für die wir gestern geschwitzt und geschuftet haben. Wir überließen Euch die Dinge, die wir produzierten, anstatt sie selbst zu verbrauchen. Aber wir gaben sie Euch nicht gratis. Wir gaben sie Euch, damit Ihr uns danach auch behandelt.

Einige von Euch haben uns betrogen. Aber nicht noch einmal! Keine Ausbeuter mehr, die uns schwitzen lassen, wie sie es wollen und uns hinterher die kalte Schulter zeigen. Keine Geschäftemacher in Medizin mehr, sondern wahre Ärzte. Keine Sammler von Geldscheinen mehr, sondern Sozialarbeiter, die bereit sind, dem Bienenkorb auch wieder zurückzugeben, was sie daraus entnommen haben.

Laßt uns die Säle der Universitäten mit unseren Söhnen, dem einfachen Volk füllen! Das Volk, das seine eigenen Schmerzen kennt und das lernt, sie zu lindern. Wir wollen die weißen Kittel der Studenten für die Söhne der Landarbeiter, der Arbeiter und pobladores. Raus aus dem Universitätsbereich mit den Ausbeutern und Geschäftemachern der Medizin! Raus aus den Universitäten mit den Verächtern, den Undankbaren und Gefühllosen!

Nur das kann eine gute Gesellschaft werden.

Und einige von Euch werden keinen Platz mehr darin haben

Die Armen der Stadt und des Landes

Frankfurter Rundschau 3. Oktober 1973

SPENDET FÜR DEN SIEG DER CHILENISCHEN ARBEITERKLASSE!

PSchK Berlin West Elfriede Kohut
Nr. 38o o87 - 1o8 / Kennwort: Hilfe für Chile

Literatur

LITERATURHINWEISE CHILE

Salvador Allende, Chiles Weg zum Sozialismus, Wuppertal 1972

Salvador Allende, Ansprache zur Eröffnung der dritten Versammlung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, in: Entwicklungspolitik, Materialien Nr. 32, Bonn, Juni 1972

D. Boris, E. Boris, W. Ehrhardt, Chile auf dem Weg zum Sozialismus, Köln 1971

Centre d-information sur le développement, Pays es Peuples No. 3, Chile, Paris 1971

Régis Debray/Salvador Allende, Der chilenische Weg, Neuwied 1972

Klaus Eßer, Durch freie Wahlen zum Sozialismus oder Chiles Weg aus der Armut, Reinbek bei Hamburg 1972

Casa o Mierda (Haus oder Scheiße), Dokumentation zur Politik des MIR, Verlag Venceremos Freiburg und Santiago de Chile
DM 2,- und Porto

Chile heute, Dokumentation zum Militärputsch und zur Rolle der Armee, Hrsg. Aktion Lateinamerika Freiburg
DM 1,50 und Porto

beide erhältlich über Aktion Lateinamerika, c/o ASTA, 78 Freiburg, Belfortstr. 21

Chile-Dokumentation:
PODER POPULAR (Volksmacht),
hrsg. von der AELA Hamburg,
c/o Patricia Handl Alvarez,
2 Hamburg 13, Bornstr. 2
DM 2,50

CHILE-NACHRICHTEN

(14-tägig)
herausgegeben vom Komitee "Solidarität mit Chile"

c/o Clarita Müller-Plantenberg
1 Berlin 45
Lorenzstr. 65

KRITISCHE JUSTIZ, Heft 3 - 1973
Juli/September, Europäische Verlagsanstalt Frankfurt

Chile-Schwerpunktheft mit folgenden Beiträgen:

Lelio Basso: Die Rolle des Rechts in der Phase des Übergangs zum Sozialismus

Reinhard v. Brunn: Chiles 'gesetzlicher Weg' - eine Sackgasse?

Arno Münster: Chile-Volksjustiz oder bürgerliche Klassenjustiz? (mit Anmerkungen R. v. Brunn)

Urteil des Landgerichts Hamburg vom 22.1.1973 (Kupferembargo) (mit Anmerkungen von Rolf Knieper und Jürgen Eckl)

Buchbesprechung von 9 deutschsprachigen Büchern über Chile (J. Eckl)

München : Dritte-Welt-Konferenz

Das "Dritte-Welt-Forum", München, bittet um Abdruck folgender Nachricht:

GRÜNDUNG EINER MÜNCHNER DRITTE-WELT-KONFERENZ

Auf Initiative der Gruppen "intercultural" und "DRITTE-WELT-FORUM" haben sich bisher 25 der in München tätigen entwicklungspolitischen Gruppen und Organisationen am 18. Juli zu einer ständigen Konferenz zusammengeschlossen. Sie sehen das Ziel dieses Zusammenschlusses in einer Koordinierung der Aktivitäten, um damit die Probleme der "Dritten Welt" stärker in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu tragen. Die offiziellen entwicklungspolitischen Institutionen sollen eingeladen werden, diese Arbeit der Gruppen zu unterstützen. Es ist beabsichtigt, eine gemeinsame Dokumentation zu erstellen, in die jede Gruppe ihre Selbstdarstellung, ihr Programm und andere besondere Anliegen einbringen kann. Schließlich soll die Dokumentation eine gemeinsame Referentenliste enthalten. Die vorläufige Geschäftsführung der Konferenz liegt beim "DRITTE-WELT-FORUM", 8 München 80, Rottalstr. 5.

Während ihrer ersten Sitzung verabschiedete die Konferenz eine Erklärung zum bevorstehenden Besuch des Militärdiktators von Paraguay, General Stroessner. In der von der Konferenz mit großer Mehrheit verabschiedeten Erklärung weisen die 25 Gruppen auf die zahlreichen Verstöße gegen die Menschenrechtskonvention hin. In den vergangenen Jahren haben zahlreiche Missionare und internationale Beobachter über grausamste Verfolgungen und Ausrottungen ganzer Stämme berichtet. Die Konferenz protestierte auf das entschiedenste gegen den Besuch in Bayern und forderte mit Erfolg die Repräsentanten von Staat und Kirche auf, ostentativ den Empfängen fernzubleiben. Eine entsprechende Presseerklärung wurde weitergeleitet.

Serie: Indonesien (5)

Zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung

Auszug aus einem BMZ-Gutachten
(2. Teil)

TEIL III: Ergebnisse

A. Einleitung

Anhand der obigen Makro- und Sektoranalyse wurden im Wege zunehmender Verengung mit Hilfe der angegebenen Kriterien eine Reihe subsektoraler und nicht-sektorspezifischer Einstiegsmöglichkeiten für deutsche Entwicklungshilfemaßnahmen identifiziert:

Subsektoren:

- Nahrungsmittelproduktion
- Plantagenprodukte
- Fischerei
- Forstwirtschaft
- Holzverarbeitung
- Agroindustrie
- Metallverarbeitung
- Transportwesen
- Wasserversorgung
- Bildung
- Gesundheit

Nicht-sektorspezifische Maßnahmen:

- Errichtung einer staatlichen Development Corporation
- Errichtung und Unterstützung staatlicher Investitionskreditbanken
- Aufbau von Industrieparks und Exportförderungszonen
- Errichtung eines Amtes für Investitionsförderung, eines Marktforschungsbüros und einer Behörde für Normen- und Qualitätskontrolle
- Verbesserung der indonesischen Verwaltung
- Exportberatung

In enger Zusammenarbeit mit den entsprechenden indonesischen Institutionen sowie unter Berücksichtigung der Aktivitäten bilateraler und multilateraler Geber wurden diese - noch wenig konkreten - Ansatzmöglichkeiten systematisch auf potentielle Projekte und Programme untersucht, ohne daß dabei verbindliche Zusagen - auch hinsichtlich des finanziellen Rahmens - gegeben wurden. Damit die Planungsvorstellungen realistisch blieben, wurde von deutscher und indonesischer Seite davon ausgegangen, daß die Planung auch vor dem Hintergrund der bestehenden Projekte gesehen und nicht allein von wünschbaren Sektoren oder Subsektoren her begonnen werden sollte. Ferner sollte der Planungshorizont bis 1974 (Beginn des 2. indonesischen Fünfjahresplans) begrenzt werden. Anschließend wurde die Frage der sektoralen Prioritäten geprüft.

B. Die Kapitalhilfe

Im Hinblick auf die Planbarkeit der Projekthilfe wurde in Übereinstimmung mit der indonesischen Seite - ausgehend von der bisherigen Projektstruktur - folgende Aufgliederung vorgenommen:

I. Sektoren des Infrastrukturbereichs, in denen nach wie vor ein umfangreicher Bedarf existiert, die Technologie Anschlußinvestitionen präjudiziert und eine jahrelange Zusammenarbeit die Basis für eine rasche Abwicklung geschaffen hat; hinzu kommt, daß sich hier im Laufe der Jahre eine gewisse internationale Interessenabgrenzung ergeben hat, die nicht von heute auf morgen verändert werden kann. Aus diesen Gründen ist die Planbarkeit dieses Anteils der Projekthilfe relativ gering (Fixed Components).

II. Sektoren, bei denen wegen der anlaufenden Industrialisierung von indonesischer Seite ein erklärtes hohes Interesse besteht, deren Entwicklung jedoch trotz vorhandener Hilfszusagen noch erheblich zurückgeblieben ist. Hier besteht weitgehend die Möglichkeit, gemeinsam mit den Indonesiern die Planung und Durchführung von Projekten und Programmen zu diskutieren, d.h. die nächsten Planungsschritte im Detail zu erörtern und auf ihre Machbarkeit zu prüfen (Flexible Components).

III. Neue Sektoren (New Components). Hier konnte wegen zeitlicher Beschränkung nur auf den Gesundheitsbereich eingegangen werden.

Zu I: Fixed Components

Unsere bisherigen Aktivitäten erstreckten sich im Bereich der materiellen Infrastruktur auf die Subsektoren:

- Eisenbahnwesen
- Luftfahrt
- Fernmeldewesen
- Elektrizität.

Aufgrund des oben geschilderten wenig flexiblen Charakters dieser Bereiche

sehen die indonesischen Planvorstellungen bis 1974 eine kontinuierliche Weiterführung der deutschen Hilfe vor:

- Eisenbahnrehabilitierung. Das Ziel der Indonesier besteht darin, die Rehabilitierung des Eisenbahnwesens bis auf den Stand von 1939 vorzunehmen. Die indonesische Seite geht davon aus, daß die BRD im Jahre 1972 weitere Lieferungen von 13 Diesellokomotiven (1000 PS) im Werte von ca. 16 Mio DM finanziert.

- Das Fährenprojekt Java-Sumatra (ca. 20 Mio DM) steht nach wie vor zur Diskussion, doch wartet die indonesische Seite vorerst die Ergebnisse verschiedener Voruntersuchungen ab, so daß nicht sicher ist, ob bereits 1972 mit einer endgültigen Entscheidung über dieses Projekt gerechnet werden kann. Aus diesem Grunde soll dieses Projekt in die indonesische Projektliste 1972 nur vorsorglich aufgenommen werden. Die Bundesregierung sollte daher die beiden Projekte (Lokomotiven versus Fähre) nicht als Alternative betrachten.

- Zugleitsystem Java. Die indonesische Seite ist an dem Aufbau eines integrierten Zugleitsystems für sämtliche Haupteisenbahnstrecken Javas interessiert; dies würde bedeuten, daß die ursprünglich vorgesehene Summe von 4,4 Mio DM auf ca. 25 Mio DM erhöht werden müßte. Wie schon die Kreditanstalt für Wiederaufbau am 25.8.1971 berichtet hat, ist es notwendig, zur Vorklärung des Projektes im Rahmen der Eisenbahnberatergruppe je einen Fernmelde- und Signalexperten für 6 Monate zu entsenden.
  Die indonesischen Stellen gehen davon aus, daß die Umrüstung der Eisenbahnen von Dampf- auf Diesselloks einen erheblichen Rentabilitätszuwachs ermöglicht, die Fährverbindung die wirtschaftliche Verknüpfung zwischen Sumatra und Java stärkt und die Einführung eines Zugleitsystems zu einer effizienteren Auslastung der bestehenden Kapazitäten (Verkürzung der Wartezeiten) führt.
  Man ist allerdings auch der Ansicht, daß in der Zukunft eine stärkere Berücksichtigung transportökonomischer Kriterien, insbesondere im Hinblick auf andere Verkehrsträger (vor allem Straßenverkehr, Luftfahrt und interinsulare Schiffahrt) erfolgen sollte; die Planung des Eisenbahnverkehrs unter primär technischen Gesichtspunkten sei unter Berücksichtigung der Knappheit der finanziellen Ressourcen nicht mehr vertretbar.

- Flughafenausrüstung. Die indonesische Regierung sieht den Ausbau und die technische Verbesserung der vorhandenen Flugplätze - vor allem der Feeder Airports - als vorrangig an. Das Directorate General of Communications erwartet von der deutschen Seite 1972 einen Finanzierungsbeitrag in Höhe von 10 Mio DM, davon ca. 5 Mio DM für den Ausbau von Telephon- und Navigationshilfen sowie ca. 5 Mio DM für den Ausbau der Elektrifizierung und Landebahnbefeuerungen; im einzelnen sind dafür die Flughäfen in Banda-Atjeh, Padang, Pakanbaru, Palembang, Makassar, Bandjarmasin, Menado, Kupang und Ambon vorgesehen.

Deutsches Bier für Indonesien

c. p. BOGOR (INDONESIEN), 6. Juni. Die Hamburger Handeslgesellschaft Dobbertin KG & GmbH bringt Deutschlands Bierbrauer Schultheiss, DAB und Helsten nach Indonesien. Dobbertin, die eine Art Holding für die drei Bierbrauereien ist, hat von der indonesischen Regierung erst kürzlich Lizenzen zur Herstellung von Bier, Eiscreme und Soft Drinks erhalten. Dobbertin wird demnächst mit dem Bau der Bierbrauerei in der Nähe von Bogor beginnen. Zur Zeit gibt es in Indonesien nur zwei Brauereien, die in indonesischem Besitz befindliche Bintang und die holländische Anker. Neben Dobbertin haben auch San Miguel und eine Saigoner Brauerei Investitionsabsichten.

Blick durch die Wirtschaft
7.6.73

- Fernmeldewesen. Indonesien ist bestrebt, das Fernmeldewesen beschleunigt auszubauen. In diesem Zusammenhang sind für die nächsten Jahre vorgesehen:
  - Der Ausbau des Telephonnetzes in den Ballungsgebieten.
  - Der Ausbau von Nebenlinien in industriell ausbaufähigen Gebieten.
  - Der Ausbau von Telexanlagen.
  - Der Ausbau des Richtfunks.
  - Die Schaffung moderner Data-Transmission-Anlagen ab 1974.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß bis 1974 primär solche Infrastrukturvorhaben gefördert werden sollten, die einen unmittelbaren Bezug zu direkt produktiven Sektoren haben, sind die beiden erstgenannten Programme den anderen vorzuziehen. Sämtliche Investitionsvorhaben im Fernmeldewesen müssen darüber hinaus vor dem Hintergrund gesehen werden, daß in den vergangenen Jahren die Hilfsmaßnahmen deutscher und anderer Geber im Verhältnis zu anderen Sektoren ein starkes Übergewicht aufwiesen. Unter dem Gesichtspunkt eines relativ gleichgewichtigen Wachstums sollte daher in Zukunft dieser Sektor im bisherigen Umfange nicht weiter gefördert werden.

Elektrizität. Detaillierte Planungen wurden der deutschen Seite von den Indonesiern noch nicht übergeben. Eine Sichtung der bisherigen Hilfeaktivitäten in diesem Subsektor legt eine zum Fernmeldewesen analoge Schlußfolgerung nahe. Dies schließt allerdings nicht aus, daß von Fall zu Fall technisch und ökonomisch sinnvolle und administrativ durchführbare Projekte gefördert werden sollten.

Zu II: Flexible Components

- Metallverarbeitende Industrien. Die generelle Förderungswürdigkeit dieses Subsektors wurde in der Sektoranalyse hervorgehoben. Deutsche Maßnahmen sollten darauf abzielen, solche Zweige der Metallindustrie zu fördern, die zu einer besseren Versorgung der Landwirtschaft (Bau von Dieselmotoren, Pumpen, landwirtschaftliche Geräte usw.) beitragen und die notwendige Ersatzteile herstellen, um die brachliegenden Kapazitäten wieder voll auszulasten. Sinnvoll könnte die Förderung von Eisengießereien und kleineren Maschinenfabriken sein, die flexibel genug sind, sich auf die Bedürfnisse des Marktes einzustellen. Dabei müssen wegen fehlendem technischen Know-How zunächst einfache Technologien angewandt werden.



Politische Gefangene marschieren unter militärischer Bewachung zur Arbeit

- Industrial Estate (Industrieparks). Die indonesischen Planungen sehen den Aufbau von insgesamt drei Industrial Estates in Djakarta, Surabaja und Tjilatjap vor. Dieses Programm hat die besondere Unterstützung von Präsident Suharto. Aufgrund der Gespräche mit der indonesischen Seite besteht der Eindruck, daß die Errichtung eines Industrial Estate im Raum Djakarta kompliziert sein dürfte, da dort bereits eine dynamische und relativ unkontrollierte Industrialisierung in Gang gekommen ist. Das Vorhaben in Tjilatjap wird von Australien gefördert, das mit diesem Hafen besondere handels- und verkehrspolitische Interessen verbindet. Für deutsche Entwicklungshilfe kommt daher Surabaja in Betracht, das - zumindest teilweise - auch Gegenstand japanischen Interesses ist. Die Industrialisierung Surabajas ist im Hinblick auf die in der dichtbevölkerten Region herrschende Unterbeschäftigung von besonderer entwicklungspolitischer Bedeutung; um zusätzliche Deviseneinkünfte und eine moderne Produktionsstruktur zu erreichen, sollte innerhalb des Estate vor allem eine exportorientierte Industrie angesiedelt werden (Outward-Looking Strategie). Das Projekt Industrial Estate könnte zusammen mit den schon vorgesehenen Projekten der Metallverarbeitung und eventuellen Maßnahmen zur Errichtung der notwendigen materiellen Infrastruktur (Elektrizität; Wasserversorgung, Telekommunikation, usw.) sowie Technischer Hilfe (Ausbildungsmaßnahmen, Gesundheitsfürsorge für Arbeiter, usw.) einen umfassenden Verbundcharakter erhalten.

- Entwicklungsbanken.
  Im Rahmen der verstärkten Industrialisierungspolitik ab 1974 wird das Entwicklungsbankensystem eine zentrale Rolle spielen. Es soll vor allem die Initiative der indonesischen Privatwirtschaft stimulieren; für die deutsche Seite brächte eine Beteiligung an diesem System erhebliche administrative Erleichterungen mit sich. Makro- und Sektoranalysen weisen darauf hin, daß im Sektor Industrie die Subsektoren Agroindustrie, Holz- und Metallverarbeitung besonders förderungswürdig erscheinen. Zur Unterstützung dieser Industriezweige sind grundsätzlich die Bank Bumi Daya, die Bank Negara 1946 und die Bank Bapindo geeignet. Allerdings sind diese Banken noch nicht rehabilitiert und daher nicht genügend qualifiziert.
  Zum Wiederaufbau des Bankensystems werden auf indonesischer Seite z.Z. zwei Wege beschritten: einmal die Rehabilitierung der Bank Bapindo und zum anderen der Aufbau eines Entwicklungsbankensystems unter Führung der Bank of Indonesia ('Loans through the Banking System'). Wegen der noch nicht abgeschlossenen Rehabilitierung der Bapindo, die mit japanischer und amerikanischer Unterstützung erfolgt, kommt eine Kreditvergabe an die Bapindo zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Betracht. Eine zukünftige Unterstützung dieser Bank sollte jedoch wegen ihrer potentiellen Bedeutung bei der Durchführung von Industrieinvestitionen nicht ausgeschlossen werden.
  In dieser Situation sollte die BRD versuchen, eine schnelle, praktikable und zugleich größtmögliche Sicherheit bietende Finanzierungsmöglichkeit des Entwicklungsbankensektors zu finden. Die Gewährung von 'Loans through the Banking System' unter Führung der Bank of Indonesia ist zum einen mit den Interessen der indonesischen Regierung vereinbar, die sich auf diese Weise ein Finanzierungsinstrument für staatliche Investitionsvorhaben schaffen will, zum anderen bietet sie der

deutschen Seite ein hohes Maß an Sicherheit.

Im Verlauf der Gespräche hat die indonesische Regierung sowie die Bank of Indonesia im einzelnen folgende Mitwirkungs- und Kontrollmöglichkeiten angeboten, falls sich die Bundesregierung entschließen sollte, sich an dem 'Loans through the Banking System' zu beteiligen:

- mehrmalige jährliche Prüfungsreisen einer KfW-Mission zur Kontrolle der sektoralen und institutionellen Allokation der deutschen Mittel sowie der Einhaltung der im Darlehensvertrag vereinbarten sonstigen Konditionen;
- die Zustimmung der Bundesregierung zu Kreditvergaben, die einen zu vereinbarenden Mindestbetrag überschreiten;
- die Mitwirkung bei der Projektauswahl.

Die Bank of Indonesia hat darauf hingewiesen, daß die exakte banktechnische Abwicklung der Kredite durch die Kontrolle einer von ihr neu zu schaffenden Abteilung gewährleistet sei; im einzelnen will sich die Bank of Indonesia vorerst folgender Banken zur Weiterleitung der Kredite bedienen:

Bank Negara Indonesia 1946
Bank Bumi Daya
Bank Dagang Negara
Bank Ekspor-Impor Indonesia
Bank Rakjat Indonesia
Bank Pembangunan Indonesia

Zu III: New Components

Aus zeitlichen Gründen sowie wegen der besonderen Schwierigkeiten, in diesem Subsektor verläßliche Informationen zu erhalten, konnte aus diesem Bereich, der insbesondere den sozialen Sektor umfaßt, nur das Gesundheitswesen behandelt werden. Auf seine besondere Förderungswürdigkeit wurde in der Makro- und Sektoranalyse hingewiesen; es sollte als ein gewisser Ausgleich zu den relativ überdimensionierten Bereichen der materiellen Infrastruktur (Elektrizität und Fernmeldewesen) dienen.

- Referral Hospitals
  Der Master-Plan für den Ausbau des indonesischen Gesundheitswesens betont die Förderungswürdigkeit von Schwerpunktkrankenhäusern. Daher erscheint der Wunsch der Indonesier, die deutsche Hilfe über die bereits für 1971 vorgesehene Kapitalhilfe hinaus auch in den Jahren 1972 und 1973 fortzusetzen, berechtigt. Zunächst sollten die Schwerpunktkrankenhäuser in Jogjakarta und Semarang mit deutschen Mitteln ausgebaut werden (1).

- Lieferung medizinischer Geräte für Landärzte
  Zur besseren medizinischen Versorgung ländlicher Gebiete sollte versucht werden, die Zahl praktizierender Landärzte zu vergrößern. Einerseits bestand bisher bei praktischen Ärzten kein großes Interesse, sich außerhalb urbaner Regionen niederzulassen, andererseits sind viele Ärzte wegen fehlender finanzieller Mittel oft nicht in der Lage, eine eigene Praxis - sei es in der Stadt oder auf dem Lande - zu eröffnen. Qualifizierten Ärzten sollte daher durch die Bereitstellung einer Erstausstattung mit medizinischen Geräten die Möglichkeit gegeben werden, in ländlichen Regionen eigene Arztpraxen zu eröffnen.

- Wasserversorgung
  Die ungenügende Wasserversorgung in den Ballungsgebieten erwies sich in der Sektoranalyse sowohl für die indonesische Bevölkerung als auch bei der Industrie als ein entscheidender Engpaß. Ein breiteres Angebot an Wasser würde die Lebensbedingungen der indonesischen Bevölkerung entscheidend verbessern und den Aufbau geplanter Industriebetriebe (z.B. im Rahmen des geplanten Industrial Estate) beschleunigen. Die Durchführung von Wasserversorgungsprojekten erscheint daher sinnvoll.

C. Technische Hilfe

In dem Bereich der Technischen Hilfe wurde in solchen Sektoren und Subsektoren nach Hilfsmaßnahmen gesucht, die anhand der Makro- und Sektoranalyse als potentielle Einstiegsmöglichkeiten festgestellt worden waren.

I. Nahrungsmittelproduktion

Die Sektoranalyse ergab, daß bei der Nahrungsmittelproduktion in Zukunft den Beschaffungs- und Absatzproblemen sowie die Verarbeitung und Lagerung der Ernteerträge größere Beachtung geschenkt werden sollte.

Dem wird von der deutschen Technischen Hilfe durch die Entsendung

- eines Regierungsberaters an das indonesische Landwirtschaftsministerium,
- eines Landfunkberaters und
- einer Beratergruppe für die landwirtschaftliche Entwicklung West-Sumatras Rechnung getragen.

II. Plantagenwirtschaft

Das Ziel evtl. Maßnahmen in der Plantagenwirtschaft sollte in der Verbesserung des Plantagen-Managements, in der Steigerung der Produktivität und in der Verbesserung der Qualität der

Produkte liegen.

Für die Produkte der Ölpalme (insbesondere Palmöl und Palmkerne) bestehen ein großer Binnenmarkt und gute Exportaussichten.

Mit Hilfe eines Kalidünger-Programmes untersucht bereits ein deutscher Experte in Nord-Sumatra Möglichkeiten, die Produktivität von Ölpalmplantagen in dieser Region zu erhöhen.

Ferner bat die indonesische Seite zu prüfen, ob die Bundesregierung bereit sei, Technische Hilfe zur Rehabilitierung von Gummi- und Ölpalmplantagen in West-Sumatra zu leisten. Wegen schlechter Erlösaussichten (sinkende Weltmarktpreise) bei Kautschuk bestehen gewisse Bedenken über die Vorteilhaftigkeit der Rehabilitierung von Gummiplantagen.

Die Rehabilitierung von Ölpalmplantagen scheint hingegen aus den oben erklärten Gründen prüfungswürdig. Detaillierte Unterlagen liegen der deutschen Seite bisher nicht vor.

III. Fischereiwesen

In der Sektoranalyse wurde dargelegt, daß mögliche neue Projekte im Fischereiwesen vor allem auf die Verbesserung der Absatzwege und auf die Einführung neuer Fangmethoden abzielen sollten. Diese Auffassung wurde im Verlauf der Gespräche von der indonesischen Seite geteilt. Darauf hin wurden folgende Projektvorschläge - teilweise unter Einschaltung der UNDP-Beratergruppe - ausgearbeitet:

- Versuchsprojekt zur Verbesserung des Fischangebots auf den indonesischen Verbrauchsmärkten mit Hilfe des Aufbaus von Kühlketten in Höhe von ca. 1 Mio DM.
- Beratung bei der Erforschung der Fischgründe in den für den Schleppnetzfang geeigneten indonesischen Gewässern sowie Ausbildungsmaßnahmen im Bereich moderner Fangmethoden bei der Schleppnetzfischerei.

IV. Forstwirtschaft

Nach den bisherigen Planungsüberlegungen hat sich auch die Forstwirtschaft als ein Subsektor ergeben, dessen gezielte Förderung unmittelbare positive Folgewirkungen auf die Gesamtwirtschaft haben könnte. Hinzu kommt, daß die Methoden der Nutzung von Einschlagslizenzen, die zum überwiegenden Teil an japanischen und philippinische Konzessionäre vergeben wurden, von der indonesischen Öffentlichkeit immer kritischer beobachtet werden. Präsident Suharto sprach das Problem kürzlich in einer Rede unmittelbar an.

Deutsche Aktivitäten könnten bei der Forstverwaltung, deren desolater Zustand offenkundig ist, sowie bei der Forstausbildung ansetzen. Bei der Verwaltungshilfe sollten - im Hinblick auf frühere Erfahrungen - besonders eingehende Voruntersuchungen angestellt werden. Ausbildungshilfe ist in der Form einer Universitätspartnerschaft denkbar.

Hotel als Entwicklungshilfe

Stuttgart (epd)
Der Ausschuß „Kirchliche Mittel für Entwicklungsdienst" (KED) der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat für den Bau eines Hotels in der indonesischen Hauptstadt Djakarta 1,5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Träger des 70-Betten-Projekts, das insgesamt rund zwei Millionen Mark kosten soll, ist der Rat der Kirchen in Indonesien, der das Grundstück und die Restkosten bereitgestellt hat. Das Hotel soll als kirchliches Gästehaus dienen. Wie die Informationsstelle von KED in Stuttgart mitteilt, hat die Unterstützung durch die evangelische Kirche zum Ziel, die einheimischen Kirchen in der Finanzierung ökumenischer und entwicklungspolitischer Vorhaben unabhängiger zu machen. Der Gewinn, den das Hotel abwerfen wird, soll ausschließlich in diese Arbeit fließen.

SZ 1o.1o.73

V. Holzverarbeitende Industrie

Im Rahmen der Holzverarbeitenden Industrie dürfte aufgrund der derzeitigen indonesischen Nachfrageverhältnisse eine neu aufzubauende Papierindustrie genügend Absatzchancen finden. Ungeklärt sind bisher die technischen Produktionsmöglichkeiten; so sind z.B. die bisherigen Versuche, die Papierfabrik in Letjes in einen funktionsfähigen Zustand zu bringen, unbefriedigend verlaufen. Gutachter sollen daher eine abschließende Überprüfung der wirtschaftlichen Rentabilität dieser Fabrik durchführen und mögliche Ansatzpunkte zu ihrer Modernisierung aufzeigen.

VI. Industriestudien

Die weitere Entwicklung der Metall-Verarbeitenden Industrie ist wegen ihrer großen Bedeutung unter Berücksichtigung bereits angelaufener Kapitalhilfeprojekte genau zu analysieren. Im Hinblick auf die große Vielfalt möglicher Aktivitäten bedarf es einer genauen Auswahl der vordringlichen Programme und Projekte. Dem wird durch eine zur Zeit laufende Voruntersuchung Rechnung getragen.

Um eine umfassende Informationsbasis für die in der Periode des zweiten Fünfjahresplans (ab 1974) vorgesehene Förderung der Schwer- und Verarbeitenden Metallindustrie zu schaffen, hat das indonesische Industrieministerium zusätzlich um die Anfertigung von Studien über die Eisen-, Stahl- und Maschinenindustrie gebeten. Derartige Studien und die Verarbeitung ihrer Ergebnisse im zweiten indonesischen Fünfjahresplan würden dessen qualita-

tive Substanz in den angesprochenen Subsektoren entscheidend erhöhen; sie könnten weiterhin erste Hinweise auf mögliche deutsche Kapitalhilfeprojekte geben.

VII. Transportwesen

Die Analyse des indonesischen Transportsektors ließ ein äußerst differenziertes Bild innerhalb der einzelnen Subsektoren erkennen. Die Entwicklung mancher Bereiche scheint durch indonesische Eigenleistungen bzw. durch andere Geberaktivitäten vorerst gesichert, andere Subsektoren, insbesondere jedoch die interinsulare Schiffahrt, bedürfen dringend einer stärkeren Förderung.

1. Verkehrsstudie Djakarta

Um die Verkehrsprobleme der indonesischen Hauptstadt zu mildern oder zu lösen, soll im Rahmen der deutschen Technischen Hilfe ein langfristiger Verkehrsplan unter Einbeziehung sämtlicher Verkehrsträger erstellt werden. Dieses Projekt kann wegen des zunehmenden Wachstums der Stadt und der rasch beginnenden Industrialisierung der Region Djakarta eine große Bedeutung erlangen.

dung einer deutschen Eisenbahnberatergruppe. Sie analysiert die gegenwärtige Situation der PNKA und arbeitet den zuständigen indonesischen Behörden (PNKA, Verkehrsministerium, BAPPENAS) Empfehlungen zur Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit der indonesischen Staatsbahn aus.

3. Luftfahrt

Ähnlich wie im Eisenbahnsektor werden auch in der Luftfahrt aufgrund des großen Umfanges bisheriger deutscher Hilfeleistungen weitere deutsche Maßnahmen von der indonesischen Seite erwartet. Die notwendigen Voraussetzungen für ein kontinuierliches Engagement in diesem Subsektor können im Rahmen der Technischen Hilfe durch die Erstellung von Feasibility Studien geschaffen werden. Es ist geplant, in einer Studie Vorschläge zur Rehabilitation der indonesischen Luftfahrtindustrie auszuarbeiten. Diese Industrie soll die Wartung indonesischer Flugzeuge, die bisher im Ausland erfolgte, übernehmen und später notwendige Ersatzteile im Lande herstellen. Derartige Maßnahmen könnten sich unter dem Gesichtspunkt der Devisenersparnis als sinnvoll erweisen.



Javanische Bäuerinnen tragen jede für sich, ihre Produkte zum Markt, während sie von den Lkws der Großhändler überholt werden.

Indonesien — Entwicklungsland
Herausgegeben von MISEREOR

2. Eisenbahnberatung

Als notwendige Ergänzung zu dem starken Engagement der deutschen Kapitalhilfe im Eisenbahnwesen (Lieferung von rollendem Material und signaltechnischer Anlagen) erwies sich die Entsen-

4. Studie über eine Fährverbindung zwischen Java und Sumatra

Wie in der Sektoranalyse betont wurde, sind Maßnahmen, die die politische und wirtschaftliche Integration Indonesiens fördern, von hoher Priori-

tät. Eine Fährverbindung zwischen West-Java und Süd-Sumatra ist hierzu besonders geeignet. Die Entscheidung über die Durchführung des o.e. Kapitalhilfeprojektes hängt wesentlich von dem Ergebnis einer Feasibility Studie ab, die mit deutscher Technischer Hilfe erarbeitet wird. Dabei muß u.a. geklärt werden, ob es sich bei der Fährverbindung um eine Eisenbahn- und/oder eine Straßenfähre handeln soll.

5. Interinsulare Schiffahrt

Auf die volkswirtschaftliche Bedeutung des Ausbaus der interinsularen Schiffahrt ist in der Sektoranalyse hingewiesen worden. Insgesamt bietet dieser Subsektor eine Fülle von Ansatzpunkten für Hilfsmaßnahmen. Es ist jedoch offensichtlich, daß einem deutschen Beitrag von vornherein aufgrund finanzieller Beschränkungen Grenzen gesetzt sind. Um überhaupt einen ersten Überblick über die komplexe Situation des Gesamtbereichs zu bekommen, sollte eine vorsichtige Planung sich z.Z. nur auf die Entsendung einer Beratergruppe beschränken. Aus diesem Grunde erscheint der indonesische Antrag sinnvoll, eine deutsche Sachverständigengruppe für zwei Jahre dem Biro Klasifikasi Indonesia (BKI) beizuordnen. Das BKI soll langfristig zu einer international anerkannten Registrierungsgesellschaft (wie z.B. der Germanische Lloyd oder das US-Bureau of Shipping) ausgebaut werden. Es kann angenommen werden, daß die angestrebte qualitative Verbesserung des BKI eine entscheidende Voraussetzung für die in Aussicht genommene Rehabilitierung der indonesischen Handelsflotte ist.

VIII. Bildung

Nach allgemeiner Auffassung muß das indonesische Bildungswesen reformiert werden. Da die Pläne für eine umfassende Bildungsreform erst ab 1973 vorliegen werden und es äußerst schwierig ist, in diesem Subsektor verläßliche Informationen zu erhalten, erscheint unter den gegebenen Umständen die Mitarbeit deutscher Sachverständiger im Rahmen der von der UNESCO/UNDP zu erarbeitenden langfristigen Konzeption des indonesischen Bildungswesens besonders nützlich.

Die deutschen Bildungsplaner sollten vor allem in denjenigen Bereichen des indonesischen Bildungswesens tätig werden, in denen deutsche Entwicklungshilfeprojekte bestehen und in denen die BRD umfangreiche Erfahrungen besitzt.

Solange jedoch über die Entsendung derartiger Experten noch nicht entschieden ist, kann die deutsche Technische Hilfe nur auf eine pragmatische Weise von den vorhandenen Bildungsprojekten ausgehen.

IX. Industrial Estate (Industriepark)

Notwendige Voraussetzung für den Bau des geplanten Industrieparks in Surabaja ist die Erstellung einer Feasibility Studie. Für einen Vorgutachter wurden bereits die Terms of Reference ausgearbeitet. Er soll im einzelnen folgende Fragen beantworten:

- Wachstumspotential der Region Surabaja
- Ökonomische und technische Durchführbarkeit (Feasibility); vor allem im Hinblick auf den Standort, die Kosten, die Absatzmöglichkeiten, die Branchenstruktur und den Arbeitskräftebedarf des Estate.

X. Export- und Investitionsförderung

Als mögliche nicht-sektorspezifische Maßnahmen wurden in der Makroanalyse die Förderung der Export- und Investitionstätigkeit genannt. Die Entsendung von Export- und Investitionsberatern kann der Vermittlung von ökonomischem Know-How dienen und so unmittelbar stimulierende Wirkungen auf die Exporte und Investitionen ausüben.

Der bereits in Indonesien tätige Sachverständige für die gewerbliche Exportförderung hat die Aufgabe, das Handelsministerium in Fragen der Exportförderung für bestimmte Erzeugnisse der Klein- und Mittelindustrie zu beraten.

Ein noch nach Indonesien zu entsendender Investitionsberater könnte zu einer reibungsloseren und beschleunigten Abwicklung privater in- und ausländischer Investitionen beitragen.

XI. Verwaltungshilfe

Im Rahmen der Verwaltungshilfe ist insbesondere die administrative Kapazität der mittleren Beamtenschicht zu stärken. Bei Fortbildungsmaßnahmen sollten die Gebiete Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen sowie die Zollverwaltung bevorzugt werden. Entsprechend dem indonesischen Wunsch sollte die Fortbildung weiterhin in Form des "group training", und zwar schwerpunktmäßig in Indonesien selbst durchgeführt werden.

Anmerkungen

1) Die Untersuchungen der Herren MR Dr. Plate (BMJFG) und Stahl (GAWI) haben die Förderungswürdigkeit dieser Schwerpunktkrankenhäuser nachgewiesen.

AFRIKA

Zur Unabhängigkeitserklärung von GUINEA-BISSAU

Wer vor einigen Tagen aufmerksam die Meldungen von TV Radio und Zeitungen verfolgte, stieß auf diese Agenturnachricht aus Dakar (Senegal, Westafrika).

> **Freischärler rufen Republik Guinea-Bissau aus**
>
> **Dakar** (AP)
>
> Die Guerilla-Bewegung in Portugiesisch-Guinea (PAJGC) hat die von ihr besetzten Gebiete anfang der Woche für unabhängig erklärt und die „Republik Guinea-Bissau" ausgerufen. Wie aus einer in der senegalesischen Hauptstadt Dakar veröffentlichten Stellungnahme hervorgeht, wurde der Guerillaführer Luiz Cabral Präsident der neuen Republik, die außerdem eine 15köpfige Regierung erhielt, deren Mitglieder von einer „Nationalversammlung" ernannt wurden. Die Freischärler haben nach eigenen Angaben weite Teile Nord- und Westguineas unter ihrer Kontrolle. Dagegen ist die Hauptstadt Bissau fest in portugiesischer Hand.
>
> Als „reine Phantasie" hat Portugal Berichte von der Proklamation der Republik Guinea-Bissau in seiner afrikanischen Überseeprovinz bezeichnet. Ein Sprecher in Lissabon betonte, in Portugiesisch Guinea gebe es kein Gebiet, das nicht unter der Kontrolle der portugiesischen Behörden stehe.

SZ, 27.9.73

Die bürgerliche Presse hat den Befreiungskrieg in den portugiesischen Kolonien Afrikas während Jahren totgeschwiegen und erwähnt nun auch die Ausrufung der Unabhängigen Republik Guinea-Bissau nur mit einem kurzen, die Tatsachen entstellenden Bericht. Dem deutschen Volk kann damit nicht bewußt werden, was dieses Ereignis für das Volk von Guinea-Bissau und seine Partei, die PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guinea-Bissau und den kapverdischen Inseln) bedeutet. Denn die Unabhängigkeitserklärung dieses Staates ist nicht ein "Phantasieprodukt" von einem Haufen "Freischärler", sondern ein Schritt, der im jahrelangen bewaffneten Volkskrieg vorbereitet worden ist, ein Erfolg, den sich das Volk von Guinea-Bissau hart erkämpft hat.

Nach ihrer Gründung (1956) (siehe Kasten) hatte die PAIGC zuerst mehrere Jahre versucht, mit den friedlichen Mitteln des Streiks und der Petition die Kolonialisten zu bewegen, dem Volk von Guinea-Bissau sein unveräußerliches Recht auf nationale Selbstbestimmung zurückzugeben. Blutige Repression, Deportationen und Einäscherung von Dörfern (1959, 1962) waren die Antwort.

Die PAIGC zog daraus die Lehre, daß sie ihr Ziel nur durch die Mobilisierung aller Teile des Volkes, vor allem aber der Bauern, und mit Waffengewalt erreichen konnte. Sie zog sich auf die Dörfer zurück, um die Bauern zum bewaffneten Befreiungskampf zu rüsten. In ausdauernder politischer, wirtschaftlicher und militärischer Aufbauarbeit wurden weite Gebiete des Landes befreit, die Verwaltungshoheit der Portugiesen beendet und die Grundlagen einer Gesellschaft gelegt, in der das Volk seine eigenen Rechte wahrnehmen kann und sie demokratisch ausübt.

In Volksläden organisieren die Bauern den Austausch ihrer Produkte. Gesundheitsdienst und Schulwesen dienen dem arbeitenden Volk, nicht nur den Europäern und wenigen "zivilisierten Afrikanern", wie dies unter portugiesischer Herrschaft der Fall war. Aus eigener Kraft haben die Werktätigen von Guinea-Bissau in wenigen Jahren mehr zum wirtschaftlichen und sozialen Aufbau des Landes geleistet, als es die portugiesische Kolonialverwaltung in jahrhundertelanger "zivilisatorischer Mission" tat.

Dies war die Grundlage für die Erfolge, die auch auf militärischer Ebene errungen wurden. Die portugiesischen Stützpunkte im Landesinnern können nur noch auf dem Luftweg versorgt werden. Doch seit einigen Monaten verfügt die Befreiungsbewegung über Boden-Luft-Raketen, wodurch der Spielraum der portugiesischen Besatzungsarmee (50 000 Mann; das Volk von Guinea-Bissau zählt etwa 800 000 Menschen!) noch stärker eingeschränkt ist. Wie zahlreiche Journalisten und Mitglieder selbst feststellen.

Journalisten und Mitglieder der UN-Sonderkommission für Entkolonisierung (April 1972) selbst feststellen konnten, verwaltet sich die Bevölkerung der Landgebiete weitgehend unabhängig von den Kolonialherren.

Vor mehr als 2 Jahren wurden zum ersten Mal in der Geschichte des Volkes von Guinea-Bissau allgemeine demokratische Wahlen eingeleitet. Die Nationalversammlung setzt sich aus 120 Vertretern des arbeitenden Volkes, Bauern, Arbeiter, Angestellte und Angehörige freier Berufe zusammen. Nur 40

gehören der PAIGC an. Damit hat sich das Volk ein gesetzgebendes Organ gegeben.

Auch auf diplomatischer Ebene errang die PAIGC wichtige Erfolge: Verurteilung der Kolonialpolitik Portugals durch die UNO-Vollversammlung, Anerkennung als rechtmäßige Vertreterin des Volkes von Guinea-Bissau mit Beobachterstatus, Zusicherung der Anerkennung nach der Unabhängigkeitserklärung durch mehr als 60 Staaten.

Etappen des Unabhängigkeitskampfes:

1956: Gründung der PAIGC.

1959: Massaker von Pidjiguitti (50 streikende Hafenarbeiter ermordet).

1962: Erste Sabotageaktionen. Schwere Repression der Kolonialherren gegen die Bevölkerung.

1963: Angriff auf die Kaserne von Tite. Beginn des bewaffneten Kampfes.

1964: Eine reguläre Befreiungsarmee von 2000 Freiwilligen ist aufgebaut.
Der 1. Kongreß der PAIGC findet im befreiten Süden des Landes statt.

1967: Die Befreiungsarmee verteilt Waffen an die Bevölkerung.

1968: Über 2/3 des Landes befinden sich unter Verwaltungshoheit der PAIGC.

1971: Der oberste Kampfrat der PAIGC beschließt, Wahlen zu einer Nationalversammlung einzuleiten.

1972: 3 Mitglieder des UN-Sonderkomitees für Entkolonialisierung besuchen die befreiten Gebiete.
Geheime Wahlen zur Nationalversammlung mit allgemeinem Stimmrecht.
Amilcar Cabral, Generalsekretär der PAIGC, spricht vor der UNO-Vollversammlung.

1973: A. Cabral wird nach einem Plan des port. Geheimdienstes ermordes (20.1.).
2. Kongreß der PAIGC.

Von China anerkannt

BONN, 1. Oktober (Reuter/ddp/mö). Auch China, Nordvietnam und Rumänien haben am Wochenende nach rund 20 anderen Staaten die vor kurzem von der Befreiungsbewegung PAIGC ausgerufene unabhängige Republik Guinea-Bissao anerkannt. Für das Auswärtige Amt in Bonn ist die Frage der Anerkennung des neuen Staates gegenwärtig nicht aktuell. Die Frage werde nach den üblichen völkerrechtlichen Kriterien geprüft, erklärte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes auf Anfrage, und nannte als Voraussetzungen einer Anerkennung die Existenz 1. eines Staatsvolkes, 2. eines Staatsgebietes, 3. einer Staatsgewalt und 4. die Effektivität der beherrschenden Gewalt. Im Falle Guinea-Bissao lägen keine zuverlässigen Angaben darüber vor, daß die PAIGC das wesentliche Gebiet Guineas tatsächlich beherrsche, sagte der Sprecher.

FR, 2.10.73

Die Argumentation des Auswärtigen Amtes hat wenig mit "völkerrechtlichen Kriterien", aber viel mit dem Engagement der BRD als NATO-Partner Portugals (militärischer Stützpunkt auf den kapverdischen Inseln) und der BRD-Industrie in den portugiesischen "Überseeprovinzen" (Krupp in Angola, 5 Firmen im Cabora Bassa-Projekt) zu tun. Die BRD-Regierung macht sich damit zur Komplizin eines Regimes, welches das Recht des Volkes von Guinea-Bissau auf nationale Selbstbestimmung mit Füßen tritt.

SOFORTIGE ANERKENNUNG DER REPUBLIK GUINEA-BISSAU DURCH DIE BRD-REGIERUNG

Die Erklärung der Unabhängigkeit ist aber nur ein erster Schritt zur endgültigen Befreiung des Volkes von Guinea-Bissau. Noch ist nicht das ganze Land von den portugiesischen Kolonialisten befreit. Diese bombardieren weiter Krankenhäuser, Felder, Schulen. Deshalb geht der Kampf weiter.

Portugal wird auch weiterhin von seinen westlichen Verbündeten, allen voran die BRD, wirtschaftlich und militärisch unterstützt. Dadurch wird der Kampf des Volkes von Guinea-Bissau wesentlich erschwert.

KEINE WIRTSCHAFTLICHE UND MILITÄRISCHE UNTERSTÜTZUNG PORTUGALS DURCH DIE BRD-REGIERUNG

Um den Aufbau auf allen Ebenen voranzutreiben, die zerstörten Einrichtungen wiederherzurichten, die Reichtümer des Landes zum Nutzen des Volkes zu entfalten, braucht das Volk von Guinea-Bissau unsere Hilfe.
Stellen wir der "Solidarität" der Herrschenden die aktive Solidarität zwischen den Völkern gegenüber.

SOLIDARITÄT MIT DEM VOLK VON GUINEA-BISSAU

Spendet auf die Konten (jeweils unter Stichwort "Guinea-Bissau):

Spendenkonto Afrika-Komitee
Nr. 473 2649,
Dresdner Bank, Bertoldstr, 78 Freiburg,

Aktion Dritte Welt,
Nr. 1.022.623.301,
Bank für Gemeinwirtschaft, 78 Freiburg

L i t e r a t u r
zu Guinea-Bissau

NATIONALE BEFREIUNG 1

Der Kampf um Guinea-Bissau

Inhalt: Kurzer Bericht über die Gesellschaftsstruktur in Guinea- Gekürzter Text eines Vortrags von Amilcar Cabral im Frantz-Fanon-Centre in Treviglio im Mai 1964/ Rede von A. Cabral auf einer Versammlung in der Central Hall, London, 26.10.71/ Diskussionsveranstaltung mit A. Cabral in der Universität London am 27.10. 71/ Kurzer Bericht über den Kampf in Guinea von A. Cabral (Sept. 71)/ Langfristiges Programm der PAIGC/ Struktur der PAIGC und der Nationalversammlung.

Hg.: Komitee Südliches Afrika, 69 Heidelberg, Mönchgasse 12, c/o Bernd Köhn, 64 Seiten, DM 2,--.

NATIONALE BEFREIUNG 2

Für den völligen Sieg über Kolonialismus und Imperialismus

Inhalt: Es gibt nur eine Lösung: die Unabhängigkeit (Rede A. Cabrals, Sept. 72)/ Das Volk von Guinea und den Kapverdischen Inseln vor der UNO (Rede A. Cabrals, Okt. 72)/ Über die Gründung der Nationalen Volksversammlung in Guinea-Bissau (Kommunique der PAIGC, Jan. 73)/ Grundlagen zur Gründung der Nationalen Volksversammlung in Guinea (Dokument der PAIGC, Dez. 71)/ Botschaft des Kampfausschusses der PAIGC (Jan. 73)/ Die drei Phasen des portugiesischen Plans (A. Cabral, März 72)/ Bericht der Sondermission der UNO (April 72); Resolution des Sonderkomitees für Entkolonialisierung (13.4.72).

Hg.: Komitee Südliches Afrika, 69 Heidelberg, Mönchgasse 12, c/o Bernd Köhn, 80 Seiten, DM 2,--.

AKAFRIK-REPORT 1 und 2/73

Guinea-Bissau

Inhalt: Geschichte Guineas vom 15. Jh. bis heute/ Der port. Kolonialismus: ein Produkt der Unterentwicklung Portugals/ Die Mörder Amilcar Cabrals (Basil Davidson)/ Theorie und Praxis des Befreiungskampfes der PAIGC/ Die BRD-Unterstützung für den port. Kolonialismus/ Resultate und grundlegende Bestimmungen der von der PAIGC in den befreiten Gebieten durchgeführten Wahlen zur Nationalversammlung/ Bericht der von der UNO eingesetzten Kommission über ihre Inspektion der befreiten Gebiete/ Manifest der vereinigten port. Opposition zum Kolonialkrieg.
Hg.: Akafrik, 48 Bielefeld, Wickenkamp 30.
Preis: DM 2,20 und 0,70 Porto. Lieferung nur gegen Vorausrechnung oder nach vorheriger Bezahlung.

Komplott gegen die MPLA

Die französische Zeitschrift "afrique-asie" veröffentlichte kürzlich (1) einen Exklusivbericht ihres Korrespondenten Pietro Petrucci aus Dar es Salaam (Tansania), der folgendermaßen beginnt: "Ermordung Agostinho Netos und der einflußreichsten Führer der MPLA, Erstickung des bewaffneten Kampfes durch die Schließung der Grenze zwischen Sambia und Angola, Anzetteln von Stammeszwisten und Schaffung einer Marionetten-Führungsgruppe, die bereit wäre, einen 'friedlichen Weg' für eine neokoloniale Lösung auszuhandeln. Mit diesem sorgfältig aufgebauten Plan wurde versucht, den Widerstand in dieser Kolonie Portugals zu liquidieren."

Die nachfolgenden Informationen, die uns zum Teil auch von anderer Seite bestätigt wurden, sind ein Lehrstück für die Art und Weise, wie das internationale Kapital seine Ziele verficht. Wer den Zusammenschluß der beiden Kampforganisationen in Angola, der MPLA (Generalsekretär: Agostinho Neto) und der FNLA (vor allem durch ihre "Exilregierung" in Zaire, die GRAE unter Holden Roberto bekannt) in den vergangenen Monaten verfolgte, ist immer wieder mit verwirrenden Meldungen konfrontiert worden (2). Ende letzten Jahres wurde von MPLA und FNLA ein Abkommen unterzeichnet, das im wesentlichen eine stufenweise Zusammenlegung der beiden Organisationen und ihrer Kampfeinheiten vorsah. Die Modalitäten sollten in mehreren Verhandlungsrunden festgelegt werden. Eine von der OAU (Organisation für die Einheit Afrikas) ernannte Präsidentenkommission (3) wurde beauftragt, den Fortgang der Verhandlungen und ihre Ausführung zu überwachen.

Wie konnte sich die MPLA mit einer Gruppe wie die FNLA-GRAE einigen, die im dringenden Verdacht stand, neokolonialistische Ziele zu verfechten?

Der MPLA ging es vor allem um zwei Dinge:

a. Größtmögliche auch organisatorische Einigung aller nationalistischen Kräfte, zumal die Existenz der FNLA-GRAE immer eine potentielle Gefahr darstellte, daß dem angolesischen Volk durch westliche Einflüsse Verhandlungen mit Portugal aufgezwungen würden.

b. Das Versprechen Mobutus, nach dem Abkommen die Grenze zu Zaire auch für Kämpfer der MPLA zu öffnen. Bisher hatte nur die FNLA von Zaire aus operieren können. Für die MPLA war diese Zusicherung von großer strategischer Bedeutung, weil sie unter den ca. 1 Mio Exilangolesen in Zaire (die z.B. vor der Zwangsverpflichtung durch die Kolonialverwaltung zu Plantagenarbeit ins Ausland geflohen waren) große Sympathien genießt.

Die Verhandlungen liefen sich aber bald fest. Die GRAE bestand darauf, die Kampfhandlungen einzuschränken, um die Portugiesen zu bewegen, möglichst bald Verhandlungen aufzunehmen. Man könne sich dabei auf den Einfluß mächtiger Freunde stützen. Die MPLA lehnte dies mit dem Hinweis ab, daß das angolesische Volk von niemandem seine Unabhängigkeit zu erbetteln habe und zeigte sich bereit, solange den bewaffneten Kampf weiterzuführen, bis Portugal selbst um Verhandlungen nachsuchen würde.

In der Folgezeit sah sich die MPLA mit einer Reihe von Schwierigkeiten konfrontiert, die nur das Ergebnis einer konzertierten Aktion reaktionärer Kreise in Afrika sein können. Als hauptsächliche Drahtzieher sieht Petrucci Holden Roberto, Mobutu und neokolonialistische Politiker in Sambia und Tansania an.

1. Kurz vor dem Abkommen zwischen MPLA und FNLA-GRAE, im November 1972, vermeldeten die portugiesischen Spezialtruppen an der angolesischen Ostfront (einem der Hauptkampfgebiete der MPLA) einen ungewöhnlichen Aderlaß durch Desertion. Die Überläufer wurden von der MPLA bereitwillig aufgenommen. Erst im April 73 erfaßte man deren eigentliche Mission. Nach einem ähnlichen Verfahren wie jenes, welches zur Ermordung von Amilcar Cabral, dem Generalsekretär der PAIGC am 20.1.73 in Conakry (Guinea) geführt hatte, sollten sie die Führer der MPLA im Ausland ermorden, Stammesfehden entfachen und ehrgeizige Führer dafür gewinnen, die MPLA zu spalten und damit in ihrer Schlagkraft zu schwächen. Ihre Agitation war so erfolgreich gewesen, daß man an der Ostfront eine Art Ausnahmezustand ausrufen mußte; das Führungskomitee (40 Mann) wurde "eingefroren" und ein begrenztes Polit-Komitee ernannt, die militärischen Pläne umgestoßen und eine Aufklärungskampagne unter Kämpfern und Volk gestartet.

2. Mitte 1973 wurden 40 Kämpfer der MPLA in den Distrikten Kinshasa und Matadi (Zaire) gefangen gesetzt. Auf Intervention Holden Robertos erlitten auch zwei Verhandlungsführer der MPLA bei der GRAE das gleiche Schicksal. Damit wollte man die MPLA provozieren und ihre Verbindungen zu den Exilangolesen in Zaire unterbinden. Die Verhaftungen gingen Hand in Hand mit einer Presse- und Radiokampagne Mobutus zugunsten der GRAE.

3. Die sambische Grenze zu Angola besitzt für die MPLA eine lebenswichtige Funktion, weil sie auf den Nachschub von Material, Truppen und Lebensmitteln aus Sambia und Tansania angewiesen ist. Bisher hatte man von sambischer Seite her diese Tätigkeiten stillschweigend geduldet und sogar gefördert. Plötzlich sahen sich die MPLA-Mitglieder strikten Grenzkontrollen, begrenzter Aufenthaltserlaubnis und eingeschränkter Bewegungsfreiheit auf sambischem Territorium unterworfen. Die Presse lobte mit einem Mal wieder die (fast schon vergessene) "Unità", eine stammesgebundene Organisation, die von den portugiesischen Truppen nachweislich kaum belästigt und mit einiger Sicherheit von offiziellen US-amerikanischen Kreisen unterstützt wird.

4. Mobutu löste sein Versprechen nicht ein, die Grenze für MPLA-Leute zu öffnen. Er verstand es, vor der OAU-Kommission Holden Roberto als einzigen verhandlungsbereiten Partner glaubhaft zu machen und damit als legitimen Führer der Angolesen auszugeben. In den Mitteln war er allerdings nicht wählerisch. Die im Juli 1973 stattfindende 3. Verhandlungsrunde wurde auf seine Intervention auf einen Zeitpunkt verschoben, wo Ngouabi in der VR China weilte. Ngouabi gilt als bedingungsloser Freund der MPLA. Neto wurde an der Einreise verhindert und gar nicht erst eingeladen. Grund: Er hätte sich geweigert, mit Holden zu verhandeln. So kam es, daß sogar Nyerere Holden Roberto dem tansanischen Volk als "Führer Angolas" vorstellte.

Petrucci vermutet, daß Mobutu im Konzert mit Regierungskreisen anderer afrikanischer Staaten handelte, denen es daran gelegen war, den revolutionären Prozeß in den portugiesischen Kolonien zu "palästinisieren". (4) Denn selbst neokolonialistische Regierungen wie die Aethiopiens und Kenias konnten auf der letzten OAU-Konferenz in Addis Abeba dem steigenden Druck von unten nicht länger ausweichen und mußten die Befreiungsbewegungen verbal als legitime Vertretung ihrer Völker anerkennen (5). Doch den bewaffneten Kampf versuchen sie weiterhin mit allen Mitteln zu hintertreiben. Gerade Mobutu erwies sich als offener Verbündeter der Portugiesen. Zaire vergab jüngst die Ausbeutungsrechte für die neuentdeckten Öllager an der atlantischen

Küste an die Gulf Oil, den größten Trust in Angola. Mit dem Segen Mobutus (und wie er behauptet, angolesischer nationalistischer Kreise, sprich Holden Roberto) wird der von Holland boykottierte Angola-Kaffee seit einiger Zeit via Zaire und Belgien als "made in Zaire" eingeführt.

pa

Anmerkungen

1) Nr. 37/8 (20.8.-16.9.73), S. 121-123

2) cf. als Beispiel die Meldung vom 8.6. in: blätter des iz3w nr. 26/27, S. 5

3) Mitglieder der Präsidentenkommission: Marien Ngouabi (Kongo-Brazzaville), Mobutu (Zaire), Kenneth Kaunda (Sambia) und Julius Nyerere (Tansania)

4) "Palästinisieren" = Isolierung der bewaffneten Volksbewegungen zugunsten verhandlungsbereiter Organisationen und Übernahme der Verhandlungshoheit durch die Bourgeoisie "befreundeter" Nationen, im Falle Palästinas Ägypten, Syrien, Jordanien usw.

5) Die effektive Vertretung der Befreiungsbewegungen in der OAU wird aber immer noch erfolgreich hintertrieben (cf. Interview mit Marcellino Dos Santos, Vizepräsident der Frelimo, in: "afrique-asie" 37/8, op. cit. S. 30-32).

„Natur" und Imperialismus

Einige Aspekte der Trockenkatastrophe in Westafrika

Elisabeth Stawikowski

afrika heute heft 8 august 1973

Der folgende Artikel stellt insbesondere die verheerenden Folgen dar, die sich aus dem kolonial erzwungenen und neokolonial fortgesetzten Anbau eines Exportprodukts (Erdnüsse) in einigen Gebieten der Sahel-Zone (Senegal) ergeben. Er zeigt die außerordentliche Anfälligkeit solcher Monokultur-Landwirtschaft gegen Schwankungen des Klimas, der Weltmarktpreise usw. Damit ist aber nur e i n Problem der gegenwärtigen Katastrophe in der Sahel-Zone behandelt; denn die meisten von der Dürre heimgesuchten Gebiete (Mali, Niger, Tschad, Mauretanien, Obervolta) sind nicht bedautes Land, sondern Steppe - oder besser: sie waren Steppe, heute sind sie Wüste. Betroffen sind also weniger Ackerbauern, die vom Anbau und Verkauf von Exportprodukten leben, als Nomaden, die sich auf traditionelle Weise durch ihre Viehherden erhalten. 80-90 % dieser Herden sind in diesem Jahr verhungert, da in den letzten 5 Jahren ausreichender Regen und nun auch die Vegetation ausgeblieben ist.

Obwohl er also nur ein Teilproblem der Dürrekatastrophe beleuchtet, ist der Artikel dennoch von großer Bedeutung, da es auch in vielen anderen Ländern Afrikas aufgrund der neokolonialen Struktur zahlreiche Exportbauern gibt. Elisabeth Stawikowski analysiert also einen Fall, der für die Ausbeutung eines großen Teiles der afrikanischen Bevölkerung exemplarisch ist. Deshalb bringen wir ihren Artikel - nicht, weil wir glauben, daß er die gegenwärtige Dürrekatastrophe in der Sahel-Zone erschöpfend behandelt.

Die Autorin zeigt in den ersten Absätzen, welche verschleiernde Funktion die Hilfeleistungen kirchlicher, privater und staatlicher Institutionen in den imperialistischen Industrieländern erfüllen. Dennoch weiß sie und weist auch darauf hin, daß diese Lieferungen jetzt nötig sind, um die Bevölkerung der betroffenen Gebiete am Leben zu erhalten. Die Zahl der Hungertoten ist ohnehin schon ungeheuer groß. Dieser Widerspruch zwischen Politik und Humanität, der nicht dem Artikel, sondern den imperialistischen Verhältnissen anzulasten ist, kann nur dann ausgehalten werden, wenn mit einer antiimperialistischen Aufklärung eine Verstärkung der Hilfeleistungen verbunden wird und umgekehrt. Im Anschluß an den Artikel, nicht im Widerspruch zu ihm, rufen wir deshalb dazu auf, unter dem Kennwort "Dürrehilfe Sahel-Zone" Spenden auf das Konto einer der folgenden Institutionen einzuzahlen:

Brot für die Welt, Stuttgart
PschA Stuttgart, Nr. 8001

Misereor
PschA Köln, Nr. 556

Welthungerhilfe
PschA Köln, Nr. 111

Red.

In den letzten Monaten hatten sechs Länder West- und Zentralafrikas (Mauretanien, Senegal, Mali, Niger, Obervolta und Tschad) das fragwürdige Privileg, wegen der dort herrschenden Trockenperiode als Gegenstand umfangreicher Berichte in der westlichen bürgerlichen Presse zu dienen. Bei der Art der Berichterstattung fällt auf: die Trockenzeit und die notwendigen Hilfeleistungen aus dem Ausland werden in schamloser Weise dazu benutzt, die Werbetrommel für die „humanitäre und solidarische Haltung" der imperialistischen Regierungen, internationaler und religiöser Organisationen zu rühren:

„Neuer Appell der Katholischen Hilfe zugunsten der Hungernden" (Le Monde vom 28-6-73)

„Frankreich leistet einen großen Beitrag zu den Hilfeleistungen für die Opfer der Trokkenheit" (Le Monde vom 18-4-73)

Die Bundesregierung hat bisher direkt Hilfsgüter für 30 Millionen Mark (inzwischen 80 Mill.) in die betroffenen Gebiete gesandt. Sie beteiligte sich außerdem mit einem Drittel an den Hilfsmaßnahmen der europäischen Gemeinschaft, die insgesamt 141 Millionen Mark für Getreide, Milchpulver und Barmittel aufgebracht hat. Transportmaschinen der Bundeswehr sind in den Sahel-Ländern zum Transport der Hilfsgüter eingesetzt." (Frankfurter Rundschau vom 23-5-73).

Und damit keine Zweifel entstehen:

„6 Millionen Afrikaner sind vom Hungertod bedroht ... Alles hängt von der Auslandshilfe ab (Le Monde vom 6/7-5-73), wie gut doch für die Armen dieser Welt, daß es Caritas und Misereor gibt! Wer wollte angesichts dieser „praktischen Solidarität" noch irgendwelche Fragen stellen?

Dazu ist zunächst zu sagen, daß die Hilfeleistungen in ihrer Gesamtheit nicht ausreichend sind (man schätzt, daß etwa 110 000 t Getreide notwendig sind, bisher sind nur 30 000 t geliefert worden), die Lieferungen unkoordiniert erfolgen, in den Ländern die Transportmittel und -wege nicht ausreichen und vor allem das wichtige Problem der Saatgutversorgung nicht gelöst ist, wovon letztlich abhängen wird, ob eine nächste Ernte möglich sein wird.

Die gegenwärtige Lage in den betroffenen Ländern sieht auf den ersten Blick – bei dem es die bürgerliche Presse wohlweislich beläßt – folgendermaßen aus: in der west- und zentralafrikanischen Sahelzone (Steppengebiet südlich der Sahara) blieb der Niederschlag in diesem Jahr größtenteils oder ganz aus; durchschnittlich fiel nur ein Drittel der normalen Wassermenge, zudem in großer Unregelmäßigkeit, was einen normalen Anbau nicht erlaubt. Dadurch ist der größte Teil der Ernten vertrocknet und das Vieh mangels Wasser und Vegetation eingegangen. Die Folgen für die Ernährungslage der Bevölkerung sind katastrophal: offiziell werden ein Drittel der 35 Millionen Bewohner dieser Länder als vom Hungertod bedroht bezeichnet.

In Mauretanien sind bisher mindestens 40% des Viehs (einzige Lebensgrundlage für den größten Teil der Bevölkerung) verendet, große Teile der Bevölkerung ziehen mit dem Rest der Herden auf der Suche nach Nahrung in Richtung Süden und Südosten, wo die Lage nicht besser ist.

Die Einwanderung der Nomaden von Norden hat die Probleme in Mali verschlimmert: die ohnehin magere Ernte wird von den Viehherden zerstört, die malische Bevölkerung wandert in den Süden des Landes, die Städte werden von Flüchtlingen aus Südmali übervölkert. Das unzulängliche Verkehrsnetz macht die Versorgung des Landes sehr problematisch. Die Dorfhäuptlinge appelieren an die nach Frankreich Emigrierten, den Daheimgebliebenen Hilfe zukommen zu lassen. Im Mai bereits wurde Hirse (Hauptnahrungsmittel der Landbevölkerung) um den zehnfachen Preis gehandelt, die Dorfbewohner müssen kilometerweit laufen, um sich überhaupt welche besorgen zu können.

In Niger ist die Situation ähnlich, wenn auch in geringerem Ausmaß. Die Verluste am Viehbestand sind schwer.

Ungefähr die Hälfte der Bevölkerung Obervoltas ist vom Hunger bedroht. Bei einsetzendem Regen besteht die Gefahr, daß ganze Bevölkerungsteile isoliert werden, die weder Reserven an Lebensmitteln noch an Saatgut besitzen. Die Viehherden werden nach Süden getrieben.

In Senegal sind die Transportprobleme geringer. Aber trotzdem ist die Situation prekär: die Nahrungsmittelproduktion ist um 50% zurückgegangen, die Erdnußproduktion um 60%, 600 000 Rinder sind bedroht. Die Fulbehirten, die in der Steppe nichts mehr für ihre Herden finden, versuchen, einen Teil davon zu verkaufen. Die Preise für Vieh und Fleisch sind rapide gesunken, ironischerweise ist die Kaufkraft der Bevölkerung nicht groß genug, um das in den Städten auf den Markt gekommene Fleisch aufzukaufen.



Malier im Norden Obervoltas auf der Suche nach Nahrung – was sie fanden, waren verhungerte Tiere und verödetes Land. Hier werden die letzten Getreidekörner im Besitz der Familie im Mörser zerstampft ... Foto FAO

Hinzu kommen zahlreiche Krankheiten: jeder zehnte an Masern Erkrankte stirbt. Verschiedene Mangelkrankheiten verursachen zahlreiche Todesfälle.

Angesichts der Schwere der Lage ist es ein Zynismus, die Katastrophe in ihren Ursachen der Natur zuzuschieben, so wie es u.a. die Frankfurter Rundschau tut: „Im Staub Westafrikas verdorrt die Zukunft" (30-3-73) und „Die Wüste rückt weiter vor" (21-5-73), anstatt sie als direkte Folge kolonialer und neokolonialer Politik abzuleiten. Mit Ausnahme des Senegal (jährliches Pro-Kopf-Einkommen 197 Dollar), der als Ausgangsbasis der kolonialen Beherrschung diente und von daher gewisse „Privilegien" hinsichtlich der infrastrukturellen Erschließung genoß, gehören alle betroffenen Länder zu den ärmsten der Welt: Mali verfügt über ein jährliches Pro-Kopf-Einkommen von 60 Dollar, Niger von 63, Tschad von 70, Mauretanien von 130 [1]); Angaben über Obervolta liegen uns nicht vor, das Einkommen liegt jedoch auf keinen Fall über 100 Dollar. Die Wirtschaft aller Länder (mit Ausnahme von Mauretanien, wo Mineralerze an erster Stelle bei der Ausfuhr stehen) stützt sich auf den Export von in Monokultur angebauten landwirtschaftlichen Produkten: Senegal exportiert Erdnüsse, Niger Erdnüsse und Baumwolle, Mali Baumwolle und Erdnüsse, Tschad Baumwolle, Obervolta Baumwolle, vor allem aber menschliche Arbeitskraft, was in geringerem Maß für alle Länder zutrifft. Diese Mono-Exportkulturen, vom Kolonialsystem aufgezwungen und in der neokolonialen Periode in der Kooperation mit lokalen Regierungen zum Profit ausländischer (größtenteils französischer) Gesellschaften weitergeführt, haben die Vernachlässigung des Nahrungsmittelanbaus zur Folge. Der Lebensmittelbedarf wird darum weitgehend mit teuren Einfuhrprodukten gedeckt. In allen Ländern, in denen der Anteil der Bauern an der Bevölkerung zwischen 80 und 95% ausmacht, stehen Nahrungsmittel weitaus an erster Stelle bei den Importen. Zum anderen impliziert die maßlose Ausbeutung der Bauern, parallel zu einer fehlenden Landwirtschaftspolitik, die jegliche Investition in den Anbausektor vernachlässigt und die bäuerlichen Kleinproduzenten ihrem Schicksal überläßt, eine permanente Verschlechterung des Bodens, die der Weltöffentlichkeit jetzt erstmalig vor Augen geführt wird – allerdings dargestellt als „Naturereignis". Die Preise für Erdnüsse z.B. stagnieren seit Jahren auf dem unakzeptablen Niveau

von 22 F CFA pro Kilo (etwas weniger als 0,30 DM). Die einzige Überlebensmöglichkeit für Bauern besteht in einem extensiven Raubbau an der Natur. Notwendige Bewässerungsanlagen wurden natürlich nicht eingerichtet, weil man auch unter unmenschlichen Bedingungen das geforderte Soll durch Mehrarbeit aus den Bauern herauspressen kann. Diese Verelendungstendenz auf dem Land wird verstärkt durch die ausbeuterische Steuerpolitik der lokalen Regierungen, die bis zu einem Viertel des Einkommen der Bauern und Viehzüchter als Steuern einziehen. Vor allem bei den Viehzüchtern wird der einzige bedeutsame ökonomische Kontakt zwischen Bevölkerung und Regierung durch Steuereinzieher hergestellt, ansonsten sind sie, mangels Kommerzialisierung ihrer Produkte, für die Herrschaften uninteressant. Diese regionale Ungleichheit, ebenfalls Folge imperialistischer Strategie, die „unrentable" Gebiete systematisch außer acht läßt, offenbart sich zur Zeit u.a. in den Transportschwierigkeiten für die eingeflogenen oder eingeschifften Hilfsgüter in den Ländern selbst: die Kommunikationswege beschränken sich praktisch auf die Landesteile, die infrastrukturell zwecks Transport von Exportgütern bereits erschlossen sind, die restlichen Teile sind isoliert und schwer oder gar nicht erreichbar.

Schließlich sollte hervorgehoben werden, daß man der „Naturkatastrophe" durchaus durch gezielte Maßnahmen hätte vorbeugen können, allerdings schon 6 Monate oder Jahre vorher, denn schon der geringe Niederschlag im letzten Jahr ließ eine solche Entwicklung voraussehen. Aber Maßnahmen wie die Speicherung von Hirse und Saatgut ist nicht mit den Interessen der lokalen Privilegiertenschicht vereinbar, die an der Nahrungsmittelspekulation besonders in diesem Jahr nicht schlecht verdienen wird. Im Ganzen ist die diesjährige Situation im Vergleich zu anderen Jahren nicht qualitativ neu: jedes Jahr war die Zeit vor der Ernte für die Bauern eine Zeit des Hungerns, bloß nicht des Verhungerns wie heute, so daß die Weltöffentlichkeit sich nicht weiter zu sorgen brauchte. Die chronische Unterernährung der Völker der sogenannten „Dritten Welt" ist für sie ohnehin eine Platitude. Die Spekulation mit Saatgut und Lebensmitteln in der Übergangsperiode, die wir weiterhin Spekulation nennen wollen, auch wenn sie z.B. in Senegal vom Staat durchgeführt wird und als Modernisierungsmaßnahme schmackhaft gemacht werden soll, fand alljährlich statt.

Die bürgerliche Berichterstattung soll also in aller Form als imperialistische Propaganda- und Lügenkampagne verurteilt werden. Die spektakuläre Aufmerksamkeit und die „internationale Solidarität zwischen arm und reich" entspringt bestimmt keiner humanitären Motivation: dahinter steckt nackte Angst, zum einen die der lokalen Machthaber vor dem Verlust ihres Anteils am neokolonialen Profit, zum anderen die ihrer westlichen Bündnispartner – die das gesamte neokoloniale Ausbeutungssystem bedroht sehen –, daß die Bauern, Viehzüchter, Arbeiter und Arbeitslose der Städte dieses Mal vielleicht nicht mehr zum Himmel aufschauen werden, um mit dem Schicksal zu hadern, sondern die wahren Verantwortlichen ihrer Misere zur Rechenschaft ziehen könnten.

Hiermit soll natürlich in keiner Weise – angesichts der Mittellosigkeit der lokalen Regierungen – die Notwendigkeit internationaler Soforthilfe in Frage gestellt werden. Wir wenden uns jedoch entschieden dagegen, daß von den an der Katastrophe Hauptschuldigen eben dieses Elend dazu benutzt wird, alle Welt erneut von der Menschlichkeit des Imperialismus zu überzeugen. Im folgenden soll versucht werden, am Beispiel Senegals den Zusammenhang zwischen Neokolonialismus einerseits und Volkselend und Hungersnot andererseits zu konkretisieren und zu präzisieren.

Ökonomisch betrachtet, kann man die Landbevölkerung Senegals (90 % der Gesamtbevölkerung) in zwei Gruppen aufteilen: die Bauern, die direkt für den Export produzieren (Erdnußanbau) und die auch den größten Teil ihrer Konsumptionsmittel über den Markt beziehen, und die Bauern und Viehzüchter, deren Produkte nicht in den kapitalistischen Markt eingehen, die prinzipiell in Subsistenzwirtschaft leben und traditionelle marginale Tauschbeziehungen (Zirkulation von überschußprodukten) auf der Grundlage einer naturwüchsigen Arbeitsteilung zwischen verschiedenen Bevölkerungsschichten (z.B. zwischen Bauern und Viehzüchtern) unterhalten. Charakteristisch für beide Gruppen ist, daß der unmittelbare Produktionsprozeß sich in der gleichen Form der vorkolonialen Periode erhalten hat, bzw. künstlich erhalten wurde. Diese oberflächliche Trennung in Sektoren schließt keineswegs aus, daß die Existenz von sogenannten autarken Sektoren nicht ebenso notwendig zum Funktionieren des imperialistischen Gesamtsystems ist: so kommt z.B. die große Mehrheit der senegalesischen Emigranten nach Frankreich aus diesen Gebieten, weil die Verschlechterung der Lebensbedingungen dort infolge kolonialer und neokolonialer Politik einen bestimmten und mindestens konstanten, wenn nicht wachsenden Teil der Bevölkerung zur permanenten Expatriierung zwingt.

Die für den Export bestimmten Produkte werden von Kleinbauern auf in Familienbesitz befindlichem Land angebaut; nominell gehört der Familie der Boden und die spärlichen Produktionsmittel, deren technisches Niveau seit Beginn der Kolonialzeit keine wesentliche Entwicklung erfahren hat (von der Anwendung von Düngungsmitteln einmal abgesehen). Die kommerzielle Produktion hat den Anbau von Nahrungsmitteln (hauptsächlich Hirse) weitestgehend verdrängt. Die nationale bäuerliche Nahrungsmittelproduktion reicht weder für die Versorgung der nichtlandwirtschaftlichen Schichten der Bevölkerung noch für den eigenen Konsum der Bauern aus. Die Vermittlung mit der kapitalistischen Produktionsweise stellt sich in der Zirkulation her: die Bauern verkaufen ihre gesamte Erdnußernte an das Regierungsmonopol ONCAD (nationales Büro für Erdnußkommerzialisierung), welches mit Gewinn an die französischen Ölhersteller weiterverkauft. Diese Zwischenposition im Handel (vor 1960 von Privatunternehmern eingenommen und schon vorher relativ unrentabel geworden) verschafft der senegalesischen Regierung nicht geringe, wenn auch regressive Einkünfte. Der Jahresverdienst einer Bauernfamilie (die wesentlich größer ist als die europäische) beträgt je nach Region zwischen 15 000 und 35 000 F CFA (ungefähr 200 bis 470 DM), wovon allein etwa ein Viertel von der Regierung als Steuer eingezogen wird. Eine Protestnote der UGTST (Union Générale des Travailleurs sénégalais en France[2]), die an die Regierung appellierte, dieses Jahr die von der Trokkenheit betroffene Landbevölkerung von den Steuerabgaben zu befreien, blieb unseres Wissens bisher ohne Erfolg. Doch auch in „normalen" Jahren reicht der Rest des Geldeinkommens nicht aus, um die notwendigsten Konsumgüter (Lebensmittel und Kleidung), geschweige denn aufwendige Produktionsgüter zu kaufen. Das Überleben großer Teile der Landbevölkerung ist mit einer permanenten Verschuldung verbunden. Was veranlaßt die Bauern also, für einen Sektor zu produzieren, der ihnen unmittelbar nicht einmal die elementarste Reproduktion ihrer Arbeitskraft als unabhängige Kleinproduzenten garantiert (Verkauf ihrer Produkte weit unter ihrem Wert) und der von der Weltmarktsituation her keine ökonomische Zukunft hat (fallende Weltmarktpreise für Erdnußöl, das progressiv von Sonnenblumenöl verdrängt wird). Die Grundlagen der Integration der Agrarproduzenten in den kapitalistischen Markt wurden in der Kolonialperiode (nicht etwa durch einfache Gesetze des Warentausches wie in der vorkolonialen Periode) durch hauptsächlich außerökonomische Maßnahmen gelegt: Einführung der Geldwirtschaft durch Erhebung von Steuern in Geldform, Zwang der Bevölkerung, für die Exportkulturen zu produzieren, da einzige Geldeinnahmequelle; Einrichtung von Zwangskulturen; nicht zuletzt durch die enge Kooperation zwischen Kolonialmacht und der religiösen Herrscherclique der Mouriden, die unter Benutzung ihres religiös-ideologischen Einflusses die Bauern zu umfangreichen Besiedlungskampagnen – verbunden mit Erdnußanbau – animierten. In der ersten historischen Phase der ökonomischen Besitzergreifung der Kolonien greift der Kapitalismus also auf pure militärische oder politische Gewalt, bzw. religiöse Gewalt lokaler Herrscherschichten zurück, da sich die Gesetze der Warenkonkurrenz als noch nicht durchschlagend erweisen.

Dieser ökonomische Mechanismus der Kapitalherrschaft tritt erst in einer späteren Phase hinzu, um die nicht von ihm geschaffenen Grundlagen zu konsolidieren und auszuweiten. Zu den Folgen gehört die Zerstörung des afrikanischen Handwerks und seine Substituierung durch den Import europäischer Waren. Eine weitere außerökonomische Maßnahme ist in einer zweiten Phase notwendig, um die schon erdnußproduzierenden Bauern in sogenannten „Sociétés de Prévoyance" (Vorsorgegesellschaften) zwangszusammenzuschließen, die die Bauern mit Produktions- und Konsumgütern versorgen, was bei entsprechend ungünstigen Bedingungen für die Bauern zu einer ständigen Verschuldung führte und sie auf diese Weise zwang, die Erdnußproduktion für die Monopole zu steigern. Noch heute müssen die Metropolen auf ähnliche Zwangsmaßnahmen zurückgreifen: in der neokolonialen Phase hat ihr die senegalesische Regierung von Frankreichs Gnaden lediglich ein modernistisches Mäntelchen angepaßt, das sich „Kooperative der Bauern" im Sinne des „afrikanischen Sozialismus" nennt und unter dessen Zeichen "Agrarkampagnen zur Revolutionierung der bäuerlichen Mentalität" duchgeführt werden. Unter dem Regime des frankophilen Négritude-Verfechtes und „uneingeschränkten Präsidenten"

Senghor kontrolliert der Staat via staatsmonopolistischen Agrarkooperativen (die Mitgliedschaft der Bauern ist obligatorisch) die gesamte Erdnußproduktion und -kommerzialisierung: auch heute fesselt die Verschuldung die Bauern an die Kooperativen, wodurch sie gezwungen sind, ihre gesamte Ernte zu Fixpreisen an den Staat zu verkaufen. Im Erdnußanbaugebiet sind über 60 % der Haushalte verschuldet. Die Verteilung von Produktionsmitteln (einschließlich Saatgut) sowie von Grundnahrungsmitteln läuft ausschließlich über die Kooperativen. Auch die Versorgung des Landes mit importierten Konsumgütern ist weitgehend staatlich kontrolliert.

In den von Marabouts beherrschten Gebieten verläuft der Ausbeutungsmechanismus prinzipiell gleich, doch darüberhinaus sind die Anhänger dieser Marabouts einer doppelten Exploitation unterworfen: sie produzieren außer für ihre eigenen Familien noch für den Unterhalt der Mouriden und ihrer Familien, die es sich in unproduktiver Konsumption und Luxus wohl sein lassen. Die schon erwähnte Spekulation mit Lebensmitteln und Saatgut, die die Bauern dieses Jahr besonders schwer belasten wird, hat schon seit der Kolonialzeit stattgefunden: durch ihre Verschuldung sind die Bauern gezwungen, selbst die angebauten Nahrungsmittel an die Kooperativen zu verkaufen, welche sie ihnen einige Monate später zu erhöhten Preisen zurückverkaufen. Das Klagelied der Presse hätte also auch schon früher seinen Gegenstand finden können.

Die Situation der Bauern und Viehzüchter in Regionen, die nicht für den Export produzieren, ist noch miserabler: das Wachstum der Bevölkerung hat keine Steigerung der Produktvität in der Landwirtschaft nach sich gezogen; was also für die Bevölkerung vor vielleicht 60 Jahren reichte, kann heute den Überschuß nicht mehr ernähren, zumal die Verschlechterung der Böden hier ganz extrem zunimmt. Dazu kommt die Steuerlast und die Einführung weniger, aber teurer Importprodukte, die auch in diesen Regionen das traditionelle Handwerk größtenteils verdrängt haben. Die aktuellen Migrationen in die Städte sind nur die Zuspitzung eines Dauerzustandes: seit der Kolonisation finden interne Wanderbewegungen statt, erst in die Erdnußzentren (bis 1945 etwa), später in die Städte und ab 1960 in verstärktem Maße nach Europa. Viele Viehzüchter sind in ihrer materiellen und sozialen Existenz vernichtet: der Besitz an Vieh ist für mehrere Ethnien die einzige Einnahmequelle und alleiniger Gradmesser ihres sozialen Status.

Die Verelendung der afrikanischen Landbevölkerung setzt also nicht erst heute ein, sie hat vielmehr eine solide Vergangenheit, die sie dem Kolonialismus und Neokolonialismus verdankt. Das Pharisäerhafte der Presse läßt sich nur dadurch erklären, daß das Maß dieses Mal übervoll ist und, um es am Überlaufen zu hindern, man noch schnell in allerletzter Minute „den armen Leuten dort" ein paar Almosen hinwirft, um abermals die Weltöffentlichkeit zu täuschen, in erster Linie aber die ausgebeuteten Völker selbst, und letzten Endes muß man sie ja der segensreichen Produktionstätigkeit erhalten. Die Pauperisierung der Massen – die auf der anderen Seite die Bereicherung der lokalen Spekulantenschicht impliziert – ist in ihren Auswirkungen sicher zweischneidig: einerseits proletarisiert sie weite Bevölkerungsschichten, die, um nicht zu verhungern, bereit sein werden, ihre Arbeitskraft um jeden Preis zu verkaufen. Andererseits vergrößert sie das Heer der Arbeitslosen und deren Unzufriedenheit und setzt einen ganzen Prozeß sozialer Desintegration ingang. Hoffen wir, daß dieser letzte systemverunsichernde Faktor zusammen mit einem Bewußtwerdungsprozeß der ländlichen Massen und der Arbeiter und Arbeitslosen der Städte zur rechten Zeit zum Tragen kommt.

Anmerkungen:

1) Diese relative Höhe des mauretanischen Jahreseinkommens ist irreführend, da zum einen die Einkünfte hauptsächlich aus dem Bergbau stammen und nicht aus der Produktion der über 80 % der Bevölkerung ausmachenden Nomaden, zum anderen bestehen auch keine nennenswerten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Sektoren, als daß die Mehrheit der Bevölkerung in der einen oder anderen Weise von diesem Einkommen profitieren könnte. Dies gilt prinzipiell für alle Länder in den Wirtschaftsbereichen, die weder für den Export produzieren noch sonst in irgendeiner Form auf den internen kapitalistischen Markt treten.

2) Le Monde vom 5–6–73

Südafrika-Geschäft

In den rund 300 Niederlassungen und Tochtergesellschaften westdeutscher Gesellschaften erhalten viele der schwarzen Arbeiter immer noch Löhne, die ihnen nicht einmal das physische Existenzminimum garantieren. Die Verhältnisse sind oft sogar schlechter als in anderen europäischen oder amerikanischen Firmen in Südafrika.

Im VW-Werk in Vitenhage verdienen danach von den 2471 Nichtweißen 971 zwischen 70 und 77 Rand (280 bis 308 DM). Eine Summe, die gerade an der für diese Region gültigen Armutsgrenze liegt.

Bei Siemens in Pretoria (1500 Farbige) wird in einer für die Öffentlichkeit präparierten Tabelle eine niedrige Lohngruppe (260 DM im Monat) gar nicht mehr aufgeführt, obwohl es sie noch gibt. Im Hauptwerk in Pretoria werden zahlreiche schwarze Arbeiter, die oft schon seit Jahren bei Siemens sind, mit einem Niedriglohn von 260 DM abgefunden — einem Betrag, der eindeutig unter der Armutsgrenze liegt. Das Existenzminimum beträgt in diesem städtischen Gebiet 344 DM. Ausreichend wäre indessen eine Summe von 480 DM. Erst davon kann ein Arbeiter eine Familie von vier bis fünf Personen unterhalten.

In anderen Firmen scheint die Situation eher noch schlimmer zu sein. In der Regel zahlen über die Hälfte aller Firmen Löhne unter der Armutsgrenze. Dieser Teil der schwarzen Arbeiter beträgt bei *Stolberger Zink* 74 Prozent, bei *Schwarzkopf* und *Daimler Benz* 70 Prozent, bei *Kugelfischer* 69 Prozent, bei *AEG* 68 Prozent, bei *Farbwerke Hoechst* 65 Prozent. Auch andere westdeutsche Unternehmen zahlen an über die Hälfte ihrer Arbeiter solche Minimallöhne: *Anker-Werke, Henschel, BASF, Schering, Demag, Klöckner-Humboldt Deutz, Bayer.*

In keinem anderen Land in Übersee investieren deutsche Konzerne derzeit soviel wie hier. Südafrika hat nach Japan die zweitgrößte Wachstumsrate der Welt. Die Aktiengesellschaften, die in der Regel von ihren deutschen Mutterfirmen unabhängig verwaltet werden, schütten horrende Dividenden aus. VW zum Beispiel in den letzten Jahren stets über 30, 1969 sogar 45 Prozent. *W. A.*

Publik-Forum

21. September 1973

Berufungsverhandlung im Siemens-Prozess gegen Cabora-Bassa-Gegner

Im Namen des Volkes wurden am 29.1.73 Wolff Geisler (Deutsches Komitee für Angola, Guinea-Bissau und Mozambique), Josef Geue (Aktion Dritte Welt, Freiburg) und Hartmut Müller (Aktion Dritte Welt, Heidelberg-Land) zu Geldstrafen von 200,- bzw. 400,- DM verurteilt (1). In der schriftlichen Urteilsbegründung vom 20.3.73 heißt es u.a.:

"Den Tatbestand der gemeinschaftlichen versuchten Nötigung haben die 3 Angeklagten... nach der Überzeugung des Gerichts eindeutig erfüllt. Alle 3 Angeklagten wollten, wie sie unwiderlegbar angaben, mittels Stürmens des Podiums erreichen, daß ihnen weitere Redezeit für das Cabora-Bassa-Projekt bewilligt werden würde.....

Die 3 Angeklagten haben durch ihre Einlassungen in der Hauptverhandlung gezeigt, daß sie sehr stark dazu neigen, ihr gesamtes Vorgehen und ihre Auffassungen und Meinungen gegen bzw. hinsichtlich des Cabora-Bassa-Projekts unter rein politischen Gesichtspunkten zu sehen. Rein sachliche Gesichtspunkte, die auf die Geschäftsführung der Fa. Siemens AG bezogen gewesen wären, kamen kaum zum Anklingen....

Der Versammlungsleiter darf... die zu befürchtende Lahmlegung einer Hauptversammlung oder deren Verschleppung durch zwecklose Wiederholungen unterbinden... Von diesem seinem Recht hat der Zeuge von Siemens nach seiner Überzeugung Gebrauch gemacht....

Die Angeklagten hatten das Recht, die Ermessensentscheidung des Zeugen von Siemens durch ein Gericht nachprüfen zu lassen. Sie mußten deshalb nicht zur Wahrung ihrer Rechte zur Selbsthilfe greifen. Unter diesem Aspekt war auch keine direkte, nicht mehr zu beseitigende Beeinträchtigung ihrer Rechte gegeben. Die 3 Angeklagten handelten somit nach der Überzeugung des Gerichts bei ihrem Vorgehen rechtswidrig."

Ladung des Angeklagten vor das Berufungsgericht

Gegen das Urteil des Amtsgerichts München — ~~Schöffengericht~~ vom 29. 1. 73 ~~hat~~ haben —

der Staatsanwalt und Sie ~~und d... Nebenkläger~~

das Rechtsmittel der Berufung eingelegt.

Sie werden deshalb auf

Montag, den 29. Oktober 1973, 8.30 Uhr

vor die 7. Strafkammer des Landgerichts München I als Berufungsgericht, Sitzungssaal Nr. 253/II

Justizpalast München, Eingang Karlsplatz, zur Hauptverhandlung über die Berufung geladen und zum pünktlichen Erscheinen aufgefordert.

Bei der Berufungsverhandlung wollen die Angeklagten Freispruch erreichen. Sie wollen nachweisen, daß ihr Verhalten auch nach juristischen Maßstäben nicht verwerflich und somit nicht strafbar war. Das Mittel der Podiumsbesetzung war notwendig, um der Informationspflicht über die negativen Auswirkungen des Cabora-Bassa-Projektes nachkommen zu können. D.h.: In Anbetracht der Unterdrückungssituation in Mozambique, die durch das Cabora-Bassa-Projekt verfestigt und verschärft wird, sahen sich die Angeklagten genötigt, darauf hinzuweisen, daß der Vorstand und Aufsichtsrat der Siemens-AG die verbrecherische Kolonialpolitik unterstützen. Dies war der Inhalt der Fragen, die sie auf der Siemens-HV am 16.3.72 stellen wollten, und der Grund ihres Vorgehens. Juristische und politische Argumentation sind deshalb in der Verhandlung am 29.10.73 eng miteinander verzahnt.

Als Zeugen der Staatsanwaltschaft sind geladen: Peter von Siemens, KOI Hermann Seiler, RA Karl Beusch. Die Verteidigung hat einen Afrikawissenschaftler und einen Weißen Vater gebeten, als Sachverständige und Zeugen auszusagen.

In den "blättern des iz3w" werden wir über die Berufungsverhandlung berichten.

jg

1) vgl. "blätter des iz3w" Nr. 21/22, S. 61-65: "Von Kleinaktionären genötigter Großkonzern"

Zum ARD-Report über Namibia

Am 30. April 1973 sendete die ARD im Rahmen des Magazins "Report" (Moderator: Klaus Stephan) einen Filmbericht von Jochen Altmann über Namibia. Dieser enthielt zahlreiche falsche Informationen und basierte auf einer Auswahl der Tatsachen, die die rassistische Herrschaft des südafrikanischen Regimes über das Volk von Namibia zu rechtfertigen versucht. Die Vereinigte Evangelische Mission (VEM) legte deshalb eine Stellungnahme vor, die den Bericht in den meisten Punkten widerlegt. Wenn auch nicht mehr aktuell, ist diese Widerlegung doch auch jetzt noch aus doppeltem Grunde lesenswert: Auf der einen Seite vermittelt sie einen Überblick über die Lage in Namibia. So zeigt sie z.B. detailliert, daß die vom südafrikanischen Regime vorgesehenen "homelands" nicht den traditionellen Siedlungsgebieten der afrikanischen Bevölkerung entsprechen, obwohl immer wieder das Gegenteil behauptet wird, und daß die Umsiedlung dorthin willkürlich erfolgt und nur dazu dient, die Vormachtstellung der Weißen zu sichern. Auf der anderen Seite wird dokumentiert, wie stark der "Report"-Bericht sich mit dem Apartheid-Regime identifizierte, indem er sich dessen Argumente zu eigen machte. Das wirft ein Schlaglicht auf die ideologische Verkommenheit der Massenmedien in einem "freien" Land wie der BRD, dessen kapitalverwertende Klasse im südlichen Afrika selbst Profitinteressen verfolgt und sich an der Ausbeutung der afrikanischen Bevölkerung beteiligt.

Die Stellungnahme der VEM (Autor: Rudolf Wessler), aus der die folgenden Absätze zitiert werden, ist für 50 Pfg. erhältlich bei der

Informationsstelle
Südliches Afrika (issa)
53 Bonn
Am Markt 10-12

Der "Report"-Bericht schließt mit der Bemerkung: "Viele der Argumente, die in diesem Bericht von Weißen vorgetragen wurden, sind nicht zu widerlegen, und deshalb sollte man sie auch nicht unterschlagen." Unter diesen Argumenten gilt als das "wichtigste" die wirtschaftliche Entwicklung Namibias und die "fürsorgerische" Rolle, die die Republik Südafrika dabei spielt. Was ist von diesem Argument zu halten?

.....

Wenn von Armut in SWA die Rede sein muß, dann ganz gewiß von Armut auf seiten der schwarzen und farbigen Bevölkerung, da die Übertragung des südafrikanischen Apartheidssystems auf SWA den internationalen Monopolen die Ausnutzung der afrikanischen Arbeitskraft zu unverhältnismäßig billigen Preisen ermöglicht. Wie stark das internationale Kapital in Namibia engagiert ist, zeigt die Bemerkung des Bürgermeisters von Windhuk: "Alle großen internationalen Firmen sitzen hier in Windhuk" (Journal Südafrika, a.a.O., S. 19). Würden durch entsprechende Gesetzgebung einerseits die Löhne der afrikanischen Arbeiter auf eine menschenwürdige Höhe festgelegt und andererseits der ständige erhebliche Kapitalfluß aus dem Lande hinaus vermindert, dann würde auch Herr von Bach keinen Anlaß mehr haben zu der Feststellung, "daß die Zukunft dieses Landes unmöglich losgelöst von Südafrika überhaupt existenzfähig ist".

.....

Der „Merkur" hilft Peru

Ein „patengeschenk" macht seit jahren ein deutscher pfarrer für entwicklungshelfer in Peru, die ideologisch begleitet werden sollen, damit sie nicht vom „pfad" abrutschen. Es sind patengeschenke des „Rheinischen Merkur", deren nützlichkeit kürzlich ein deutsches ehepaar in Cajamarca schilderte.

Ungelesen wird dieses blatt, das als papier kostbar ist, für ein hühnerzucht-selbsthilfeprojekt verwendet. Auf kalten zementboden gelegt, helfe die spende aus Deutschland, wie berichtet wird, küken vor erkältung zu bewahren. „Bei der raschen natürlichen verschmutzung durch die hühnchen", so heißt es in einem brief, „ist die unterlage dank des ständigen nachschubs schnell und einfach zu erneuern." Da die küken den inhalt der unterlagenblätter nicht lesen können, bestehe auch nicht die gefahr, daß sie sich später aus ideologischen gründen gegen dieses selbsthilfeprojekt stellen würden.

In Cajamarca lobt man die „wirkliche, tatkräftige, unpolitische entwicklungshilfe" und empfiehlt deren verwendung in Peru auch anderen beschenkten als modellvorschlag, der je nach land und tätigkeit abgewandelt werden könne. *ta*

Druck und Papier
20. Aug. 1973

Unabhängigkeit zu geben, selbst wenn sie es wollten, und wenn Südafrika bereit wäre, sie ihnen zu geben." So kann denn auch dem Urteil aller Fachleute zufolge keine Rede davon sein, daß die "Heimatländer" jemals ein wirtschaftliches Potential erreichen werden, das genügen würde, ihre Bevölkerungen auch nur hinreichend mit den notwendigsten Lebensmitteln zu versorgen. Aber bei den deutschen Fernsehzuschauern wird der Eindruck erweckt, als sei wenigstens Ovamboland in einem stetigen wirtschaftlichen Wachstum begriffen, dank der großzügigen Entwicklungshilfe Südafrikas.

Was die "beträchtlichen südafrikanischen Investitionen" betrifft, so muß man, um ehrlich zu sein, die betreffenden Zahlen in ihrer Relation zu den Bevölkerungsgruppen sehen.

Ein Grab mit Namen Paraguay

Widerstand der Kirche gegen ein faschistisch-«katholisches» Regime

"Außer mit dem Problem der Unterdrükkung kann sich die Regierung kaum mit der Entwicklung des Landes befassen. In diesem Lande, in dem es 10 000 Arbeiter, aber 20 000 Maschinengewehre, 15 000 Volksschullehrer, aber 40 000 Spitzel gibt, werden 67 Prozent des Etats in die Armee investiert." Diesen drastischen Bericht gab ein französischer Jurist über seine Reise durch Paraguay. In dem kleinen lateinamerikanischen Staat ist der Katholizismus Staatsreligion, und der Staatschef muß der Verfassung nach Katholik sein.

Der Katholik an der Staatsspitze ist der 70jährige Alfredo Strössner. Er regiert seit 1954 mit unumschränkter Machtfülle und ist stolz darauf, dass in seinem Staate Friede und Ordnung herrschen. Aber der Friede Strössners ist Befriedigung, seine Ordnung schrankenlose Willkür: beides mit Hilfe des ewigen Ausnahmezustandes brutal durchgesetzt.

Die Herrschaft des deutschstämmigen Diktators (er hat heute noch Verwandte in Bayern) stützt sich auf die Armee und auf die Hilfe durch Washington.

Die Streitkräfte verschlingen nicht nur den Grossteil des Staatshaushaltes, sie besitzen auch mit Wissen und Wollen des Staatschefs ein Schmuggelmonopol. Die Taxiflotte in Asuncion besteht fast nur aus Autos, die von Offizieren zollfrei eingeführt und dann verpachtet wurden. Die paraguayanische Kriegsmarine, die mehr Admiräle als Kanonenboote besitzt, ist ein florierendes Geschäftsunternehmen ausserhalb der Legalität. Was die Luftwaffe an Schmuggelgut (hauptsächlich Zigaretten, Whisky und Rauschgift) aus den USA einfliegt und auch in den Nachbarländern verkauft, beträgt jährlich mehrere Millionen Dollar. Papa Strössner gewährt seinen verhätschelten Lieblingen auch Eigenheime, zinsenlose 'Kredite, Dienstautos und regelmässige Esskörbe.

Dafür vegetiert die breite Masse des 2,2-Millionen-Volkes nach Prokopfeinkommen, Gesundheitswesen, Sozialeinrichtungen und Bildungsstand am unteren Ende der lateinamerikanischen Skala.

Enger Freund der USA

Der Präsident gilt im Weissen Haus als der beste Freund der Vereinigten Staaten in Südamerika und wichtiger Verbündeter im Kampf gegen den Kommunismus. Die Haltung des Diktators, der sogar Truppen für den Vietnam-Krieg angeboten hatte, wird mit jährlich rund 150 Mio Dollar Hilfsgeldern honoriert. Ausserdem hat Strössner einen Vertrag unterzeichnet, der eine einseitige militärische Intervention amerikanischer Truppen auf paraguayanischen Boden erlaubt, falls US-Interessen durch eine «Auseinandersetzung mit dem Kommunismus» gefährdet sind. Die enge Freundschaft zu den USA dokumentiert ein Ausspruch Strössners: «Ich betrachte den amerikanischen Botschafter als Mitglied meines Kabinetts.»

Auch in der politischen Landschaft hat der greise Diktator für entsprechende Eintönigkeit gesorgt. Die Colorado-Partei übt die Funktion einer Staatspartei aus. Sie vergibt sämtliche Regierungs- und Verwaltungsposten vom Minister bis zum Gemeindeschreiber. Als Gegenleistung müssen die Begünstigten einen bestimmten Prozentsatz ihres Lohnes an die Parteikasse abliefern.

Auf Drängen der USA gab Strössner dem Land bei den Wahlen von 1963 eine scheinbar demokratische Struktur. Er installierte in der Liberalen Partei eine formelle Opposition. Sie darf 20 der 60 Parlamentsabgeordneten stellen. Ganz egal, mit welchen Prozentsätzen Parlamentswahlen enden, die Colorado-Partei erhält immer 40 Abgeordnetensitze und damit die Zweidrittelmehrheit.

Auch die feudalistische Struktur des Landes hat Strössner trotz oftmaliger Proklamation einer Landreform nicht angetastet. Eine Viertelmillion Kleinbauern muss sich 2,5 Mio Hektar schlechten Boden teilen. Das reicht für ein Jahreseinkommen von etwa 800 S. Die Grossgrundbesitzer säen und ernten auf einer Fläche von 29 Mio Hektar.

Menschenrechte ausser Kraft

Seit Strössner regiert, ist nicht nur die Meinungs- und Informationsfreiheit offiziell aufgehoben worden, sondern durch ein «Gesetz zur Verteidigung der Demokratie» sind auch die willkürliche Verhaftung von jedermann und die rechtsgültige Verurteilung ohne Beweise möglich. Mit Hilfe dieses Gesetzes hat das Strössner-Regime die Menschenrechte ausser Kraft gesetzt und jede echte politische Opposition auszumerzen versucht.

Das frostige Klima der Innenpolitik hat dazu geführt, dass etwa 700 000 Paraguayos das Land verlassen haben. Unter der grossen Anzahl von politischen Gefangenen gibt es mindestens 150, die ohne Gerichtsverfahren langfristig inhaftiert sind. Die meisten politischen Gefangenen kommen aus der städtischen Arbeiterschaft und aus den Reihen der Landarbeiter.

Haftgrund unbekannt

Am 6. März 1962 wurde z. B. der Drogist Marciano Villagra in Asuncion festgenommen. Der Mann war nie politisch tätig. Ein Haftgrund wurde von der Polizei nie genannt. Villagra ist bereits mehr als 10 Jahre ohne Anklage, Prozess und Urteil in Haft. Er ist mit anderen Häftlingen in eine winzige Zelle der 7. Polizeistation eingepfercht. Die Zelle hat keine Fenster. Es fehlt eine direkte Frischluftzufuhr. Die Luft in der Zelle ist zum Ersticken. Die Gefangenen werden nie ins Freie geführt. Villagra hat seit Jahren die Sonne nicht mehr gesehen. Für die Häftlinge gibt es keine Arbeit, keine Zeitungen, kein Radio. Die Ernährung ist weit unter dem Existenzminimum, denn die Gefangenen sollen privat verpflegt werden. Villagras Mutter hat ihr Hab und Gut verkauft, um ihrem Sohn helfen zu können. Täglich bringt sie ihm Essen ins Gefängnis. Die Wiener Gruppe von Amnesty International hilft der alten Frau durch regelmässige Geldsendungen. Um das Unglück der Familie voll zu machen, wurde vor einigen Jahren auch Villagras Sohn, ein Student, verhaftet und zu seinem Vater in die Zelle gesperrt.

Die bevorzugte Folter

Die bevorzugte Folter Paraguays ist das Eintauchen, da es wenig Spuren hinterläßt. Wie in einem Bericht beschrieben wird, besteht sie darin, „den Übeltäter in einer Wanne schmutzigen Wassers unterzutauchen bis zum Verlust des Bewußtseins und bis zum Ertrinken. Dazu wird das Opfer nackt über den Wannenrand gelegt und der Kopf untergetaucht; einer der CIA-Agenten, oftmals im betrunkenen Zustand, tritt mit beiden Füßen auf den oberen Rückenteil des Mißhandelten, um seine starken Zuckungen zu unterdrücken. Sobald die Zuckungen schwächer werden und ganz aussetzen, wird der Gefangene aus dem Wasser gezogen und wiederbelebt. Dieser Vorgang wird in mehreren aufeinanderfolgenden Nächten jeweils einige Male wiederholt. Häufig kommt es während oder nach diesem Martyrium zu einer Herzkrise.

aus: Publik-Forum

Nr. 15, 2. Jahrgang, 27. Juli 1973

Widerstand der Kirche

Die einzige wirksame Gegenkraft zur faschistischen Politik des Strössner-Regimes ist die katholische Kirche. Durch Jahrhunderte war sie staatshörig. Sie genoss Steuerfreiheit und bekam überdies staatliche Zuschüsse. Den Bruch brachte 1968 die lateinamerikanische Bischofskonferenz in Medellin (Kolumbien). Während der Abwesenheit der Oberhirten liess das Innenministerium die katholische Wochenschrift «Comunidad» beschlagnahmen, weil sie für eine Landreform plädiert hatte. Der Auftakt zum Kirchenkampf war damit gegeben.

Ermutigt durch die Medellin-Beschlüsse, in denen sich die Bischöfe verpflichteten, die Rechte der Unterdrückten zu verteidigen, forderte die Laienkonferenz die Bischöfe auf, für die politischen Häftlinge einzutreten. Daraufhin legt die Katholische Aktion im Parlament ein Memorandum vor, in dem die unmenschliche Behandlung der Gefangenen angeprangert wird: politische Häftlinge liegen bis zu 1½ Jahren in Fussfesseln oder an Eisenstangen angekettet, sie bekommen das Trinkwasser in denselben Gefässen, in die sie urinieren, es gibt keine medizinische Betreuung, erst Todkranke werden in die Poliklinik der Polizei gebracht.

Der Bericht der Katholischen Aktion schliesst: «Das wichtigste Argument des Staatspräsidenten ist, es handle sich nicht um politische Straftäter, sondern um ganz gewöhnliche Schwerverbrecher. Wäre das wahr, dann ist völlig unverständlich, warum sie nicht vor Gericht gestellt werden.»

Am 11. Februar 1969 empfängt Strössner eine Abordnung des Episkopats. Er macht den Bischöfen klar, dass die Gefangenen Kriminelle und «gefährliche aktive Kommunisten» sind.

Nach dem erfolglosen Gespräch wird im ganzen Land in allen Gottesdiensten auf Wunsch der Bischöfe für die Freilassung der Gefangenen gebetet.

Anfang Juli tritt ein Dekret über die Verschärfung der Pressezensur in Kraft. Das von den Jesuiten geführte Wochenblatt «Communidad» erscheint mit einer unbedruckten Titelseite. Die Auflage der Zeitschrift, die als einzige wagt, die Regierungspolitik zu kritisieren, steigt innerhalb weniger Monate auf das Dreifache. Im Oktober 1969 verbietet die Regierung die weitere Herausgabe der Zeitung und schiebt die Jesuiten ins Ausland ab.

Die Kirche reagiert mit einem Schweigemarsch in der Hauptstadt. Polizei, Feuerwehr und bewaffnete Zivilbanden unterbinden brutal die Demonstration. Priester und Nonnen werden geschlagen. Erzbischof Rolon exkommuniziert daraufhin Innenminister Montanaro und Polizeichef Benitez.

Während des Jahres 1970 wurde Strössners Regime in Flugblättern, die bei Gottesdiensten verteilt wurden, ständig angegriffen. Damit blieb die Kirche trotz des Zeitungsverbots der einzige Ort, an dem eine Opposition gegen das Regime noch öffentlich formuliert wurde.

Im Gegenzug warnte die Regierung über Rundfunk und auf Parteienversammlungen vor «vielen Priestern, die verkappte Kommunisten» sind. Ausserdem verbietet die Regierung die Tätigkeit der «Caritas». Ueber dieses kirchliche Hilfswerk waren jährlich 50 bis 60 Millionen Schilling ins Land geflossen und zur Unterstützung der verarmten Campesinos verwendet worden. Die Regierung behauptete nun, die Geldmittel seien dazu verwendet worden, um eine Revolution zum Sturz Strössners vorzubereiten.

Exkremente schlucken

Den Tiefpunkt erreichten die staatlich-kirchlichen Beziehungen durch die Affäre Monzon. Der aus Uruguay stammende Priester verschwand kurz nach seinem Eintreffen in Asuncion. Erst nach mehreren Tagen gaben die Behörden zu, dass der Pater wegen des Verdachts, ein Tupamaro zu sein, festgenommen wurde. Der Weihbischof von Montevideo, Andres Rubio, flog persönlich nach Asuncion, um die Freilassung des Priesters zu erreichen. Bei seiner Ankunft auf dem Flughafen wurde er von 30 weiblichen Polizisten mit Tomaten und Eiern beworfen und verprügelt.

Erst nach 6 Wochen gab die Polizei Monzon frei. Er wurde sofort nach Montevideo geflogen und dort in eine Nervenklinik eingeliefert, da er unter schweren Depressionen litt. Wochenlang erbrach er alle Nahrung als Folge der «Bad»-Tortur, der ihn die Polizeischergen neben anderen Foltern unterzogen hatten: Der Pater wurde gefesselt und auf eine Badewanne gesetzt, die mit Urin und Exkrementen gefüllt war. Einer der Wächter packte ihn bei den Füssen, so dass sein Kopf in die Jauche gedrückt wurde. Erst als Monzon nahe am Ersticken war, wurde er wieder aus der Wanne gezogen. Nun wurde er mehrmals hart in den Magen geschlagen, damit er die geschluckte Flüssigkeit wieder erbrach. Dieser «Bad»-Vorgang wurde mehrmals wiederholt. Erst als der Priester ein Geständnis unterschrieb, in dem er zugab, ein Tupamaro zu sein, endeten die Foltern.

Die 10 Bischöfe Paraguays haben im vergangenen Sommer in einer gemeinsamen Erklärung die Regierung beschuldigt, eine systematische Verfolgung der Kirche eingeleitet zu haben. Die Katholiken werden in der Erklärung aufgerufen, sich den Uebergriffen der Behörden entgegenzustellen. Die Bischöfe sagen ihrer bedrängten Herde eine noch schlimmere Zukunft voraus: Die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche wird sich verschärfen, und jeder einzelne Katholik muss mit möglichen Sanktionen der Behörden rechnen.

aus: "treff", 31. Januar 1973 (Zürich)



Polizei und Feuerwehr überwachen Schweigemarsch in Asuncion für die politischen Haftlinge des Landes.

Staatsbesuch des Präsidenten der Republik Paraguay

Vom 20. bis 23. Juli 1973

Der Präsident der Republik Paraguay, Heeresgeneral Alfredo Stroessner, hielt sich vom 20. bis 23. Juli 1973 zu einem Staatsbesuch in der Bundesrepublik auf. Er folgte damit einer vom früheren Bundespräsidenten Dr. Heinrich Lübke ausgesprochenen Einladung.

In Vertretung von Bundespräsident Heinemann begrüßte der Präsident des Bundesrates, Dr. h. c. Alfons Goppel, den Gast am 20. Juli 1973 in der Münchener Residenz mit folgenden Worten:

Herr Staatspräsident!

Als Präsident des Deutschen Bundesrates betrachte ich es als eine hohe Ehre, Sie im Namen des Herrn Bundespräsidenten in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Empfang auf dem Flughafen nochmals willkommen zu heißen. Als Bayerischer Ministerpräsident begrüße ich Sie besonders im Staat der Heimat Ihrer Vorfahren.

Mein Gruß gilt Ihnen, Exzellenz, als dem Präsidenten der Republik Paraguay, mit der die Bundesrepublik Deutschland seit langem befreundet ist, und als einem Mann, der sich auch heute noch mit der Heimat seiner Väter eng verbunden fühlt. Bei der Gestaltung Ihres Aufenthalts bei uns haben daher auch persönliche Wünsche den Ausschlag gegeben. So erhält dieser Besuch eine ganz besondere Note.

Sie werden, Herr Präsident, bei Ihrer Reise durch Bayern einen Sonderzug benutzen. Diese Fahrt vermittelt Ihnen, so hoffe ich, trotz ihrer Kürze, gute Eindrücke von unserem Lande und möge Sie zudem daran erinnern, daß Bayern wie Paraguay im vorigen Jahrhundert Pioniere der Eisenbahnentwicklung waren: Vor etwa 100 Jahren war in Paraguay die erste Eisenbahn Südamerikas in Betrieb, im Jahre 1835 fuhr zwischen Nürnberg und Fürth die erste Dampflokomotive in Deutschland, ja auf dem europäischen Kontinent. . . . . . .

Bei einem Mittagessen zu Ehren von Staatspräsident Stroessner hielt Ministerpräsident Dr. h. c. Alfons Goppel am 20. Juli 1973 in der Münchener Residenz folgende Tischrede:

. . . . . .

Die Beziehungen Deutschlands zu Paraguay reichen weit zurück, bis in das 16. Jahrhundert, als Ulrich Schmidl aus Straubing – auch er ein Bayer – eine Beschreibung Paraguays und der anderen La Plata-Länder veröffentlichte. Auf diese Weise wurden uns Deutschen erstmals Land und Leute Paraguays nahegebracht. Seit dieser Zeit hat das Interesse an Paraguay nicht nachgelassen, und heute sind unsere Kenntnisse noch gründlicher, nicht zuletzt dank des mit so warmherziger Anteilnahme geschriebenen Buchs Ihres Generalkonsuls in München. . . . . .

Ich selbst, Herr Präsident, kenne Paraguay leider nicht. Aber ich habe viel gehört von der Treue, der Kühnheit und der Fähigkeit zur Aufopferung, die das paraguayische Volk auszeichnen und die es in schweren Zeiten, in verlustreichen Kriegen bewiesen hat. Sie selbst haben an dem Chaco-Krieg teilgenommen und sind damals – bereits in jungen Jahren – wegen Tapferkeit hoch ausgezeichnet worden.

Wir bewundern das paraguayische Volk nicht nur wegen dieser Tugenden, sondern ganz besonders auch wegen seines Fleißes, seiner Tüchtigkeit und Ordnungsliebe, Eigenschaften, die bewirkt haben, daß das Land unter Ihrer umsichtigen Führung große Fortschritte auf dem Wege zum Wohlstand breiter Schichten gemacht hat. Wir freuen uns, daß Deutschland durch fruchtbare wirtschaftliche Zusammenarbeit dazu einen Beitrag leisten konnte. Ich denke dabei vor allem an unsere Beteiligung am Ausbau des paraguayischen Fernmeldewesens und bei dem Aufbau exportorientierter Industrien durch die Kredite für Ihre Entwicklungsbank.

Der rege Handelsaustausch, den wir pflegen, und bei dem Paraguay gerade im letzten Jahr so günstige Ergebnisse erzielen konnte, trägt zur Vertiefung unserer Beziehungen bei. . . . . .

Der Präsident der Republik Paraguay, General Alfredo Stroessner, antwortete mit nachstehender Rede (Übersetzung): . . . . . .

Meine Regierung gewährleistet für alle Bewohner – Inländer wie Ausländer – die Vorteile eines wirksamen Friedens als höchstes Gut für die Entwicklung des Landes im Geiste der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Rechts. . . . . .

Bulletin Nr. 90/S. 909 Bonn, den 26. Juli 1973

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Seminare zum Projektbereich "Dritte Welt" - Oktober bis Dezember 1973

1. Koordinierungstagung für Arbeitskreise "Südliches Afrika" in der BRD, 12.-14. Okt. 1973 in Königstein, Teilnehmerbeitrag DM 35,-
2. Koordinierungstagung für die Lateinamerikaarbeitskreise in der BRD, 19.-21. Okt. 1973 in Bonn, Teilnehmerbeitrag DM 35,-
3. Die europäische Gemeinschaft und die Dritte Welt, 26.-28. Okt. 1973 in Königstein, Teilnehmerbeitrag DM 35,-
4. Filme und Unterrichtsmod-lle zum Lernbereich Dritte Welt, 9.-11. Nov. 1973 in Bad Nauheim, Teilnehmerbeitrag DM 35,-
5. Privatinvestitionen in Lateinamerika, Seminar für lateinamerikanische Studenten, 30. Nov. - 2. Dez. 1973 in Walberberg
6. Unterrichtseinheiten zum Lernbereich Dritte Welt, 7.-9. Dez. 1973 in Meckenheim bei Bonn, Teilnehmerbeitrag DM 35,-

Anmeldung und Auskunft:

KDSE - Auslandsreferat,
53 Bonn, Rheinweg 34
Tel.: 02221/234021

basis - Dritte Welt

In Zusammenarbeit mit der Aktion Dritte Welt hat die Redaktion der Freiburger Studentenzeitung "basis" ihre Nr. 1/72 über Dritte Welt herausgebracht. Die Nummer umfaßt folgende Aufsätze: Georg Herbert: Prolegomena zu einer Strategie friedlichen Wandels unter besonderer Berücksichtigung der Ausbeutung der Dritten Welt; Friedhelm Hemmerich: Entwicklungsschwindel oder Wem nützen Privatinvestitionen?, eine gekürzte Fassung des gleichnamigen Papiers bei der Aktion Dritte Welt; C.S. Küster/ S.M. Rao: Militärische Dynamik als Ausweg aus der ökonomischen Stagnation? Eine historisch-politische Analyse des Pakistankonflikts; Georg Stingl: Studentenbewegung und Imperialismus im südlichen Afrika; Arabische Studentenvereinigung über die Befreiungsbewegungen im Südosten der arabischen Halbinsel; Michael Jung: Kritik der Lehrinhalte: Ökonomie, Der Beitrag einer Wachstumstheorie zu einer Theorie der Entwicklung ("Das eklatante Versagen der ökonomischen Theorie wird von ihren professionellen Vertretern offenbar kaum zur Kenntnis genommen") und außerhalb des Themas der Nummer der Versuch einer Einschätzung des Hochschulgesamtplans durch Karl Ebert, im WS 71/72, AStA-Vorsitzender in Freiburg.

Die Nummer kann beim iz3w Freiburg zum Preis von DM 1,50 bestellt werden. Nr. in unserer Versandliste: C-12.